

Beiträge zu Bildungstheorie und Bildungsforschung

Henning Schluß

Elisabeth Sattler

Veronika Wöhrer (Hrsg.)

Band 20

Elisabeth Baumgartner

Der „Neue Mensch“ im Roten Gemeindebau

Zur Bedeutung des kommunalen Wohnbaus für die
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs
in der Zeit des Roten Wien von 1918 bis 1934

λογος

Beiträge zu Bildungstheorie und Bildungsforschung

Band 20

**Beiträge zu
Bildungstheorie und Bildungsforschung**

Band 20

Herausgegeben von:

Henning Schluß
Elisabeth Sattler
Veronika Wöhrer

Elisabeth Baumgartner

Der "Neue Mensch" im Roten Gemeindebau

Zur Bedeutung des kommunalen Wohnbaus für die
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs
in der Zeit des Roten Wien von 1918 bis 1934

Logos Verlag Berlin



Beiträge zu Bildungstheorie und Bildungsforschung

Herausgegeben von:

Henning Schluß

Elisabeth Sattler

Veronika Wöhrer

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Copyright Logos Verlag Berlin GmbH 2026

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-8325-6020-1

ISSN 2364-4249

Logos Verlag Berlin GmbH
Georg-Knorr-Str. 4, Geb. 10
12681 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 42 85 10 90

Fax: +49 (0)30 / 42 85 10 92

<http://www.logos-verlag.de>

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Einleitung	15
1 Spezifisches Erkenntnisinteresse und Fragestellungen	17
2 Österreich: Von der Monarchie zur Ersten Republik	21
2.1 Ende einer Monarchie.....	21
2.2 Die Erste Republik: Von der Provisorischen zur Konstituierenden Nationalversammlung	22
2.3 Aus Republik wird Bundesstaat	26
3 Das Rote Wien	29
3.1 Zu den Anfängen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich	30
3.2 Historische und inhaltliche Einordnung des Roten Wien	33
3.3 Der „Neue Mensch“ im Roten Wien	35
3.4 Zur Bedeutung des sozialen Wohnbaus in der Zeit des Roten Wien ..	38
3.5 Exkurs: Die besondere Rolle des Karl-Marx-Hofes	44
4 Theoretische Fundierung	47
4.1 Überlegungen zum sozialen Raum.....	48
4.2 Machttheorie bei Foucault.....	50
4.3 Verknüpfung der Konzepte des Sozialen Raums und der Analytik der Macht.....	52
5 Methodisches Vorgehen.....	53
5.1 Diskursanalyse und -typisierung	54
5.2 Korpusbildung	56
5.3 Analysekriterien.....	57
5.4 Diskursanalyse.....	59
6 Formale und inhaltliche Analyse des Korpus	61
6.1 Korpus.....	61
6.2 Kontextanalyse	63
6.3 Analyse der Aussagen	64
6.4 Analyse der Texte.....	73
7 Ergebnisse in Hinblick auf die Forschungsfragen	75
7.1 Normative Vorstellungen von Bewohner*innen.....	75
7.2 Menschenbild und Architektur	77
7.3 Machtstrukturen zur Erziehung der Bewohner*innen	80

8	Fazit.....	85
9	Ausblick und Forschungsdesiderate	91
10	Literaturverzeichnis	95

Vorwort

Rotes Wien, Gemeindebau und Neuer Mensch

Henning Schluß, Wien im Februar 2026

Es ist umstritten, bis wann die Zeit des „roten Wien“ andauert. Da die Sozialdemokratie bis heute die Position des Bürgermeisters stellt, kann in gewisser Weise noch heute von einem „Roten Wien“ gesprochen werden. Das hat auch damit zu tun, dass wesentliche Innovationen, die die sozialdemokratische Stadtregierung in der ersten Republik erreichte, noch heute die Stadt prägen¹ und sie zum Vorbild oder Sehnsuchtsort insbesondere von durch Wohnungsnot und Mietwucher geplagten Metropolen macht. Deutlich ist aber auch, das was Wien mit dem Gemeindebau geschaffen hat, ist nicht über Nacht herzustellen, sondern braucht neben tatkräftiger Innovation auch einen langen Atem. Dabei war das Wohnbauprogramm nicht nur ein Programm zur Lösung der Wohnraumfrage, sondern es war auch ein wesentlich pädagogisches Programm, das durch die Umgestaltung des erlebten Raumes und damit der erfahrbaren Welt auch einen „Neuen Menschen“ hervorbringen sollte. Die grundlegende Idee, dass Bildung des Menschen im Wesentlichen die Reflexion seiner Auseinandersetzung mit seiner Welt ist, steht diesem volkspädagogischen Programm Pate. Damit ist Wien nicht einzigartig. Auch an anderen Städten gibt es nach dem ersten Weltkrieg Wohnungsnot und Sozialdemokratie, die durch die republikanischen Möglichkeiten wie dem allgemeinen, freien und gleichen Wahlrecht nun erstmals beweisen kann, wie sie die Welt umgestalten möchte. Diese ungeheure Dynamik entfaltet sich nicht nur in großen Städten wie Frankfurt, Hamburg² und Berlin³, sondern auch in der Provinz, wie z.B. der aufstrebenden ehemaligen Residenzstadt Dessau in Anhalt.⁴ Im Unterschied zu diesen am Ende doch recht kurzlebigen Experimenten, denen spätestens die Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten ein Ende bereitete, konnte die wohnungspolitische Neugestaltung Wiens nicht nur länger bestehen, auch wenn die ständestaatliche austrofaschistische Regierung diesen Programmen

¹ Flor, Franziska Alexandra (2026): Wohnbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im (halb-)öffentlichen Bereich im Wiener Gemeindebau. Masterthesis Universität Wien, Bildungswissenschaft.

² Voigt, Wolfgang (Kurator) (2025): Aufbruch zur modernen Stadt 1925–1933: Frankfurt, Wien und Hamburg. Drei Modelle im Vergleich. Deutsches Architektur Museum. Frankfurt Main. <https://www.museum-angewandtekunst.de/de/presse/aufbruch-zur-modernen-stadt-1925-1933-frankfurt-wien-und-hamburg-drei-modelle-im-vergleich/>

³ Jörg Haspel, Annemarie Jaeggi (2007): Siedlungen der Berliner Moderne. Deutscher Kunstverlag, München.

⁴ Scheiffele, Walter (2003): bauhaus junkers sozialdemokratie - ein kraftfeld der moderne. form und zweck, Berlin.

nicht weniger feindlich gegenüberstand als die nationalsozialistische Regierung in Deutschland, sondern sie wurde in Wien im Unterschied zu den westdeutschen Modellregionen nach dem Krieg wieder aufgenommen und fortgeführt. Im Osten Deutschlands, wie z.B. im Osten Berlins und in Dessau, fand die sozialdemokratische Umgestaltung der bebauten Welt aus Gründen der stalinistischen Überformung keine Fortsetzung, sondern setzte neu ein mit StalinStadt/Eisenhüttenstadt oder Vorzeigeprojekten wie der Karl-Marx-Allee in Berlin. Erst mit dem Wohnungsbauprogramm der 70er Jahre kann von einer gewissen Anknüpfung, oder auch von einer Perversion der Visionen vom Neuen Menschen in der neuen Stadt gesprochen werden.⁵

Die vorliegende Arbeit von Elisabeth Baumgartner beschäftigt sich mit der komplexen und ineinander verschränkten Fragestellung, wie sich Konzeptionierungen des „Neuen Menschen“ am Beginn des 20. Jh in der Architektur, insbesondere im sozialdemokratisch geprägten Gemeindebau auswirken aber eben auch wie die darin lebenden Menschen auf die Architektur zurückwirken und sich damit auch mit den Zuschreibungen des „Neuen Menschen“ auseinandersetzen. Diese Arbeit muss daher sehr viele Bereiche menschlichen Lebens miteinander verbinden und in Beziehung setzen, bzw. deren Beziehung versuchen zu rekonstruieren. Politik, Architektur und Pädagogik sind dabei nur als die drei zentralen zu nennen.

Dieses verschränkte spezifische Erkenntnisinteresse und die einzelnen Fragestellungen werden im ersten Kapitel knapp dargestellt und dabei insbesondere auf die gesellschaftliche Situation am Beginn des „Roten Wien“ eingegangen. Die Autorin nimmt wahr, dass sie diesbezüglich auf ein reichhaltiges Material aus verschiedenen Disziplinen zurückgreifen kann, dass aber die Verschränkung von Bau, Politik, Menschenbild und Pädagogik aus einer bildungswissenschaftlichen Perspektive noch relativ wenig thematisiert ist. Deshalb ergeben sich für sie folgende zentrale Fragestellungen:

„Inwiefern zeigen sich normative Vorstellungen von Bewohner*innen kommunaler Wohnbauten in sozialdemokratisch geprägten Publikationen in der Zeit des Roten Wien von 1919 bis 1934? Welches Menschenbild wird als entweder verbesserungswürdig oder als erstrebenswert und im Einklang mit den vorherrschenden politischen Interessen dargestellt?

Inwiefern spiegelt sich dieses Menschenbild in der Architektur des kommunalen Wohnbaus in der Zeit des Roten Wien wider, beispielsweise im Karl-Marx-Hof?

⁵ Mau, Steffen (2029): Lütten Klein - Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Suhrkamp, Frankfurt.

Inwiefern lassen sich Machtstrukturen aufdecken, die der Erziehung der Bewohner*innen in den kommunalen Wohnbauten der Stadt Wien dienten?“

Im zweiten Kapitel rekonstruiert Elisabeth Baumgartner dazu zuerst die historische Entwicklung Österreichs vom Vielvölkerstaat der K&K Monarchie zur Ersten Republik und insbesondere der Entwicklung zum austrofaschistischen Ständestaat unter Dollfuß, Kurt Schnuschnigg und schließlich Arthur Seyß-Inquart.

Im dritten Kapitel stellt sie dann kenntnisreich und mit Bezug auf wesentliche Schaltstellen die Entwicklung der Stadt Wien dar, die von Niederösterreich abgetrennt, ein eignes Bundesland mit struktureller sozialdemokratischer Mehrheit wird und damit den Nimbus und die Ära des „Roten Wien“ begründet.

In der Auseinandersetzung mit dem „Roten Wien“ im dritten Kapitel bezieht sich die Autorin auf die Epoche zwischen der Gründung der ersten Republik, insbesondere der Selbständigwerdung Wiens und dem Ende der ersten Republik 1934. Dazu beschreibt sie zentrale Momente der Entwicklung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei(en) in Österreich in einem ersten Unterkapitel, versucht eine historische und inhaltliche Einordnung des Roten Wien in einem zweiten und diskutiert in einem dritten wie sich das, mit dem Begriff des „Neuen Menschen“ umrissen, im Roten Wien darstellte. Die inhaltliche Offenheit und Vagheit des Begriffes machen dabei, so argumentiert die Autorin überzeugend, wohl einen erheblichen Teil seiner Popularität aus.

Von da aus ist es ein kleiner Schritt zur Analyse der Bedeutung des sozialen Wohnbaus in der Zeit des Roten Wien, die in einem vierten Kapitel erfolgt und auch die desaströse Wohnsituation insbesondere der Arbeiterklasse in der Zeit beschreibt. Interessant ist, dass an der Lösung der Wohnungsfrage nicht nur sozialdemokratische Kreise interessiert waren, sondern dass auch die um die moralische Situation in den Zinskasernen der Zeit Besorgte aus dem eher konservativen Bürgertum hier auf Besserung drängten. Die sozialdemokratische Regierung nahm sich dieses Problems durch ein beispielloses Wohnbauprogramm in kommunaler Verantwortung an. Dies wird in einem fünften Unterkapitel dann insbesondere an der besonderen Geschichte und Bedeutung des Karl-Marx-Hofs diskutiert.

Das vierte Kapitel der Arbeit ist der theoretischen Grundlegung gewidmet. Die Autorin reflektiert darin sowohl raumtheoretische, raumsoziologische Referenzen, insbesondere aber bezieht sich auf Lefebvre, als auch machtkritische Perspektiven, insbesondere mit Foucault.

Im fünften Kapitel wird in die Methoden der Arbeit eingeführt. Da das Material der Forschung die Publikationen in und aus dem Kontext des Roten Wiens sind, ist die Diskursanalyse naheliegend, um die Forschungsfragen zu beantworten. Dabei sieht die Autorin, dass die Diskursanalyse keineswegs ein durchwegs standardisiertes Verfahren ist, sondern dass sie angepasst werden muss, an die konkret zu analysierenden Materialien. Eine Aufgabe, der sich die Autorin stellt. Auch das Problem der Korpusauswahl adressiert die Autorin. Das Ziel, einen Common-Sense herauszuarbeiten, den die Diskursanalyse oft verfolgt, kann die Autorin nicht teilen. Dies hat auch inhaltliche Gründe, weil es eben in dem Diskurs vor allem auch um Konflikt und weniger um Commonsense geht.

Auch mit der Erstellung von Analyse Kriterien setzt sich die Autorin auseinander und berücksichtigt dabei neben der Analyse von Aussagen und Texten auch die Kontexte in denen diese entstanden sind.

Im sechsten Kapitel geht es um formale und inhaltliche Analyse des Korpus. Dabei ist deutlich, dass der zur Verfügung stehende Korpus von zeitgenössischen Texten, die sich mit Bauen und Wohnen im Roten Wien beschäftigen, riesig ist und dass deshalb eine Auswahl getroffen werden musste. Hilfreich ist, dass es hier schon Sammlungen gibt, auf die die Autorin zurückgreifen kann. Anders als gedacht ist das Material, das sich ausschließlich mit dem Karl-Marx-Hof auseinandersetzt aber wieder überschaubar und berücksichtigt auch nicht alle Aspekte, die es zu verhandeln gilt, weshalb hier auf die größere Gattung von Texten zum Gemeindebau zurückgegriffen wird, deren vielleicht prominentestes Beispiel der Karl-Marx-Hof ist.

In der Analyse der Aussagen zeigen sich Muster und Topoi, die wiederkehrend sind und z.T. auch mit Daten belegt werden. Die Autorin kann zentrale Argumentationsmuster nachweisen, die häufig vertreten werden. Es zeigen sich darin auch zeitgenössische Debatten, wie die zwischen einer Präferenz für den Siedlungsbau (den es in Wien auch gegeben hat, z.B. Werkbundsiedlung) und des Baus von Wohnblocks.

Elisabeth Baumgartner identifiziert in ihrer Materialdurchsicht zahlreiche Beispiele für die Volksbildungsabsichten mit und durch den Gemeindebau. Spannend ist auch die Rekonstruktion von Topoi, die sich auf die kollektiven Elemente im Gemeindebau beziehen, weil sie die sozialistischen Ideale aber auch (geschlechtsspezifische) Rationalisierungen konkretisieren.

Nicht alle Texte fokussieren dabei so deutlich auf die Schaffung des „Neuen Menschen“ durch den neuen Bau, sondern viele betonen einfach die Vorteile von Hygiene, Rationalität, Freiluftkultur durch Balkone oder grüne Höfe, Entlastung von Care-Tätigkeiten durch Kindergärten etc.

Spannend ist, dass die Betonung der Fürsorge durchaus auch gegen die anarchischen Züge im Proletariat gerichtet ist. Die Arbeiterklasse soll eingehegt werden in den Gemeindebauten und so auch umerzogen werden.

Ein anderer wichtiger Aspekt ist die Verwaltung des größten Wohnungsbauunternehmens der Welt, den die Autorin herausarbeitet.

Die Analyse der einzelnen Texte führt ebenfalls zu aufschlussreichen Beobachtungen. So sind beispielsweise die offiziellen Texte der Gemeinde und der Protagonisten des Roten Wien in der Sache nicht weit voneinander entfernt, was z.B. die Problemanalyse der desolaten Wohnungssituation insbesondere der Arbeiter*innenschaft angeht, in der Art der Argumentation unterscheiden sie sich aber deutlich. Während die Schriften der Gemeinde meist nüchtern, sachlich, darstellend bleiben, agitieren die Protagonisten durchaus kämpferisch und engagiert.

Sehr aufschlussreich ist, dass die Autorin nicht nur untersucht, was gesagt wird, sondern auch was jeweils nicht thematisiert wird. So arbeitet sie heraus, dass oft von der Stadt oder der Gemeinde Wien die Rede ist, nicht aber von der regierenden Partei der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Die Autorin bietet mehrere Interpretationsmöglichkeiten für diesen Umstand an, ohne eine zu präferieren.

In einem siebenten Kapitel arbeitet die Autorin die Ergebnisse in Hinblick auf die Forschungsfragen heraus und gliedert diese in entsprechende Unterkapitel.

In 7.1 werden Aussagen zu den normativen Vorstellungen von Bewohner*innen zusammengefasst, wobei das Material hierzu recht wenig aussagekräftig war. Faktisch sind es nicht die Aussagen der Bewohner*innen selbst, die hier dargestellt sind, sondern im Wesentlichen die Erwartungen, die mit den Gemeindebauten von Seiten ihrer Produzenten verbunden sind. Das ist durchaus nicht selten in der raumpädagogischen Forschung, dass sich viele Aussagen zu den Absichten und wenige zu den Wirkungen finden lassen.⁶ Zugleich sind aber auch diese Wirkungsabsichten ausgesprochen aufschlussreich, die sich nicht nur auf den Bau als

⁶ Schluß, Henning / Lachmann, Stefanie (2007): RAUM ALS PÄDAGOGISCHE DIMENSION? - UNTERSUCHUNGEN AM JOACHIMSTHALSCHEN GYMNASIUM. In: BuE, Jg. 60 H. 1, S. 79-96. Online veröffentlicht: Jan 2019 <https://doi.org/10.7788/bue.2007.60.1.79>

solchen, sondern auch auf die Inneneinrichtung, die sozialräumliche Gestaltung, die integrierten Institutionen und weiteres beziehen.

Solche Tendenzen zeigen sich auch in den Antworten auf die zweite Forschungsfrage nach dem Verhältnis von Menschenbild und Architektur. Spannend ist, dass auch bei den Protagonisten proletarischen Bauens häufig nicht positiv bestimmt werden kann, was das nun eigentlich sei, sondern argumentieren ex negativo, dass proletarische Architektur nicht aussehen darf als ob es Burgen, Schlösser und Paläste wären – was umso spannender ist, als nicht nur der Karl-Marx Hof, sondern andere Gemeindebauten sogar noch stärker, durchaus Burgarchitekturen zitieren. Wichtig ist aber auch, dass die Autorin herausstellt, dass längst nicht alle Architekt*innen einen sozialdemokratischen Hintergrund hatten, wie der für den Karl-Marx-Hof verantwortliche Oberstadtbaurat Karl Ehn pars pro toto zeigt, der seine Parteimitgliedschaften an die jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen verstand.

Die dritte Forschungsfrage nach den Machtstrukturen zur Erziehung der Bewohner*innen eröffnet auch Perspektiven über die untersuchte Zeit hinaus. Denn die Bauten bleiben bestehen und üben ihre gebaute Macht weiter aus, bzw. sie werden verändert und angepasst an die neuen Bedürfnisse oder gesellschaftlichen Normen, die sich am augenfälligsten in den jeweiligen Umbenennungen des Karl-Marx-Hofes zeigen, aber da freilich noch nicht auf die Ebene des gebauten Raumes bezogen sind, der auch schwieriger umzugestalten ist, als eine Umbenennung zu realisieren. Trotzdem hat es genau diese Umgestaltungen des gebauten Raumes im Karl-Marx Hof und in anderen Gemeindebauten immer wieder gegeben.

Hier bezieht sich die Autorin auf die Wirkungen im Untersuchungszeitraum. Auch da zeigt sie, dass es nicht der Raum allein ist, der machtvoll wirkt, sondern dass es ein Ineinander von sozialer Interaktion, Institution, Personen und gebautem Raum ist, was wirkt. Das wird z.B. deutlich bei angedrohten Mieterhöhungen bei Fehlverhalten der Bewohner*innen was die zweckgebundene Nutzung der Gebäude angeht. Wie sehr Macht nicht nur repressiv ausgeübt wird, sondern wie die Kontrolle in die Subjekte hinein internalisiert wird, zeigt die Autorin am Beispiel der Aufforderung zur Reinhaltung des Aborts.

Widerständiges Handeln dagegen wird auch in der Sekundärliteratur ambivalent bewertet. War die Bassena im alten Mietzinshaus der Ort, an dem die Menschen zusammenkamen, gab es gerade diesen Ort in den modernen Gemeindebauten mit Wasser in der Küche nicht mehr. Zwar war die Bassena ein Ort kollektiven Zu-

sammenkommens und passte insofern zur Vision des Neuen sozialistischen Menschen, aber das Widerstandspotential das in diesem ungesteuerten Zusammenkommen lag, konnte sich ja nun auch gegen die Bedingungen des immer realer existierenden Roten Wiens richten. Insofern kann die Individualisierung durch Wasser in den Küchen auch als eine räumlich gebaute Vorkehr zur Vermeidung von ungeplanten Solidarisierungsprozessen gelesen werden, die sich potenziell gegen die Akteure des Roten Wien hätten richten können.

Gebaute Macht, so zeigt die Autorin auch an weiteren Beispielen, ist damit mindestens auch ambivalent und keineswegs nur monodirektional.

Kontrolle ist und bleibt deshalb ein wichtiges Element von Machtausübung, das sich z.B. in den Kindergärten, den Geschäftslokalen und vielen weiteren Einrichtungen zumindest auch herauslesen lässt. Sehr aufschlussreich ist, dass die Autorin hier ebenfalls die zivilreligiösen Aspekte unter diesem Gesichtspunkt analysiert. Der Sozialismus nimmt für zentrale Akteure die Stelle ein, die traditionell der Religion zukam. Zentrale Akteure werden mit religiösen Attributen versehen und auch die gebaute Architektur zitiert und verändert religiöse Motive. Berechtigterweise stellt die Autorin aber wieder die Frage, ob und wie diese Machtaspirationen auf die Bewohner*innen tatsächlich gewirkt haben. Dies kann aus der Analyse des vorliegenden Korpus kaum beantwortet werden. Erneut zeigt sich wieder das Problem, dass es zwar zu beabsichtigten Wirkungen Aussagen gibt, viel weniger Material aber zu den tatsächlich hervorgebrachten.

Im achten Kapitel „Fazit“ werden die Ergebnisse weniger noch einmal zusammengefasst als systematisierend in einer bestimmten Perspektive fokussiert. Das ergibt Sinn. Hier kommt die weiter oben schon angemerkte stärker auf den Konflikt fokussierte Interpretation zu ihrem Recht, wie sie z.B. Johanna Klär⁷ vorgestellt hat. Das Kapitel zeigt damit noch einmal, was die Arbeit geleistet hat. Sie verschweigt auch die Grenzen der Arbeit nicht. Zugleich sieht sie, dass die Architektur im Roten Wien nicht gleichgeschaltet war, sondern sehr vielfältige Lösungen für die bekannten Probleme gefunden wurden. Das unterscheidet das Rote Wien deutlich von z.B. den späteren staatssozialistischen Wohnbauprogrammen mit ihren uniformen Wohnblöcken. Zugleich sieht die Autorin, dass es nicht nur

⁷ Klär, Johanna (2020): Bildungsräume als Schlachtfeld. Zum Verhältnis von Raum und dem Kampf um Anerkennung. Beiträge zu Bildungstheorie und Bildungsforschung, Bd. 14. Logos, Berlin.

der eigentliche Wohnraum war, der wirken sollte, sondern dass hier ein Bildungsprogramm gebaut wurde. Die Autorin zeigt, dass die nach Lefebvre vorgestellte Triade des Raumes sich als Ergebnis der Arbeit sehr gut nachzeichnen lässt.

Ein letztes Kapitel bietet schließlich einen Ausblick und Forschungsdesiderate. Da richtet die Autorin den Blick auf die Gegenwart, in der der Gemeindebau noch immer eine zentrale Rolle in der Wohnwirtschaft Wiens hat, die noch immer einer der größten Wohneigentümer Europas ist, was sich nicht nur aber auch auf die Mietpreissituation in der Stadt im Vergleich zu anderen europäischen Großstädten auswirkt, sondern auch auf die Lebensqualität. Viele andere Einrichtungen des Roten Wien haben sich bis heute erhalten, wenn auch zuweilen in veränderter Form. Diese Entwicklungen durch die Zeit zu untersuchen, sieht die Autorin als ebenso lohnend an,⁸ wie den Fokus auf die politische Gegenseite zu legen. Quellen könnten auch die Veränderungen von Hausordnungen sein, schlägt die Autorin vor, oder die Konzentration auf die längsschnittliche Untersuchung der Thematisierung von Gemeindebauten in einem Medium. Aber auch die baulichen Veränderungen selbst im Laufe der Zeit könnten analysiert werden, der Trend zur Individualisierung, mehr qm pro Person, das alles ließe sich in den Umbaumaßnahmen im Gemeindebau zeigen. Und auch ein internationaler Vergleich wäre lohnend, so die Autorin. An Anschluss Themen besteht damit wahrlich kein Mangel.

⁸ Einen Zweig dieser Fragestellung nimmt Franziska Flor in ihrer Arbeit auf, die hoffentlich bald in dieser Reihe erscheint: Flor, Franziska Alexandra (2026): Wohnbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im (halb-)öffentlichen Bereich im Wiener Gemeindebau. Masterthesis Universität Wien, Bildungswissenschaft.

Einleitung

"Die Gemeinde Wien ist der größte Bauherr der Welt. Es wurde wohl auch in anderen Ländern viel gebaut, aber keine Stadt hat aus eigenem so viel geleistet, wie die Gemeinde Wien" (Magistratsabteilung 17 1928).

Von 1919 bis 1934 dauerte die Ära des Roten Wien, eine Zeit des Umbruchs zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg - von der Beendigung der Monarchie über den Beginn der Ersten Republik bis hin zu den erbitterten Widerstandskämpfen gegen den Austrofaschismus im Karl-Marx-Hof und die Machtergreifung durch Akteur*innen des Nationalsozialismus (Reppé 1993). Die Bezeichnung „Rotes Wien“ steht für eine politische „Färbung“ der Stadt - eine Periode der Wiener Stadtpolitik, in der die Sozialdemokratische Partei Deutschösterreichs wiederholt die absolute Mehrheit bei Landtags- und Gemeinderatswahlen innehatte. Dies war vor allem durch die Teilung von Wien und Niederösterreich dauerhaft möglich geworden, denn erst durch die Abtrennung des politisch konservativen Bundeslandes Niederösterreich war eine strukturelle sozialdemokratische Mehrheit in dem nunmehr selbständigen Wien möglich. Rechtliche Grundlage hierfür war unter anderem das Trennungsgesetz von 1921 (Land Niederösterreich-Land 29.12.1921). Es war zudem jene Zeit, in der Wohnungsnot und auch Wohnungselend große Herausforderungen darstellten (vgl. Magistratsabteilung 17 1928). Unter diesen Rahmenbedingungen avancierte die Gemeinde Wien zu eben diesem selbsternannten „größten Bauherr der Welt“ und errichtete „knapp 400 Gemeindebauten mit mehr als 60 000 Wohnungen“ (Kudryashova und Schwarz 2020).

Der vorliegenden Arbeit liegt die Annahme zugrunde, dass die intensive Zuwendung zum sozialen Wohnbau nicht allein der Bekämpfung der eklatanten Wohnprobleme diene. Darüber hinaus wird die These vertreten, dass das Menschenbild und auch die sozialdemokratische Vorstellung von der Gesellschaft sich auf den kommunalen Wohnbau und die Architektur zu dieser Zeit ausgewirkt haben könnten. Der Karl-Marx-Hof, als Superblock konzipiert und der größte der kommunalen Wohnbauten in Wien, soll dabei als Beispiel gelebter Praxis herangezogen werden.

Um die Annahme in Bezug auf mögliche Motive sozialen Wohnbaus auf den Prüfstand stellen zu können, erfolgt im folgenden Kapitel zunächst eine Darstellung des spezifischen Erkenntnisinteresses und der konkreten Fragestellungen dieser Forschungsarbeit. Neben der geschichtlichen Einordnung des Roten Wien

und einer exemplarischen Vorstellung der Schwerpunktsetzungen der sozialdemokratischen Regierungsarbeit wird im zweiten Kapitel auch zur besonderen Stellung des Karl-Marx-Hofs in dieser Zeit Bezug genommen. Es folgt eine theoretische Einbettung, die die Perspektive auf die Thematik und die Forschungsfragen präzisieren soll. Im Anschluss an die Beschreibung des methodischen Vorgehens in Kapitel 3 werden schließlich die Ergebnisse einer Diskursanalyse auf Basis historischer Literatur aus dem Zeitraum des Roten Wien präsentiert, analysiert und eingeordnet. Finalisiert wird die vorliegende Arbeit mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse und einem Ausblick beziehungsweise der Aufstellung von Forschungsdesideraten.

1 Spezifisches Erkenntnisinteresse und Fragestellungen

Der kommunale Wohnbau war einer der zentralen Aspekte des Roten Wien im Zeitraum von 1919 bis 1934. Dabei hat Wohnen einen besonderen Stellenwert und wird „weder als bloßes Obdach und schon gar nicht als wirtschaftliches Marktgut, sondern als eine soziale, kollektive Praxis und Kulturform definiert. Die Schaffung von Wohnraum erfolgt nicht nachfrageorientiert, sondern ist stadt- und sozialpolitisch begründet und reflektiert auf diese Weise auch spezifische sozialreformerische und sozialrevolutionäre Forderungen und Interessen“ (Reinprecht 2019). Ähnliche Konzepte finden sich hierbei nicht nur in Wien, sondern in ganz Europa, beispielsweise in Deutschland oder den Niederlanden (Stühlinger 2020; Vasold und Kudryashova 2020).

Dennoch muss im Hinblick auf Wien gesagt werden, dass die Nachfrage in Bezug auf Wohnraum jedenfalls gegeben war. Die sozialdemokratische Regierung reagierte ab 1919, also mit Beginn ihrer Regierungstätigkeit, auf die prekären Wohnverhältnisse, die sich mit Ende des Ersten Weltkrieges weiter verschlechtert hatten (Kähler 2007). Das hatte auch mit Migrationsbewegungen nach dem Ende der Österreichisch-Ungarischen Monarchie zu tun, in Zuge derer Menschen aus allen ehemaligen Reichsteilen nach Deutschösterreich strömten und dabei vor allem in die Hauptstadt des ehemaligen Vielvölkerstaates, nach Wien.

Die sozialdemokratischen Entscheidungsträger*innen nahmen diese Herausforderung im Wohnbau an. Neben Reformen in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Bildung sollte eine menschenwürdige Wohnung zum Recht aller Bürger*innen erhoben werden (Reppé 1993). Dabei war die Neugestaltung nicht von „Zerschlagung und Neuaufbau [geprägt; Anm. d. Autorin], sondern [es ging; Anm.] in erster Linie um Aneignung und somit um Demokratisierung und gerechtere Verteilung materieller und kultureller Ressourcen“ (Konrad 2019). Dass damit aber durchaus auch paternalistische Vorstellungen verbunden wurden, die von der Säuglingsbetreuung bis zur Bestattung reichten, ist materiell in den damals entstandenen Wohnbauten manifestiert (Konrad 2019).

Das Rote Wien kann als sehr gut erforscht bezeichnet werden, es existiert eine große Anzahl an Publikationen, von „objektivierend“ beschreibenden historischen Darstellungen über Schwerpunktsetzungen zu bestimmten Themenbereichen, unter anderem zu Schulwesen, Fürsorge, Hygiene oder Medizin. Der kommunale Wohnbau des Roten Wien wurde ebenfalls bereits vielfältig beleuchtet

und es wurden auch komparativ internationale Stadtplanungskonzepte berücksichtigt, wie beispielsweise der soziale Wohnbau in Amsterdam (Jaeger 2020; Oldewarris 2020; Rahman 2019; Vasold und Kudryashova 2020).

Die Bautätigkeit selbst ist Fokus vieler Schriften, sowohl die technischen und architektonischen Belange (Reppé 1993; Gieselmann 1978) als auch die vielfältige Publikationsarbeit und somit die Selbstdarstellung des Roten Wien in diesem Zusammenhang betreffend (Stühlinger und Murauer 2020; McFarland et al. 2020). Die vorliegende Arbeit soll einen Fokus auf die Konzeption des kommunalen Wohnbaus in Hinblick auf das sozialdemokratisch erstrebenswerte Bild der Bewohner*innen setzen – und somit die Brücke zwischen Mensch und Raum im Zeitraum des Roten Wien schlagen.

Dabei soll eine machtkritische Perspektive in den Blick genommen werden: Wurde Architektur im Roten Wien als Instrument zur sozialistischen Erziehung der Bewohner*innen genutzt? Inwiefern können im kommunalen Wohnbau dieser Periode Machtstrukturen deutlich werden, die möglicherweise Auswirkungen auf das Leben der Bewohner*innen haben? Dass der Raum nicht nur dem Wohnen gilt, sondern auch normative Vorstellungen von den Bewohner*innen mittragen kann, ermöglicht politische Perspektiven. Welche Rolle kann Architektur in der sozialdemokratischen Normalisierung des Alltags von Bewohner*innen spielen? Welche sozialen Probleme sollte der kommunale Wohnbau des Roten Wien lösen? Aber auch umgekehrt, wie verhalten sich die Nutzer*innen zu diesen gebauten Absichten? Übernehmen sie die ihr zugedachten Rollen und den entsprechenden Habitus? Sind sie passiv dankbar für die Verbesserungen ihrer Wohnumstände oder inwiefern agieren sie als handelnde Subjekte in und über die Auseinandersetzung mit dem gebauten (Lebens-)Raum?

Julius Tandler, Mediziner und Stadtrat im Roten Wien, beschrieb beispielsweise in seinem 1920 erschienenen Text „Gefahren der Minderwertigkeit“ den Menschen als „organisches Kapital“, das es zu verwalten gilt, er sprach sich für die Fortpflanzung von „Gesunden“ und für Eugenik aus (Nemec 2020). Wie wird, dieser Perspektive folgend, der Mensch im kommunalen Wohnbau verwaltet? Neben solch durchaus problematischen Sichtweisen, die in den darauffolgenden Zeiten des Anschlusses Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland in der Ermordung von Millionen Menschen gipfelten, gibt es vielzählige andere sozialdemokratische Stimmen – die sich jedoch trotzdem in einer pluralen sozialistischen Ideologie zusammenfassen lassen.

Stadtplanung und Architektur, so die Annahme der geplanten Arbeit, sind nicht unabhängig von grundlegenden politischen Visionen zu betrachten und somit auch aktuell von hoher Relevanz. Damit verfügt dieses Thema auch über eine pädagogische Dimension: Wie soll der Mensch, in diesem Fall durch Wohnbau und Architektur, erzogen werden? Welche Ziele werden angestrebt? Dabei geht es nicht um das Individuum, sondern eine mögliche gesellschaftliche Transformation, die politisch fundiert ist. In anderen Reformvorhaben des Roten Wien, beispielsweise der Schulreform unter Otto Glöckel, ist der erwünschte Einfluss auf den Menschen durch Erziehung offensichtlicher. Umso spannender ist es jedoch, sich einem anderen Kernthema der Zeit von 1919 bis 1934 zu widmen und dies auf seine bildungswissenschaftlichen Aspekte zu untersuchen.

Für die vorliegende Arbeit ergeben sich auf Basis dieser Grundlage daher folgende zentrale Fragestellungen:

- Inwiefern zeigen sich normative Vorstellungen von Bewohner*innen kommunaler Wohnbauten in sozialdemokratisch geprägten Publikationen in der Zeit des Roten Wien von 1919 bis 1934? Welches Menschenbild wird als entweder verbesserungswürdig oder als erstrebenswert und im Einklang mit den vorherrschenden politischen Interessen dargestellt?
- Inwiefern spiegelt sich dieses Menschenbild in der Architektur des kommunalen Wohnbaus in der Zeit des Roten Wien wider, beispielsweise im Karl-Marx-Hof?
- Inwiefern lassen sich Machtstrukturen aufdecken, die der Erziehung der Bewohner*innen in den kommunalen Wohnbauten der Stadt Wien dienen?

Diesen Fragestellungen wird in Folge im Rahmen einer Diskursanalyse basierend auf Publikationen im Zeitraum 1919 bis 1934 nachgegangen.

Für das Verfassen der Arbeit wurde keine Unterstützung durch auf künstlicher Intelligenz basierende Textgeneratoren in Anspruch genommen, lediglich das Programm Citavi kam für die Verwaltung von Quellen und Zitaten zum Einsatz.

2 Österreich: Von der Monarchie zur Ersten Republik

Das Rote Wien bezeichnet die Phase sozialdemokratischer Regierung Wiens von 1919 bis 1934, also in einer Zeit großer Umbrüche, zwischen Erstem Weltkrieg und bis zur Einführung eines austrofaschistischen Ständestaates. Von 1867 bis 1918 war Wien, neben Budapest, eine der Hauptstädte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und anschließend dem Vertrag von Saint-Germain-en-Laye (Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich 21.07.1920) beziehungsweise dem Vertrag von Trianon, die beide 1920 in Kraft traten, kam es zur Auflösung dieses Verbundes. Die Grundlage für die Bildung von Nationalstaaten war geschaffen, wenn auch den Vertragsunterzeichnungen bereits im Vorfeld Bestrebungen in diese Richtung vorausgingen.

Im Folgenden soll die politische Situation des Gebiets der zukünftigen Republik Österreichs kurz dargestellt werden, da dies für die vorliegende Arbeit von besonderer Bedeutung ist. Die geschichtliche Einbettung – wenn auch hier nur stark verkürzt und vereinfacht – ist relevant, um die Rahmenbedingungen des Roten Wiens in groben Zügen zu kennen und diese Periode politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich besser einordnen zu können.

2.1 Ende einer Monarchie

Wegweisend im Prozess der Staatenbildung ist unter anderem eine Kundgebung Kaiser Karls I. in einer Extra-Ausgabe der Wiener Zeitung vom 17. Oktober 1918:

„Die harten Opfer des Krieges mussten uns den ehrenvollen Frieden sichern, an dessen Schwelle wir heute, mit Gottes Hilfe, stehen. Nunmehr muss ohne Säumnis der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen und daher zuverlässigsten Grundlagen in Angriff genommen werden. (...) Diese Neugestaltung, durch die die Integrität der Länder der heiligen ungarischen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbstständigkeit gewährleisten (...). Meine Regierung ist beauftragt, zum Neuaufbaue Österreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten. An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht Mein Ruf, an dem großen Werke durch Nationalräte mitzuwirken, die – gebildet aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation – die Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehre mit Meiner Regierung zur Geltung bringen sollen“ (Wiener Zeitung 1918a).

Dies markierte öffentlich den Aufruf zu konkreten politischen Maßnahmen zur Staatenbildung.

Zunächst konstituierte sich sodann auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich die „Provisorische Nationalversammlung des selbstständigen deutsch-österreichischen Staates“ am 21. Oktober 1918 aus den Reichsratsabgeordneten der deutschsprachigen Gebiete des österreichischen Teils der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (Öhlinger 1993). Insgesamt bestand die Nationalversammlung aus 208 Abgeordneten, ausschließlich Männern – das aktive wie auch passive Wahlrecht der Frauen war bei der Wahl 1911 nicht gegeben. Die am stärksten vertretenen Parteien waren die Deutsch-nationale Partei (DNP) mit 96, die Christlichsoziale Partei (CS) mit 65 und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) mit 39 Sitzen. Die zugrunde liegenden Wahlergebnisse der Reichsratswahlen 1911 wurden von der K. K. Statistischen Zentralkommission veröffentlicht (K. K. Statistische Zentralkommission 1912). Karl Renner (SDAP) wurde zum Staatskanzler gewählt. Franz Dinghofer (DNP), Johann Hauser (CS; Nachfolge von Jodok Fink) und Karl Seitz (SDAP) fungierten als gleichberechtigte Präsidenten (Wiener Zeitung 1918b).

2.2 Die Erste Republik: Von der Provisorischen zur Konstituierenden Nationalversammlung

Nach diesen ersten Schritten der Neuordnung wurde am 12. November 1918 in Wien die erste Republik ausgerufen. Juristische Grundlage dafür war das „Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich“ (Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich 14.03.1919). Dies war ein revolutionärer Akt, folgt man der Ansicht des bedeutenden österreichischen Verfassungsrechtlers Hans Kelsen, der 1920 feststellte:

„Revolution (...) ist, vom juristischen Standpunkt aus gesehen, nichts anderes als der Bruch der Rechtskontinuität. Und solcher Bruch bleibt auch dann noch Revolution, wenn er sich, wie in Deutschösterreich, ohne äußeren Kampf, ohne Blutvergießen, vollzieht, wenn insbesondere der ganze Apparat des alten Staates sich ohne Sträuben, ja gerne in den Dienst der neuen Verfassung stellt“ (Öhner 2020).

Diese Entwicklungen, der Weg zur Demokratie, waren ein radikaler Bruch. Kaiser Karl I. war somit letzter Kaiser von Deutschösterreich. Er legte einen Tag vor

der Ausrufung der Republik, am 11. November 1918, „jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ zurück (Öhlinger 1993). Die Wiener Zeitung zitierte ihn in ihrer Extra-Ausgabe vom 11. November 1918 wie folgt:

„Möge das Volk von Deutschösterreich in Eintracht und Versöhnlichkeit die Neuordnung schaffen und befestigen. Das Glück Meiner Völker war von Anbeginn das Ziel Meiner heißesten Wünsche. Nur der innere Friede kann die Wunden dieses Krieges heilen“ (Wiener Zeitung 1918b).

Die Ausrufung der Republik führte zu einer großen Menschenansammlung vor dem Parlament in Wien. Es gab nicht nur Zustimmung zu diesem politischen Schritt, neben Protesten kam es auch zu Schießereien, die zu zwei Toten führten (Brandstätter 1986). Unter anderem gab es Aktionen von Marxisten, die sich für eine sozialistische Wende in der Politik starkmachten (McFarland et al. 2020).

Am 16. Februar 1919 wurde die erste Konstituierende Nationalversammlung gewählt, die die Provisorische Nationalversammlung ablöste. Erstmals, auf Basis eines Beschlusses vom 30. Oktober 1918, beruht die Wahl hierbei „auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts“ (Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich 15.11.1918). Dabei veränderten sich die politischen Machtverhältnisse deutlich zugunsten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei: Von 170 Mandaten gingen 72 an die SDAP, 69 an die CS und nur 26 an die Großdeutsche Partei (Statistische Zentralkommission 1919).

Den Verhandlungen und der öffentlichen Ausrufung der Republik im November 1918 folgte im darauffolgenden März die gesetzliche Darlegung:

„174. Gesetz vom 12. März 1919 über die Staatsform. Die konstituierende Nationalversammlung hat beschlossen: Artikel 1. Die konstituierende Nationalversammlung wiederholt und bestätigt feierlich die im Gesetze vom 12. November 1918, St. G. Bl. („Staatsgesetzblatt“; Anm. d. Autorin) Nr. 5, über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich, niedergelegten Beschlüsse der provisorischen Staatsversammlung wie folgt:

1. Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volk eingesetzt.
2. Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches.“ (Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich 14.03.1919)

Nun mag verwundern, dass einerseits der Nationalstaat bekräftigt, andererseits die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich proklamiert wurde. „Die Anschlussdeklaration war zweifellos der von allen Parteien geteilten Überzeugung geschuldet, dass die deutschsprachigen Länder der Monarchie (Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, seit 1923 auch das Burgenland) wirtschaftlich nicht überleben könnten, wenn sie auf sich allein gestellt blieben“ (Öhner 2020). Politisch war der Wille für einen Anschluss somit gegeben; auch die Machtverteilung in der Provisorischen Nationalversammlung, die zugunsten der Deutschnationalen Partei ausgerichtet war, deutet in diese Richtung.

Nur wenige Wochen später erfolgte allerdings bereits eine Änderung diesbezüglich: „Deutschösterreich in seiner durch den Staatsvertrag von St. Germain bestimmten Abgrenzung ist eine demokratische Republik unter dem Namen ‚Republik Österreich‘. (...) In Durchführung des Staatsvertrages von St. Germain wird die bisherige gesetzliche Bestimmung: ‚Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches‘ (...) außer Kraft gesetzt“ (Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich 10.04.1919). Diese Verbindung wurde somit unter Berufung auf den Staatsvertrag unterbunden und war in dieser Form damals nicht möglich.

Umso deutlicher wurde die prekäre wirtschaftliche Lage, mit der die junge Republik nach dem Ersten Weltkrieg konfrontiert war. Von einer großen Monarchie hin zu einem kleinen Nationalstaat, der noch dazu, aufgrund seiner attestierten Kriegsschuld in Artikel 177 des Vertrags von Saint-Germain, mit Reparationszahlungen konfrontiert war – wenn auch ohne konkrete Höhe und ohne zeitlichen Horizont, eben aufgrund der Tatsache der mangelnden Mittel (Konstituierende Nationalversammlung 1919). Nach jahrelangen Verhandlungen und dem Einsetzen einer Reparationskommission wurde vom weiteren Verfolgen von Reparationszahlungen abgesehen (Rathmanner 2016). Dennoch war die Lage prekär:

„Der Wegfall der billigen Rohstoffe aus den Kronländern führte zu erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten; umgekehrt bauten die Nachfolgestaaten eigene Industrien auf und versorgten sich selbst mit vielen Gütern, die sie früher aus Wien bezogen hatten. Das abrupte Abschneiden der Lebensmittellieferungen aus Böhmen, Mähren, Ungarn und Polen führte in Wien nicht nur zu Versorgungsschwierigkeiten und Inflation, sondern auch zu stagnierender Produktion, zu Betriebsstilllegungen, Bankrotten und Arbeitslosigkeit“ (Weihsmann 2019).

Die wirtschaftliche Lage sollte sich in den Folgejahren nur eingeschränkt verbessern, die Weltwirtschaftskrise ab Ende der 1920er Jahre brachte erneut herbe Rückschritte. Schwierigkeiten erzeugte zudem die in Auflösung begriffene Währungsunion mit den ehemaligen Gebieten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, die damalige Währung Krone war einer starken Inflation ausgesetzt.

1920 wurde ein Gesetz zur Trennung der Länder Wien und Niederösterreich grundgelegt, das schließlich 1922 in Kraft trat (Land Wien 1924). Von nun an war Wien nicht mehr an Niederösterreich gebunden – eine grundlegende Änderung, die sich sowohl in der Verwaltung, der Aufteilung der Besitztümer und Finanzen, sowie in der politischen Ausrichtung widerspiegelte.

Unter dem christlich-sozialen Bundeskanzler Ignaz Seipel wurde ab 1922 eine neue Geldpolitik umgesetzt, die sich in vielen unterschiedlichen Maßnahmen manifestierte, unter anderem der Aufnahme eines Völkerbunddarlehens („Genfer Protokolle“, 4. Oktober 1922), der Errichtung einer österreichischen Nationalbank (nach Auflösung der „Österreichisch-Ungarischen Bank, österreichische Geschäftsführung“), der Einführung der neuen Währung Schilling, der Bindung des Schillings an den Wert des US-Dollar, und generell einem sehr restriktiven Umgang mit den Finanzen (wenige Investitionen und Strukturreformen) (Österreichische Nationalbank 2020).

„Österreich wurde durch seine Deflationspolitik vom weltweiten Konjunkturaufschwung seit Mitte der 1920er-Jahre nur zögerlich erfasst. Die österreichische Wirtschaft nutzte in dieser Zeit überwiegend kurzfristige Kredite zur Finanzierung von langfristigen Investitionen. Ein labiles Verhältnis von Überkapazitäten, strukturellen Schwächen und internationalen Kreditverflechtungen entstand“ (ebd. S. 88).

Dies führte zu erheblichen Problemen, als die politische Situation in Österreich vor allem Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre zunehmend instabiler wurde. Es kam zu einem „bank run“ und dem Abzug ausländischer Investitionen (vgl. ebd.). Die beginnende Weltwirtschaftskrise verstärkte die Probleme am österreichischen Finanzmarkt zusätzlich. Politisch kam es zu fundamentalen Änderungen, die sich in der österreichischen Verfassung niederschlugen – ein Ständestaat wurde errichtet.

2.3 Aus Republik wird Bundesstaat

„Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung“ (Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich 01.05.1934). Mit dieser neuen Verfassung, die jene von 1918 ersetzte, wurde der Bundesstaat Österreich unter dem Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ausgerufen – ein autoritäres Einparteiensystem, das nach Berufsständen gegliedert sein sollte und sich gegen bestehende demokratische Strukturen richtete.

Bereits in den Jahren vor diesem gravierenden Schritt kam es, wie bereits kurz dargelegt, vermehrt zu Spannungen zwischen den politischen Lagern. Unter anderem die schwierige wirtschaftliche Lage und auch eine sehr hohe Arbeitslosenrate trugen zu den Konflikten bei. Eine Besonderheit im politischen Alltag war, dass zunehmend paramilitärische Organisationen eine bedeutende Stellung einnahmen. So stand der „Republikanische Schutzbund“ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs nahe, während die „Heimwehr“ und eine sich aus Ex-Militärs zusammengesetzte „Frontkämpferversammlung“ sich bürgerlichen, christlichen, nationalsozialistischen und großdeutschen Mächten zugehörig fühlten (Öhlinger 1993).

Nach mehreren bewaffneten Zusammenstößen der verschiedenen Lager kam es im Jänner 1927 in Schattendorf im Burgenland zur Ermordung von zwei Menschen und vielen verletzten Personen durch Frontkämpfer. Der darauffolgende Geschworenenprozess führte zu milden Strafen für die Täter, ein Affront für die Sozialdemokratische Partei Deutschösterreichs. Die „Arbeiter-Zeitung“ berichtete in ihrer Ausgabe vom 15. Juli 1927:

„Denn die Wahrheit, die aus dieser Freisprechung, die die ganze Rechtsprechung schändet, so erschütternd und aufreizend hervorgeht, ist die, daß Hakenkreuzler und Frontkämpfer, wenn sie auf Arbeiter schießen, wenn sie Sozialdemokraten ermorden, der Freisprechung anscheinend immer gewiß sein können“ (Austerlitz 1927).

Es folgten Streike, Demonstrationen und Tumulte durch Anhänger der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs in Wien. Durch eingedrungene Demonstrant*innen kam es zu einer Brandlegung im Justizpalast, das Eingreifen der Polizei führte zu mehr als 80 Toten (Podbrecky 2013). Die letzten Nationalratswahlen der Ersten Republik fanden am 9. November 1930 statt. Die National-

sozialistische Deutsche Arbeiterpartei erhielt bei diesem ersten Antritt österreichweit bereits 111 627 Stimmen (Bundesamt für Statistik 1931). Erstmals traten auch die Heimwehren mit einer eigenen Liste an: Im Mai desselben Jahres schworen sie den „Korneuburger Eid“, ein Bekenntnis zur Zerschlagung der Demokratie und für den Faschismus (Podbrecky 2013). Die politischen Spannungen nahmen zu. Obwohl die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs stärkste Kraft war, kam es zu einer Koalition von Christlichsozialer Partei, Großdeutschen und Landbund unter Bundeskanzler Otto Ender, Landeshauptmann von Vorarlberg (Öhlinger 1993). Engelbert Dollfuß übernahm dieses Amt erst 1932, nach Karl Buresch. Generell war die personelle Fluktuation in Bezug auf das Amt des Bundeskanzlers hoch: Von 1918 bis 1938 gab es 14 Amtswechsel – von Karl Renner bis Kurt Schuschnigg (im Vergleich dazu gab es von 1945 bis 2024 insgesamt 20 amtierende Bundeskanzler*innen) (Bundeskanzleramt 2024).

1933 spitzte sich die politische Lage weiter zu: Die Bundesregierung erklärte die „Selbstausschaltung“ des Parlaments und regierte auf Basis des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ von 1917 weiter. Unter anderem wurde ein allgemeines Versammlungs- und Aufmarschverbot erlassen, die Pressefreiheit eingeschränkt, der Republikanische Schutzbund aufgelöst und die Todesstrafe wiedereingeführt. Das Militär riegelte am 1. Mai 1933 die Innenstadt Wiens ab und verhinderte so den traditionellen Maiaufmarsch der Sozialdemokratischen Partei Deutschösterreichs (Brandstätter 1986). Im Februar 1934 befahl die Bundesregierung die Durchsuchung von Sozialdemokratischen Parteiheimen – es wurde nach Waffen gesucht. Daraufhin kam es zu bewaffnetem Widerstand durch den Schutzbund, ein Bürgerkrieg breitete sich auf dem gesamten Bundesgebiet aus. Am 15. Februar 1934 wurde der Aufstand durch die Exekutive unter Einsatz schwerer Waffen niedergeschlagen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschösterreichs wurde aufgelöst, Bürgermeister Seitz und viele andere sozialdemokratische Politiker wurden verhaftet. Über neun Anführer des Schutzbundes wurde in weiterer Folge die Todesstrafe verhängt (Brandstätter 1986).

Bundeskanzler Engelbert Dollfuß wurde 1934 bei einem nationalsozialistischen Putschversuch im Bundeskanzleramt erschossen. Sein Amt übernahm Kurt Schuschnigg – bis zur Übergabe des Amtes an Arthur Seyß-Inquart, der den Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich im Jahr 1938 vollzog. Arthur Seyß-Inquart war vom 11. bis 13. März 1938 österreichischer Bundeskanzler, kürzer diente nur Walter Breisky in dieser Funktion (26.-27. Jänner 1922).

3 Das Rote Wien

Diese historische Einordnung des Roten Wien in der Zwischenkriegszeit soll einen Rahmen für die vertiefende Auseinandersetzung mit dem Wien von 1919 bis 1934 bieten. Auch mehr als 100 Jahre nachdem das Rote Wien seinen Anfang nahm, ist diese Zeit in der Stadt allgegenwärtig. Viele bekannte Straßennamen, Plätze und Gebäude erinnern an die Hochphase der österreichischen Sozialdemokratie, sie sind beispielsweise nach sozialdemokratischen Politikern (z.B. Reumannplatz, Dr. Karl-Renner-Ring, Julius-Tandler-Platz, Dr.-Ignaz-Seipel-Platz, Schuhmeierplatz, Victor-Adler-Hof; hier wurde bewusst das Maskulinum verwendet, Anm. d. Autorin) oder nach wichtigen Personen der Arbeiterbewegung (z.B. Karl-Marx-Hof, Friedrich-Engels-Hof, Svobodahof) benannt. (Anm.: Eine kritische Aufarbeitung zu einigen dieser politisch motivierten Bezeichnungen findet sich in dem von der Stadt Wien in Auftrag gegebenen Forschungsbericht „Straßennamen Wiens seit 1860 als ‚Politische Erinnerungsorte‘“ [Rathkolb et al. 2013].)

Nach der Etablierung des Ständestaats 1934 und auch nach dem Anschluss an das Deutsche Reich 1938 kam es zu symbolischen Umbenennungen von Straßen, Plätzen und Gebäuden (Öhlinger 1993; Autengruber und Schwarz 2023; Wiener Stadt- und Landesarchiv, M.Abt. 350, A1 1938). Dies fand aber, so der Eindruck, nicht in besonderem Maße strukturiert oder restriktiv statt – während manche Namen geändert wurden, blieben andere bestehen. Erwartbar sei gewesen, dass sozialistische, sozialdemokratische und marxistische Namensgebungen ersetzt würden, aber selbst dieses Schema wurde nicht lückenlos umgesetzt. Einen Erklärungsversuch liefern Autengruber und Schwarz:

„Daraus wird erkennbar, dass die Diktatur durch weitere Umbenennungen die Arbeiterklasse nicht noch mehr gegen sich aufbringen wollte. Trotz der Demontage der Namensschilder und Gedenktafeln bzw. der Umbenennung einiger Gemeindebauten waren im Sprachgebrauch der BewohnerInnen die alten Namen weiterhin präsent“ (Autengruber und Schwarz 2023).

Nach 1945 und somit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es zu Rück- und Umbenennungen der betroffenen Orte. Dies zeigt deutlich die politische und gesellschaftliche Relevanz auch symbolischer Aneignung öffentlichen Raumes.

Doch nicht nur schlichte Bezeichnungen aus der Zeit des Roten Wien prägten und prägen das Stadtbild. In den folgenden Unterkapiteln sollen daher zunächst die Wurzeln der Sozialdemokratischen Partei in Österreich freigelegt werden, um in

weiterer Folge konkreter auf das Rote Wien und, im Speziellen für diese Arbeit relevant, die Bedeutung des kommunalen Wohnbaus zu dieser Zeit eingehen zu können.

3.1 Zu den Anfängen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich

Eine zentrale Figur in der Geschichte der Sozialdemokratie in Österreich ist Victor Adler (1852-1918). Aus einer großbürgerlichen Familie stammend, kam der Arzt bald mit der Sozialdemokratie, dem Marxismus und der Arbeiterbewegung in Kontakt. Im Rahmen seiner journalistischen Tätigkeit gründete er die Zeitschriften „Gleichheit“ und „Arbeiter-Zeitung“. Sein Einsatz war entscheidend für die Zusammenführung verschiedener Strömungen der Arbeiterbewegung, für die Kooperation von „Reformisten“ mit „Radikalen“ (Brandstätter 1986). Zur Jahreswende 1888/1889, am Hainfelder Parteitag, gelang es unter Beteiligung von Victor Adler die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP) zu begründen. Jener Parteitag, der die politische Landschaft Österreichs nachhaltig prägte, mündete unter anderem in einer „Prinzipien-Erklärung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs“:

„Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmern. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisiert sind. (...) Der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich notwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisierte Proletariat sein“ (Popp und Häfner 1888).

Dieser Auszug aus den „Verhandlungen des Parteitages der Österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld“ zeigt ganz klar die programmatische Ausrichtung der neu gegründeten Partei auf, wie sich auch in den weiteren Ausführungen, in denen

es um einige konkrete politische Handlungen, wie beispielsweise eben den kommunalen Wohnbau gehen wird, zeigt. Bis heute ist die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (ab 1889), später offiziell benannt als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschösterreichs“ (1919 - 1934), „Sozialistische Partei Österreichs“ (1945 – 1991) und seither als „Sozialdemokratische Partei Österreichs“, fest in der österreichischen Demokratie verankert.

Im Hinblick auf das „klassenbewusste und als politische Partei organisierte Proletariat“ stellt sich die Frage nach einer Begriffsdefinition des Proletariats. Weil es im Zusammenhang mit den Arbeiterbewegungen als passend erscheint, soll „Das kommunistische Manifest“ von Friedrich Engels und Karl Marx herangezogen werden. Darin wird das Proletariat beschrieben als:

„(...) die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Diese Arbeiter, die sich stückweis verkaufen müssen, sind eine Ware wie jeder andere Handelsartikel und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt“ (Marx und Engels 1872).

Das Proletariat kann somit auf kein Vermögen zurückgreifen, es muss sich seinen Lebensunterhalt durch Arbeit bestreiten. Zudem verweisen Marx und Engels sehr deutlich auf das politische Moment des Proletariats:

„Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf. (...) Diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie erhebt immer wieder, stärker, fester, mächtiger. (...)“ (Marx und Engels 1872).

Von diesem Standpunkt aus ist der Begriff des Proletariats somit immer ein politischer.

Victor Adler, als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns, mit einem Medizinstudium und der Betätigung als Journalist, kann wohl nicht als Teil des Proletariats bezeichnet werden. Dennoch wurde er am Hainfelder Parteitag zum ersten Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gewählt. Während auch andere zentrale Figuren der Sozialdemokratie in Österreich keinen proletarischen Hintergrund hatten, wie beispielsweise Otto Bauer, so weisen viele von ihnen doch Biographien auf, die sie mit dem Arbeiter*innenmilieu verbinden (bspw. Karl Renner, Karl Seitz).

Rückblickend auf die geschichtlichen Entwicklungen ist es erstaunlich, dass so viele aus der Arbeiterklasse es in führende Rollen der österreichischen Demokratie geschafft haben. Zur Zeit des Ursprungs der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei war das Wahlrecht noch gänzlich anders strukturiert: als Zensuswahlrecht. Dieses Wahlrecht stand nur jenen zu, die beispielsweise eine bestimmte Mindeststeuerleistung erbrachten oder gewissen Bevölkerungsgruppen zugehörig waren (z.B. höhere Beamte, Priester).

Der Widerstand dagegen erhöhte sich jedoch zunehmend. Adler selbst verfasste beispielsweise das Werk „Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und das Wahlunrecht in Österreich“ in dem er sich ganz deutlich gegen das bestehende System ausspricht:

„So sehen wir denn, wie es in Österreich mit dem wichtigsten Rechte des Staatsbürgers aussieht. Das heutige Wahlsystem mit seinem hohen Zensus und mit seinen Gruppen macht aus dem Wahlrechte ein höchst ungleichvertheiltes Monopol der Besitzenden. Es beraubt nicht nur zwei Drittel des Volkes aller politischen Rechte, es liefert auch das bevorrechtete Drittel in die Hände von ein paar Tausend Großgrundbesitzern, welche statistisch die Herrschenden sind in Österreich“ (Adler 1893).

Dennoch bestand das Zensuswahlrecht bis zum Jahr 1907 fort, wenn auch mit Reformen (unter anderem die Einführung einer allgemeinen Wählerklasse 1896, trotzdem war die Gewichtung der Stimmen alles andere als gleich und begünstigte weiterhin nur bestimmte Teile der Bevölkerung). Zunächst wurde nach intensiven Verhandlungen dann das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht der Männer umgesetzt (Brandstätter 1986; Republik Österreich Parlamentsdirektion 2023). Weitere elf Jahre sollte es noch dauern, bis das Wahlrecht ungeachtet des Geschlechts in Österreich 1918 Einzug hielt (Brandstätter 1986).

Die Ursprünge der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei waren somit eng dem mit einer grundsätzlichen Änderung des Österreichischen Wahlsystems verbunden – und dem erstarkenden Beteiligungsrecht für die primäre Zielgruppe der Partei: die Arbeiter*innen. Die öffentliche Wahrnehmung wurde zunehmend von den Bedürfnissen, Anforderungen und Herausforderungen dieser Bevölkerungsgruppe geprägt. Mitentscheidend war zudem das Ende der Monarchie. Adler, als einer der Wegbereiter der Ersten Republik, konnte diese neue Ära nicht mehr mitgestalten. Er starb am 11. November 1918, einen Tag vor der Ausrufung der Republik (Brandstätter 1986).

3.2 Historische und inhaltliche Einordnung des Roten Wien

Wie sowohl die Wahlrechtsreform von 1918 als auch das Ende der Monarchie für das Rote Wien entscheidend waren, fassen McFarland, Spitaler und Zechner (2020) zusammen: „Die offizielle Geschichte des Roten Wien beginnt mit der Gemeinderatswahl vom 4. Mai 1919, die der SDAP bei der ersten nach allgemeinem gleichem Männer- und Frauenwahlrecht abgehaltenen Wahl die absolute Mehrheit in Wien brachte. Seine inoffizielle Geschichte beginnt mit der Ausrufung der Republik Deutschösterreichs am 12. November 1918“ (McFarland et al. 2020). Diese inoffizielle Geschichte beruht, den genannten Wissenschaftlern zufolge, auf zwei Revolutionen, eine „vollzogene“ und eine „aufgeschobene“.

Die vollzogene sei jene, die zur Ausrufung der Republik geführt hatte und somit einen klaren Bruch mit der Monarchie darstellte. Die aufgeschobene sei hingegen jene, die den Sozialismus an der Macht sehen wollte.

„Die Sozialdemokraten bemühten sich fortan darum, ihre Kritiker von rechts und links abwechselnd damit zu beschwichtigen, dass die Revolution entweder schon vollzogen oder nur aufgeschoben sei. Beiden gegenüber stellten sie jedoch unmissverständlich klar, dass es sich in jedem Fall um eine demokratische Revolution handelte und dass Gewalt nur als Ultima Ratio infrage käme, wenn der demokratische Prozess als solcher gefährdet wäre“ (McFarland et al. 2020).

Dass diese Ultima Ratio in der Zeit des Roten Wiens mehrfach Anwendung fand, wie beispielsweise bei den Kämpfen zwischen Schutzbund und Heimwehr, sowie in den letzten Tagen des Roten Wien, bevor aus der Republik Österreich ein Ständestaat wurde, konnte bereits im zweiten Kapitel „Österreich: Von der Monarchie zum Ständestaat“ dargelegt werden.

In den Anfängen der Ersten Republik, nach einem Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs bei den „Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung“ (mit einem Stimmenanteil von 40,75 %), kam es 1919 zunächst zu einer Koalition zwischen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs und der Christlichsozialen Partei. Diese endete, durch Aufkündigung der Zusammenarbeit durch die Christlichsoziale Partei, bereits 1920. Auf Bundesebene war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs von diesem Zeitpunkt an in der Rolle der Opposition – bis zu ihrer Auflösung 1934 (Forum Politische Bildung 1998).

Anders stellte sich die Lage in Wien dar (das jedoch zu jener Zeit noch mit Niederösterreich verbunden war - die Trennung wurde 1922 vollzogen). Bei dieser ersten, entscheidenden Gemeinderatswahl 1919 nach neuem Wahlrecht erzielte die Sozialdemokratische Partei mit 54,1 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit (Weihsmann 2019). Von 1919 bis 1934, und somit bis zur Errichtung eines autoritären Ständestaates unter Engelbert Dollfuß, konnte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs die Geschicke der Stadt Wien leiten und hatte, besonders ab 1922, als es zudem ein eigenes Bundesland wurde, vielfältige Möglichkeiten ihr Parteiprogramm umzusetzen. Wien avancierte zur einer Art Vorbildprojekt österreichischer Sozialdemokratie, wenn schon die politischen Möglichkeiten auf Bundesebene eingeschränkt waren (Weihsmann 2019).

Jakob Reumann wurde, infolge der Gemeinderatswahl, erster sozialdemokratischer Bürgermeister der Stadt Wien. Und nicht nur das: Er war der erste sozialdemokratische Bürgermeister einer Millionenstadt. Die Voraussetzungen, unter der Reumann sein Amt antrat, waren jedoch alles andere als einfach, die Folgen des Ersten Weltkrieges lasteten noch schwer auf Wien (Brandstätter 1986). Dennoch zeigte seine Antrittsrede vom 22. Mai 1919 Optimismus und sozialdemokratischen Auf- und Umbauwillen:

„Freilich muß die Hoffnung des Volkes in Erfüllung gehen, daß das Leben in dieser Stadt der Arbeit sich nach den Bedürfnissen und Interessen der breiten Massen, nicht nach den Geldsackinteressen kleiner Gruppen gestalten werde. Dem politischen Umsturz muß die soziale Umwälzung folgen. Bei der Vergesellschaftung der Arbeitsmittel fallen der größten Gemeinde des Staates bedeutsame Aufgaben zu. Der schweren Verantwortung, die wir tragen, bewußt, sorgfältig prüfend und wägend, aber auch freudigen Herzens, wollen wir das große Werk beginnen, das die Gemeinde Wien zur Herrin von Grund und Boden machen, allen Bewohnern ein entsprechendes Heim schaffen, den Verkehr ausgestalten und der Stadt den entscheidenden Einfluß auf die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln bringen soll“ (Reumann 1919).

Der Fokus der Kommunalpolitik der kommenden Jahre lag, wie bereits im Auszug dieser Rede erkennbar, auf dem kommunalen Wohnbau, aber auch das Gesundheits- und Fürsorgewesen hatte einen hohen Stellenwert. Etwa 60 % der Aufwendungen fielen in diese Sektoren, während Infrastruktur mit etwa 10 % der Gesamtausgaben budgetiert war (Brandstätter 1986).

Möglich waren die umfassenden Maßnahmen durch eine Neukonzeption des Steuersystems. Wien hatte als Bundesland eine Finanz- und Steuerhoheit inne, die

von Finanzstadtrat Hugo Breitner einerseits für neue Steuern genutzt wurden, die als Zielgruppe nicht vordergründig Arbeiter*innen und kleine Angestellte hatten (Automobilsteuer, Luxussteuer, Steuer für die Anstellung von Hauspersonal, etc.), andererseits progressive Steuermodelle (z.B. Wohnbausteuer, Teile der Einkommenssteuer für die Stadt) entworfen: „Es sind eben Abgaben, die nicht aus dem Leib der Arbeiter und Angestellten herausgeschnitten werden, sondern die eine und einzige Absicht zeigen, die Lasten auf jene Schultern zu legen, die sie zu tragen vermögen“ (Breitner 1922).

Diese programmatische Richtung und die tatsächliche Umsetzung in der Stadt, die durch das neue Steuerkonzept möglich war, stießen auf regen Zuspruch von der Bevölkerung – und das nicht allein bei den Arbeiter*innen. McFarland, Spitaler und Zechner weisen schon in Bezug auf die Revolution 1918 darauf hin, dass diese „genuin bürgerlich“ gewesen und von einem „Zweckbündnis der Arbeiterschaft mit den intellektuellen Eliten der Sozialdemokratie“ unterstützt worden sei (McFarland et al. 2020). Auch die zunehmende Auflehnung gegen nationalsozialistische Tendenzen hätte die Sozialdemokratie gegen Ende der 1920er Jahre gestärkt und regen Zulauf in der Partei generiert. So seien 1930 bei einer Einwohner*innenzahl von 1,9 Millionen Menschen etwa 400 000 Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs gewesen (McFarland et al. 2020). Kritisch muss jedoch angemerkt werden, dass die Sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht gänzlich frei war von problematischen Sichtweisen, beispielsweise im Hinblick auf deutschnationales Gedankengut oder Eugenik im Rahmen der Hygienisierungspolitik.

3.3 Der „Neue Mensch“ im Roten Wien

Es wird deutlich, dass nicht allein beispielsweise die Errichtung von kommunalem Wohnbau oder eine Verbesserung des Fürsorgewesens diese sozialdemokratische Strömung getragen haben. Der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs ging es um weit höhere Ziele: Hervorgehen sollte eine „Neue Stadt“ und mit ihr der „Neue Mensch“ (Konrad 2019). Eine gesellschaftliche Transformation sollte eingeleitet werden.

Käte Meyer-Drawe, die sich mit dem Bild des „Neuen Menschen“ auseinandersetzt, verweist darauf, dass dieses Konzept in der westlichen Theorie schon eine lange Geschichte hat. Die Annahme vom Menschen als Mangelwesen, das all diese Schwächen und Unzulänglichkeiten abwerfen könne, um als Neuer Mensch

hervorzugehen, ließe sich schon in Erzählungen über Prometheus oder Adam und Eva erkennen (Meyer-Drawe 2012).

„Schöpfungsmythen verknüpften sich mit politischen Utopien und philosophischen Menschenbildern. Erst in der Moderne rückt eine Art Selbstschöpfung in den Vordergrund. Seit Beginn der Neuzeit gilt nur das als erkannt, was auch hergestellt werden kann. Insofern hängt der Neue Mensch damit zusammen, dass er sich selbst nicht nur erkennen, sondern prinzipiell auch herstellen kann“ (Meyer-Drawe 2012).

Im Zusammenhang mit dem Roten Wien kann dies so gedeutet werden, dass die Stadt den Bürger*innen zwar die Werkzeuge für ihre Transformation in die Hand gab, sie selbst jedoch verantwortlich für den Prozess waren. Es finden sich vereinzelt konkrete Verbindungen zu „Schöpfungsmythen“, wie von Meyer-Drawe 2012 dargelegt. Besonders pathetisch drückt es Josef Luitpold Stern in seinem Gedicht „Die Neue Stadt“ zu Ehren Karl Seitz aus:

„Selig sind, die Häuser bauen für die Völker der Erde. Selig sind, die ihre Kraft einsetzen für die Heimstetten der Menschen. (...) Selig der Mensch der kommenden Tage, er kennt nicht die Steinschlucht der bösen Straßen, er kennt nicht das Schrecknis lichtlosen Atmens. (...) Der Neuen Stadt der Neue Mensch. O süsse Kindheit einer schönern Zeit. Selig, selig das Menschengeschlecht“ (Konrad 2019).

Was kann unter dem „Neuen Menschen“ also nun in einem sozialistischen Kontext verstanden werden? Das Konzept verbleibt vage, es gibt keine konkrete Definition. Vielmehr ist es Ausdruck einer utopischen Vision des Menschen, der in einer besseren, sozialistischen Gesellschaft leben und wirken kann. Max Adler, ein österreichischer Jurist, sozialdemokratischer Politiker und Theoretiker des Austromarxismus, veröffentlichte dazu sein Werk „Neue Menschen“ (Adler 1924).

„Neue Menschen! - Das ist also das eigentliche Ziel einer revolutionären Erziehung, einer Erziehung, die jene neue Gesellschaft auch in den Seelen der Menschen vorbereitet, die sonst in ihrer Vorbereitung durch den ökonomischen Prozess bloß eine objektive Möglichkeit bleibt“ (Adler 1924)

An anderen Stellen geht er, wenn auch nicht konkreter, auf einige Aspekte ein, die diesen Neuen Menschen ausmachten: Loslösung vom Kapitalismus, Vorbereitung für den Kommunismus, Gemeinschaft, Fortentwicklung von Moral und

Recht, Parteitreue und Gemeinschaftssinn (Adler 1924). Dies ist nur eine von vielen groben Darstellungen, die zeigen, was unter dem „Neuen Menschen“ verstanden werden kann. Aber vermutlich macht gerade dies den Erfolg der utopischen Vorstellung aus – sie lässt Interpretationsspielraum und erreicht somit weit mehr Menschen als eine Darstellung mit klar definierten Grenzen. Der Begriff des „Neuen Menschen“ lässt sich beliebig mit Inhalten befüllen.

Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass dieser Zeitraum von 1919 bis 1934 eine Besonderheit darstellt: inmitten des Umbruchs nach der Monarchie, nach dem Ersten Weltkrieg; mit dem Versuch eine sozialdemokratische Modellstadt zu errichten und nicht nur den Menschen, sondern eine ganze Gesellschaft zu transformieren.

„Das Rote Wien ist weit mehr als ein Synonym für die sozialdemokratische Stadtverwaltung, es ist eine Epoche, in der sich ein gesamtes intellektuelles Koordinatensystem verschoben hat: vom Individuum zur Gesellschaft, von der individuellen Psyche zu jener der Massen, vom Körper des Einzelnen zum sozialen Körper, vom Begehren zum Bedürfnis, von einer vertikalen zu einer horizontalen Ordnung. In diesem Sinne sprechen wir vom Roten Wien als von der Epoche der Zweiten Wiener Moderne“ (McFarland et al. 2020).

Dies ist es möglicherweise auch, was das Rote Wien bis heute auf vielen Ebenen noch sicht- und erlebbar macht.

Das Rote Wien wirkt nach, umso mehr, weil die Sozialdemokratie einen immer noch bedeutenden Stellenwert in der Wiener Politik einnimmt. Dem ersten sozialdemokratischen Bürgermeister Jakob Reumann (in dieser Funktion von 1919 bis 1923), folgte Karl Seitz (bis 1934). Ab 1945 waren alle Bürgermeister bis zur Einreichung der vorliegenden Arbeit Mitglieder der Sozialistischen Partei Österreichs, später der Sozialdemokratischen Partei Österreichs: angefangen mit Theodor Körner, Franz Jonas, und Bruno Marek, über Felix Slavik, Leopold Gratz und Helmut Zilk, bis hin zu Michael Häupl und Michael Ludwig. Viele dieser Bürgermeister leiteten über viele Jahre die Geschicke der Stadt, Michael Häupl sogar insgesamt 23 Jahre (Stadt Wien 2018). Das Erbe des Roten Wien bleibt dabei nicht vergessen – auf seine Errungenschaften wird gerne verwiesen. Nicht wenige der damals umgesetzten sozialdemokratischen Forderungen werden bis heute hochgehalten. Die Wiener Gemeindebauten, die damals zu großen Zahlen errichtet wurden, sind unverändert in Besitz der Stadt und stehen für leistbares Wohnen für alle.

3.4 Zur Bedeutung des sozialen Wohnbaus in der Zeit des Roten Wien

„1918 war der Krieg verloren. Es gab keine Zerstörungen wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg die Städte kennzeichneten. Aber es gab ein psychosoziales Problem, das genauso fatal war: Eine Nation, die zu den führenden in Europa gezählt, ein Riesenreich, das den Glanz der Monarchie ausgestrahlt hatte, wurde marginalisiert“ (Kähler 2007).

Obwohl die Stadt also nicht in Schutt und Asche lag, gab es große Probleme: gesellschaftlich, wirtschaftlich, strukturell. Eine der dringlichsten Herausforderungen waren die Wohnverhältnisse. Schon vor dem Krieg herrschten in Wien Wohnungsnot und Wohnelend (Reppé 1993). Von zwei Millionen Wiener*innen hatten etwa 300 000 keine Wohnung (Stadt Wien 2021).

Obwohl die Bevölkerungszahl im Zeitraum 1914 bis 1918 relativ konstant geblieben sein dürfte (Ausgleich von aufgenommenen Flüchtlingen und Kriegsheimkehrern mit einer niedrigen Geburtenrate und Kriegsgefallenen), so wurde das Wohnungsproblem eklatanter (Weihsmann 2019). Bei den bestehenden Wohnbauten war die Lage katastrophal:

„Der Baugrund wurde vielfach bis zu 85 Prozent des Gesamtausmaßes verbaut. Enge Lichthöfe, die oft nicht größer waren als zwölf Quadratmeter, bei einer Geschoßhöhe von vier oder fünf Stockwerken, ließen kein Tageslicht in die Wohnungen. Bis zu 30 Prozent des Einkommens mussten für die Miete verwendet werden. (...) So waren viele Familien gezwungen, zusätzlich Bettgeher oder Untermieter aufzunehmen, um die hohe Mietenbelastung teilweise abzuwälzen.“ (Reppé 1993).

Der Wohnbau lag zudem beinahe gänzlich in privater Hand und war daher profitorientiert.

Um einen Einblick in damalige Wohnverhältnisse zu bekommen, soll exemplarisch eine kurze Beschreibung von Max Winter herangezogen werden, die besonders drastisch die prekäre Lage von Mieter*innen schildert. Er berichtet über ein Wohnhaus in Alt-Erdberg:

"Es hat 48 Wohnungen. Ich will nur eine vorführen, die charakteristisch ist. Sie besteht aus Zimmer und Küche. Das Zimmer ist 5,1 Meter lang, 2,95 Meter breit, 2,9 Meter hoch und hat einen Kubikinhalt von 43,63 Meter. Tagsüber ist es bevölkert von dem Wohnungsinhaber, seiner Frau und neun Kindern, und zwar fünf Mädchen im Alter von 5, 7, 9, 13, 14 Jahren und vier

Söhnen im Alter von 17, 19, 22 und 24 Jahren. Die Küche, die zu diesem Zimmer gehört, ist 5,1 Meter lang, 2,9 Meter hoch und 1,18 Meter breit, was zur Folge hat, dass dort kein Bett aufgestellt werden kann" (Winter 1924).

Wohnverhältnisse wie diese machen den Handlungsbedarf im Bereich der Wohnpolitik deutlich. Eine Notverordnung zum Mieter*innenschutz sollte damals kurzfristig die Lage für die Mieter*innen verbessern, es kam jedoch zu einem Stillstand der privaten Bautätigkeit (Reppé 1993).

Die sozialdemokratische Regierung begann schließlich bereits ab ihrem Einsetzen mit der Errichtung kommunaler Wohnbauten. Das Wohnbauprogramm des Roten Wien war in besonderem Maße erfolgreich, auch über Landesgrenzen hinweg betrachtet: Zwischen 1919 und 1934 wurden mehr als 60 000 Wohnungen fertiggestellt und diese konnten zudem für sehr geringe Mieten in Anspruch genommen werden (Kähler 2007). Im Vergleich dazu kann, wenn auch als gänzlich anderes Konzept entworfen und mit größeren Wohnungen, das Wiener Stadtteilprojekt Aspern Seestadt herangezogen werden. Dieser Stadtteil wird als das „größte und ambitionierteste Stadtbauprojekt Europas“ beschrieben. Mit einer Bauzeit von 2010 bis 2032 sollen etwa 11 500 Wohneinheiten für 25 000 Bewohner*innen errichtet werden (wien 3420 aspern development AG 2024).

Auch heute noch ist diese intensive Bautätigkeit während der Zeit des Roten Wien sichtbar. „Erbaut von der Gemeinde Wien in den Jahren 1924 und 1925 aus den Mitteln der Wohnbausteuer“. Derselbe Spruch, nur mit unterschiedlichen Jahreszahlen, ist in Wien allgegenwärtig, in großen roten Lettern gestaltet und auf einer Vielzahl von Wohngebäuden deutlich angebracht – aufmerksamen Beobachter*innen ist er in Wien sicherlich nicht entgangen. Noch heute werden diese Gebäude von der Stadt Wien verwaltet und bieten tausenden Wiener*innen günstigen Wohnraum.

Doch woher kamen die finanziellen Mittel in der finanziell angespannten Zeit nach dem Ersten Weltkrieg? Die auch auf den Schriften der kommunalen Wohnbauten erwähnte Wohnbausteuer entsprang, wie bereits erwähnt, der Konzeption des Finanzstadtrates Hugo Breitner. Sie war zweckgebunden für den Wohnbau, stark progressiv und hatte daher zum Ziel, durch eine Umlage von Reich zu Arm die Wohnungsproblematik zu entschärfen. Zielgruppe für Mietverhältnisse in den neuen Wohnungen, die in einer Publikation der Gemeinde Wien als „wahre Schmuckkästchen“ (Magistratsabteilung 17 1928) beschrieben wurden, waren

vorrangig nicht etwa höhere Bevölkerungsschichten – der Mietzins war sehr niedrig angesetzt, um leistbares Wohnen für Arbeiter*innen, sowie kleine Angestellte gewährleisten zu können.

„Die Finanzierung dieser Wohnbauten ist außergewöhnlich. Die monatliche Miete beträgt rund 6-8 % des Einkommens. Das Bauprogramm ist von vornherein und ausschließlich darauf abgestellt, Wohnungen für die Minderbemittelten zu errichten – man hat daher nicht „am Bedarf vorbeigebaut“ (Schuster 1932).

Durch diese Reduktion des Mietzinses sollten Überbelag und Wohnverhältnisse mit Untermieter*innen und Bettgeher*innen verhindert werden.

Um sicherzustellen, dass Menschen mit einem dringendem Wohnbedarf diese neuen Wohnungen erhielten, wurde ein Punkteschema konzipiert. Ließ man sich für eine Wohnung als potentielle/r Mieter*in vormerken, wurden eine Vielzahl von Daten erfasst, einige davon wurden mit Punkten bewertet, um in Folge eine Reihung nach Dringlichkeit vornehmen zu können. Relevant waren unter anderem Angaben zu Bundesbürgerschaft, Heimatberechtigung, aufrechter Ehe, getrenntem Haushalt, Anzahl und Alter von Kindern, Invalidität, Schwangerschaft, Krankheit, Untermiet- oder Bettgehverhältnissen, Überbelag, Unbewohnbarkeit der aktuellen Wohnung, Küchenmangel, etc. (Weber 1926). Ob hier von einer „objektiven“ Beurteilung der Dringlichkeit gesprochen werden kann, bezweifelt unter anderem Weihsmann:

"An dieser Aufstellung läßt sich leicht herauslesen, daß dieses System geordnete oder länger bestehende Familienverhältnisse begünstigte; allerdings mußte von den Wohnungswerbern nicht unbedingt ein Trauschein oder Parteibuch vorgelegt werden. Ebenso enthält dieses System gewisse Schutzmaßnahmen gegen (fremdländische) Zuwanderung; Wiener wurden eher als Wohnungswerber berücksichtigt als Bürger aus den Bundesländern - die 'Beurteilung' objektiver Notlagen scheint durch 'heimatrechtliche' und familienrechtlicher Gesichtspunkte relativiert" (Weihsmann 2019).

Hier schwingt also schon eine Bewertung mit, die über finanzielle Aspekte hinausgeht.

Neben dem klar definierten Ziel der Beendigung von Wohnungsnot und Wohnungselend war für die Stadt Wien aber auch die Frage zu klären wie gutes Wohnen aussehen soll. Welche Wohnungen sollen gebaut werden? Über welche Aus-

stattungen sollen sie verfügen? Von welchen Ansprüchen der zukünftigen Mieter*innen wird ausgegangen? Welche Wohnformen entsprechen dem gewünschten Menschen- und Familienbild? Wie lassen sich Wirtschaftlichkeit und Nutzbarkeit verbinden?

Stark debattiert wurden vor allem die Extreme zweier Modelle der Wohnraumschaffung: Superblock versus Siedlungsbau. Der Superblock, wie beispielsweise auch der Karl-Marx-Hof bezeichnet wird, beschreibt riesige mehrstöckige Wohnhäuser, die auf wenig Grundfläche eine hohe Anzahl an Bewohner*innen unterbringen können. Dieses Konzept war für Österreich nicht neu, große Wohnbauten gab es auch in der Vorkriegszeit bereits, aber mit den beschriebenen Problemen von Wohnelend. Doch was wurde unter Siedlungsbau verstanden?

„In Oesterreich wird, teilweise im Gegensatz zum Sprachgebrauch des Deutschen Reiches, in welchem ‚Siedlung‘ im wesentlichen das Gleiche bedeutet wie ‚Ansiedlung‘, unter diesem Ausdruck in der Regel nur eine solche Wohnungsanlage verstanden, die ausschließlich oder doch überwiegend aus Einfamilienhäusern mit Gartenparzellen besteht“ (Neumann 1932).

Diese Bauweise war für den städtischen Bereich vollkommen neu. Nach dem Ersten Weltkrieg hätte es aber von vielen Städter*innen durchaus den Wunsch gegeben, dem Lärm und Trubel der Stadt zu entfliehen, der durch die Wohnungsnot noch verstärkt wurde. Zudem dürfte der Mangel an Nahrungsmitteln dazu geführt haben, dass Bewohner*innen im Rahmen der Selbstversorgung eigenes Obst- und Gemüse anbauen wollten (Neumann 1932).

Im Endeffekt fiel die Entscheidung der Stadt Wien für die mehrheitliche Errichtung in Blockbauweise: „Die Wohnungen sind bis zu 90 % in mehrgeschossigen Mehrfamilienhäusern errichtet worden, die bis zu sechs Geschosse aufweisen und zu großen Wohnblocks mit Gartenhöfen zusammengeschlossen sind“ (Schuster 1932). Im Großen und Ganzen wurde damit eine Bautradition fortgeführt, die in Wien Bestand hatte, sowohl was die Form der Verbauung, als auch die verwendeten Materialien betraf:

"(...) in typologischer Hinsicht unterschieden sich die Wiener Gemeindehöfe gewaltig von den Modellen des 'Neuen Bauens', denn im Gegensatz zur modernen, offenen Bauweise mit freistehenden Zeilenbauten verfolgte man bei der Wiener Stadtplanung das bewährte Modell der innerstädtischen Raster- und Blockverbauung (bzw. einer weniger verdichteten Blockrand- oder Straßenverbauung) mit unregelmäßigen Hof- und monumentalen Ehrenhof- bzw. Platzbildungen, die morphologisch noch aus der Zeit der Monarchie

stammten, jedoch modifiziert und überraschenderweise harmonisch in die historisch gewachsene Stadtstruktur eingefügt wurden." (Weihsmann 2019).

Die Bautätigkeit des Roten Wien kann somit aus dieser Perspektive nicht als innovativ, sondern eher als klassisch konservativ beschrieben werden.

Große Veränderungen im Bauen gab es dennoch, wenn auch auf rechtlicher Ebene. Die bereits erwähnten „Schmuckkästchen“ der Stadt Wien waren tatsächlich etwas Besonderes für viele Bewohner*innen. Obwohl sie sehr klein waren, waren sie doch für die Verhältnisse der Zeit überaus modern ausgestattet. 1930 trat eine neue Bauordnung in Wien in Kraft, die unter anderem gravierende Änderungen mit sich brachte und für heutige Verhältnisse oft undenkbar scheinen:

„§83 (1) Aufenthaltsräume (§ 89) müssen licht, trocken, gut lüftbar und heizbar sein“ (Wiener Landtag 03.02.1930)

„§90 (1) Jede Wohnung muss einschließlich der Nebenräume mindestens 35 m² Grundfläche einnehmen, aus mindestens zwei Aufenthaltsräumen bestehen, von denen einer eine Kochgelegenheit besitzen muß, und einen eigenen Abort im Wohnungsverband enthalten. Jeder solchen Wohnung ist ein eigener Raum zur Lagerung von Brennstoffen zuzuweisen.“ (Wiener Landtag 03.02.1930)

Diese Aspekte von Licht, Luft, Heizbarkeit, Größe, WC im Wohnverband und verpflichtender Kochmöglichkeit waren bereits vor Inkrafttreten dieser Bauordnung in den kommunalen Wohnbauten des Roten Wien berücksichtigt. Für die Menschen, die zuvor lange Zeit mit Wohnungsnot und Wohnelend konfrontiert waren, wurde hier beinahe Luxus geschaffen. Die geschaffenen Rechtsgrundlagen hatten massive Auswirkungen auf die Architektur und Ausstattung der Wohneinheiten – nicht nur im kommunalen Wohnbau, sondern durch die adaptierte Gesetzeslage auch im privaten Wohnbau.

Die kommunale Bautätigkeit war ein großes Thema und Aushängeschild des Sozialismus – nicht nur in Wien. Auch in anderen Städten wurde an Konzepten zur Umsetzung gearbeitet. Weihsmann hebt aber die Hands-on-Qualität der Wiener Bauprogramme hervor:

"Die Stellung des Wiener Kommunalwohnbaus in der Architektur des 20. Jahrhunderts als solche ist jedoch einmalig und unwiederholbar. Die zu Recht in der ganzen Welt bewunderte Leistung einer sozialistischen Kultur und Architektur der Tat stellt gewissermaßen eine Alternative zur Strategie der deutschen und sowjetischen Avantgarde dar, die beide genialer waren -

im Verfassen von utopischen Plänen auf Papier oder, im besten Fall, beim Herstellen von Modellen oder Ausstellungsattrappen. In Wien beschränkte man sich nicht nur auf eine theoretisch-revolutionäre (wie in der UdSSR) oder auf eine nur funktionelle und instrumentelle (wie in Frankfurt) Auseinandersetzung; hier musste sie empirisch wie positivistisch sein und politisch unmittelbar zum Erfolg des angestrebten Gemeindesozialismus führen“ (Weihsmann 2019).

Der Erfolg des nicht nur theoretischen kommunalen Wohnbaus zeigte sich auch an ganz anderer Stelle. Mit der Wohnbautätigkeit ab 1923 war ein Plan zur Senkung der hohen Arbeitslosenquote verknüpft, der mit großem Erfolg Arbeit für verschiedenste Gewerke schuf: Bauarbeit, Kunst, Architektur, etc. (Blau 2014). Nach dem ersten Fünfjahresprogramm des Wiener Wohnbaus, das 1923 begann und bereits 1927 erweitert und abgeschlossen war, wurde im selben Jahr das zweite Fünfjahresprogramm beschlossen und ab 1928 umgesetzt (Blau 2014).

„Während ihrer beinahe fünfzehnjährigen Regentschaft in Wien von Mai 1919 bis Februar 1934 hatten die Sozialdemokraten die Wohnungsressourcen in der Stadt um 11 Prozent erhöht. 1934 war ungefähr ein Zehntel bis ein Achtel der Gesamtbevölkerung Wiens in Gemeindewohnungen untergebracht, die fast zur Gänze aus den Jahreseinnahmen der Stadt errichtet worden waren“ (Blau 2014).

Diese Schaffung von Wohnraum ist beachtlich und hat sowohl Probleme gelöst als auch Perspektiven für die Stadt Wien, die mit den Folgen des Ersten Weltkrieges konfrontiert war, geschaffen.

In Erinnerung gerufen wird das Erbe des Roten Wien ständig, nicht nur durch Aufschriften, Straßennamen oder Denkmäler, sondern alleine schon durch die Präsenz der vielen Bauten, die in dieser Zeit geschaffen wurden. „Wenn wir einst nicht mehr sind, werden diese Steine für uns sprechen.“ Dieses Zitat soll von Karl Seitz, Bürgermeister der Stadt Wien von 1923 bis 1934, stammen, der am 12. Oktober 1930 eine Rede zur Eröffnung des Karl-Marx-Hof hielt. Prominent prangt dieses Zitat vor der neu errichteten Servicestelle von Wiener Wohnen, dem Verwalter sämtlicher Kommunalbauten in Wien, auf einem großen, roten Baustein. Die vorliegende Arbeit soll in einem kleinen Exkurs nun den Karl-Marx-Hof vorstellen, um exemplarisch einen Einblick in den Wohnbau des Roten Wien geben zu können.

3.5 Exkurs: Die besondere Rolle des Karl-Marx-Hofes

„24 400 000 Ziegel. 19 800 000 kg Zement. 614 000 Dachziegel“ (Gemeinde Wien 1930). Er ist beeindruckend, der Karl-Marx-Hof. Im Zeitraum von 1927 bis 1933 erbaut, befindet er sich an der offiziellen Adresse Heiligenstädter Straße 82-92, 1190 Wien und wurde, wie bereits erwähnt, am 12. Oktober 1930 offiziell eröffnet (Autengruber und Schwarz 2023).

„Der ‚Karl Marxhof‘ ist eine der größten Wohnanlagen der Gemeinde Wien. Mehr als ein Kilometer lang dehnt sich die Hagenwiese zwischen der Heiligenstädterstraße und dem Damm der Franz-Josef-Bahn aus. Eine Gesamtfläche von mehr als 1 ½ Hektar stand zur Verbauung bereit. (...) Diese Wohnhausanlage mit fast 1400 Wohnungen kommt dem Ausmaß einer Kleinstadt mit über 5000 Bewohnern gleich“ (Internationaler Verband für Wohnungswesen 1932).

Als Superblock wird er beispielhaft für diese Arbeit herangezogen, auch, weil die blockartige Verbauung im kommunalen Wohnbau der Stadt Wien einen weit größeren Anteil der Wohnraumschaffung darstellt als der Siedlungsbau oder die Gartenstadtbewegung.

Zur Eröffnung des Karl-Marx-Hofes 1930 hielt der damalige Wiener Bürgermeister Karl Seitz eine Ansprache, die die Wichtigkeit des Karl-Marx Hofes und des kommunalen Wohnbaus betont:

„Wir bitten Sie, sich einzugliedern in die Reihen der Kämpfer für ein neues Wien, für ein Wien der gesunden Wohnungen, der freudigen Jugend, für den Aufbau unserer Stadt! Mögen die Menschen, die in diesen neuen Gebäuden aufwachsen, einer besseren Zukunft entgegengehen“ (Arbeiter-Zeitung Wien zit. n. Reppé 1993).

Dass es tatsächlich zu Kämpfen kommen würde, war zu jener Zeit noch nicht absehbar. Am 12. Februar 1934 wurde der Karl-Marx-Hof zum Zeichen des Widerstandes gegen den Austrofaschismus, da er, wie andere Gemeindebauten, Schauplatz von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Streitkräften des autoritären Regimes und dem Republikanischen Schutzbund wurde. Der vom Schutzbund verteidigte Karl-Marx-Hof hielt bei diesen gewalttätigen Auseinandersetzungen am längsten stand, zur Kapitulation kam es erst nach schwerem Beschuss am 15. Februar (Reppé 1993).

Die bewegte Geschichte wird auch in der Benennung des Hofes offenbar: 1929 erfolgte die Benennung nach Karl Marx, dem Wegbereiter der Arbeiterbewegung. Inoffiziell trug er 1934 kurzzeitig die Bezeichnung „Biedermann-Hof“ nach dem Bundesheer-Hauptmann Karl Biedermann, der im Februar 1934 an der Erstürmung des Karl-Marx-Hofes beteiligt war (aber später im Widerstand gegen die Nationalsozialisten arbeitete). Von 1935 bis 1945 trug er dann den Namen Heiligenstädter Hof, bevor er 1945 wieder seinen ursprünglichen Namen erhielt (Autengruber und Schwarz 2023).

Bei der Planung des Karl-Marx-Hofes durch den Architekten Karl Ehn Ende der 1920er Jahre wurden Bewohner*innen in ein umfangreiches Wohnkonzept eingebettet. Zu diesem gehörte eine Vielzahl von „Wohnfolgeeinrichtungen“, wie beispielsweise Kindergärten, ein Jugendheim, eine Bibliothek, eine Mutterberatungsstelle, eine Zahnklinik sowie eine Beratungsstelle für Inneneinrichtung. Die Wohnungen selbst waren zu einem großen Teil sehr klein und verfügten zwar über eine Wasserentnahmestelle, aber nur Gemeinschaftsbäder (Gieselmann 1978).

Kunst fand, wenn auch für einen solch großen Bau eher marginal, ebenso im Konzept des Karl-Marx-Hofes Raum: Am zentralen Platz des 12. Februar (benannt nach den Kämpfen 1934) befindet sich eine überlebensgroße Bronze von Otto Hofner, die einen „Sämann“ darstellt:

„Der Sämann steht einerseits als Bild für die Überwindung des Hungers und andererseits für die Bestellung einer sozialistischen Zukunft und ist daher als Motiv für den Ehrenhof des Karl-Marx-Hofes geradezu ideal geeignet. So beinhaltet auch die erste Strophe des Liedes ‚Wir sind die Arbeiter von Wien‘ den Sämann und die Saat“ (Autengruber und Schwarz 2023).

Weiters sind im selben Hof, an der Fassade des Gebäudes, vier Majolika-Statuen von Josef-Riedl zu betrachten. Jede steht für ein zentrales Motiv: Freiheit, Aufklärung, Körperkult und Fürsorge (Podbrecky 2013).

Neben der geschichtlichen Bedeutung nimmt der Karl-Marx-Hof auch architektonisch als sogenannter „Superblock“ eine Sonderstellung ein. Er ist einer der größten Bauten des Roten Wien, mit einer Länge von mehr als einem Kilometer, ursprünglich insgesamt 1382 Wohnungen und dennoch einer Bebauungsdichte von weniger als 20 Prozent (Bauer und Bauer 2019). Bis heute wird der Wohnblock regelmäßig als Vorzeigebispiel des kommunalen Wohnbaus durch die Stadt Wien genutzt, indem er beispielsweise auf der Servicekarte des Wiener Wohnen, in den sozialen Netzwerken oder bei Veranstaltungen gezielt eingesetzt wird (Wiener Wohnen 2017, 2021).

Im weiteren Verlauf der Arbeit wird auf den Karl-Marx-Hof noch einmal Bezug genommen, um die Forschungsfragen zu verfolgen und darzustellen, inwiefern sich in diesem Wohnbau sozialistische Bestrebungen, die über die reine Schaffung von Wohnbau hinausgehen, zeigen könnten. Die theoretische Fundierung soll nun aber zunächst darlegen, mit welcher Perspektive an diese Aufgabe herangegangen wird.

4 Theoretische Fundierung

Im Fokus dieser Arbeit steht der Raum und seine Auswirkungen auf den Menschen und umgekehrt, die Auswirkungen der Menschen auf den Raum.

„Raum prägt unser Verhalten und drückt ihm seinen Stempel auf. Räume helfen zu entscheiden, in welcher Situation wir uns befinden. Sie strukturieren vor, in welche Situationen wir kommen können, welche Erwartungen wir haben können, sie strukturieren Interaktionsabläufe, machen einige wahrscheinlich, andere unwahrscheinlich“ (Schroer 2013).

Die vorliegende Arbeit soll sich damit auseinandersetzen, inwiefern der kommunale Wohnbau von der Sozialdemokratischen Partei Deutschösterreich im Zeitraum von 1918 bis 1934 möglicherweise als Erziehungsinstrument für seine Bewohner*innen genutzt wurde, um deren Verhalten im Sinne der Sozialdemokratie zu prägen.

In der theoretischen Fundierung sollen hier zwei Brücken geschlagen werden: Einerseits zum geschichtlichen Rahmen des Roten Wien, andererseits zu den weiterführenden Überlegungen in Bezug auf die Diskursanalyse.

Die erste Brücke bezieht sich auf den Raum. Hierfür sollen Ausführungen Henri Lefebvres zum Raum als soziales Produkt herangezogen werden (Lefebvre 1991). Henri Lefebvre (1901 – 1991) war ein französischer Philosoph, der sich unter anderem intensiv mit dem Marxismus auseinandersetzte und für den Kommunismus eintrat – theoretisch bewegt er sich somit dort, wo auch die Ziele der Sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Deutschösterreichs fundiert sind. Dies ist kein notwendiger Konnex, aber ein durchaus spannender.

Die zweite Brücke wird mit Foucault geschlagen. Im Sinne einer machtkritischen Betrachtung des kommunalen Wohnbaus zur Zeit des Roten Wien wird die Textsammlung „Analytik der Macht“ Impulse für die Auseinandersetzung liefern (Foucault 2021). Foucaults Überlegungen werden zudem als entscheidend für die Entwicklung der Diskursanalyse betrachtet, jenes methodische Werkzeug, das in weiterer Folge in dieser Arbeit Berücksichtigung finden wird und immer auch mit einer Machtperspektive verknüpft ist.

4.1 Überlegungen zum sozialen Raum

„Not so many years ago, the word 'space' had a strictly geometrical meaning: the idea it evoked was simply that of an empty area. To speak of 'social space', therefore, would have sounded strange” (Lefebvre 1991).

Lefebvre legt dar, dass Raum nicht immer nur alleine eine geographische Sichtweise dargestellt hat. Er beschäftigt sich in seiner Abhandlung „La production de l'espace“ mit dem sozialen Raum. (Anm.: Für die vorliegende Arbeit wird mit der englischen Übersetzung „The production of space“ von Donald Nicholson-Smith gearbeitet.) Der kommunale Wohnbau des Roten Wien, der im Fokus der vorliegenden Abhandlung steht, soll auf Basis dieses Konzepts betrachtet werden.

Für Lefebvre gilt: „Der (soziale) Raum ist ein (soziales) Produkt“ (Lefebvre 1991). Zunächst moniert er, dass die Natur immer mehr verschwinde. Obwohl er der Natur große Widerstandskraft zuschreibe, hätte der Mensch die Natur besiegt. Das Bild der Natur geriete in Vergessenheit. Die Gesellschaft hingegen produziere ständig Raum. Jede Gesellschaft produziere noch dazu ihren eigenen Raum (Lefebvre 1991). Zum Verständnis dieses sozialen Raums stellt Lefebvre die „spatial triad“, also die Triade des Raums vor.

- Spatial practice („perceived“) – Räumliche Praxis („wahrgenommen“): Durch die Analyse eines Raums lassen sich die räumlichen Praxen einer Gesellschaft entschlüsseln. Die Verbindung von Alltags- und städtischer Realität beeinflussen die Wahrnehmung des Raums. Einerseits beeinflussen Alltagserfahrungen die Stadt, aber auch umgekehrt interpretieren wir die Stadt auf Basis unserer Alltagserfahrungen.
- Representations of space („conceived“) – Repräsentationen des Raums („konzipiert“): Der konzipierte Raum ist erdacht, intellektuell ausformuliert, Betätigungsfeld für Stadtplaner*innen, Wissenschaftler*innen, Künstler*innen, etc.: „all of whom identify what is lived and what is perceived with what is conceived“ (Lefebvre 1991). Diese Repräsentationen stehen somit im Spannungsfeld zwischen räumlicher Praxis und Repräsentationsraum: Wie soll Raum geplant werden? „We may be sure that representations of space have a practical impact, that they intervene in and modify spatial textures which are informed by effective knowledge and ideology. Representations of space must therefore have a substantial role and a specific influence in the production of space“ (Lefebvre 1991). Es geht um eine versuchte Einflussnahme auf die Gesellschaft. Dennoch, so Lefebvre,

kann der Einfluss erst durch den konkreten Bau, die reale Umsetzung möglich werden. Und selbst dann könne nur auf die Repräsentation, die gelebte Annahme, gehofft werden – sonst würde der Plan auf einer Ebene verbleiben, die diese Zielsetzungen rein symbolisch darstellt (Lefebvre 1991).

- Representational spaces (“lived”) - Repräsentationsräume (“gelebt”): Wie wird der Raum tatsächlich gelebt? Wahrnehmungen können täuschen, und auch unter der Oberfläche liegende Raumplanungen müssen nicht dem entsprechen, wie der Raum konkret genutzt wird. Repräsentationsräume sind die Räume der Bewohner*innen und Nutzer*innen (Lefebvre 1991). Die Produkte der Repräsentationsräume seien rein symbolisch, unterlägen sich verändernden Moden, die sowohl an Fahrt gewinnen als auch wieder verschwänden (Lefebvre 1991).

Lefebvre verweist darauf, dass diese drei Aspekte nicht als Antagonisten konzipiert sind. Vielmehr seien sie untrennbar verbunden – ein Mitglied einer Gesellschaft könne sich problemlos zwischen ihnen bewegen, dafür müssten sie auch nicht zwingend kohärent sein (Lefebvre 1991). Die Wahrnehmung des Raums kann in Teilen antizipiert werden, so wie auch die Existenz als Repräsentationsraum mitgedacht wird. Der geplante Raum hat sein Ziel in der konkreten, greifbaren Umsetzung, beispielsweise aus Ziegel und Beton.

Wie gestaltet sich der Einfluss des Roten Wien nun aber durch den kommunalen Wohnbau? Das könnte sich nicht nur in der Architektur, sondern auch in Maßnahmen zeigen, die auf die dritte Ebene, die Repräsentationsräume zugreifen. Das „Leben“ im Raum könnte beispielsweise durch die Verwaltung, durch Schriften für die Mieter*innen und durch städtische Einrichtungen im Gemeindebau geprägt werden, Genauerer soll die Diskursanalyse in dieser Arbeit aufzeigen.

Doch zurück zu Lefebvre. Am Ende seiner Ausführungen setzt er noch eine Frage: 'How does the theory of space relate to the revolutionary movement as it exists today?' (Lefebvre 1991). Er konstatiert der Gesellschaft, die auf dem Kapitalismus aufgebaut ist, die Verursachung von räumlichem Chaos, und dass die Bourgeoisie an der Platzfrage scheitere. Seine Lösung liegt auch nicht im von der Revolution propagierten kollektiven oder staatlichen Besitz der Produktionsmittel, sondern vielmehr im kollektiven Besitz von Raum.

„The creation (or production) of a planet-wide space as the social foundation of a transformed everyday life open to myriad possibilities - such is the dawn now beginning to break on the far horizon. This is the same dawn as glimpsed by the great utopians (who, inasmuch as they demonstrated real

possibilities, are perhaps not properly so described): by Fourier, Marx and Engels, whose dreams and imaginings are as stimulating to theoretical thought as their concepts” (Lefebvre 1991).

Die Kollektivierung des Raums war tatsächlich ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Roten Wien: Aufkaufen von Grund – um darauf kommunalen Wohnbau zu errichten. Diese Vision des Lefebvre lässt sich im Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs deutlich erkennen.

4.2 Machttheorie bei Foucault

Als zweiter theoretischer Bezugspunkt sollen für die vorliegende Arbeit Texte Foucaults herangezogen werden, die sich mit dem Thema Macht auseinandersetzen. Inwiefern lassen sich im Bereich des kommunalen Wohnbaus während der Zeit des Roten Wien Machtverhältnisse aufdecken?

Macht ist bei Foucault ein zentrales Element, das er als elementar im sozialen Gefüge ansieht:

„(...) Machtbeziehungen sind tief im sozialen Nexus verwurzelt und bilden daher keine zusätzliche Struktur oberhalb der ‚Gesellschaft‘, von deren vollständiger Beseitigung man träumen könnte. In Gesellschaft leben bedeutet: Es ist stets möglich, dass die einen auf das Handeln anderer einwirken. Eine Gesellschaft ohne ‚Machtbeziehungen‘ wäre nur eine Abstraktion“ (Foucault 2021).

Wäre damit ein Forschungsvorhaben, das sich mit machtkritischen Perspektiven auseinandersetzt, obsolet? Mitnichten, so Foucault:

„Dadurch wird es, nebenbei gesagt, jedoch politisch nur noch notwendiger, dass wir analysieren, wie sie in einer bestimmten Gesellschaft beschaffen und wie sie geschichtlich entstanden sind, was ihre Festigkeit oder Zerbrechlichkeit ausmacht und unter welchen Umständen die einen verändert, die anderen abgeschafft werden können“ (Foucault 2021).

Macht ist somit, egal in welcher Auseinandersetzung, immer ein essentieller Bestandteil eines sozialen Gefüges. In Bezug auf das Rote Wien handelt es sich aber natürlich um eine besondere Form der Macht: Die Führungsebene des Roten Wien ist rechtlich privilegiert und verfügt auch über die Autorität, auf das Handeln anderer Bürger*innen einzuwirken. Des Weiteren verfügt sie über Instrumente, um

Macht ausüben zu können: ökonomische Macht, aber auch die Macht durch Verwaltung und Strafe. Im kommunalen Wohnbau beispielsweise, schafft sich das Rote Wien ein System, das den Regeln der Stadtverwaltung folgt und deren Einhaltung auch einer Überwachung unterliegt.

Die nächste Frage, die sich somit stellt, ist generell die Frage nach der Macht. Was ist Macht?

„Die Ausübung von Macht ist keine bloße Beziehung zwischen individuellen oder kollektiven Partnern, sondern eine Form handelnder Einwirkung auf andere. Das heißt natürlich, dass es so etwas wie die Macht nicht gibt, eine Macht, die global und massiv oder in diffusem, konzentriertem oder verteiltem Zustand existierte. (...) Macht existiert nur als Handlung, auch wenn sie natürlich innerhalb eines weiteren Möglichkeitsfeldes liegt, das sich auf dauerhafte Strukturen stützt“ (Foucault 2021).

Ziel dieser Arbeit wird sein, Handlungen als Machtausdruck zu identifizieren und offenzulegen. Mit welchen Handlungen übt das Rote Wien Macht aus? Oder besser formuliert: Mit welchen Handlungen versucht das Rote Wien Macht auszuüben? Foucault weist darauf hin, dass Macht nicht zu vollständiger Kontrolle führt:

„Das unterscheidende Merkmal der Macht besteht darin, dass bestimmte Menschen mehr oder weniger das Verhalten anderer Menschen völlig bestimmen können – jedoch nie erschöpfend oder zwingend. Ein gefesselter und geschlagener Mensch ist der Kraft unterworfen, die man auf ihn ausübt. Nicht aber der Macht. (...) Es gibt keine Macht ohne potentielle Weigerung oder Auflehnung“ (Foucault 2021).

Weil Macht somit per Definition Foucaults mit Widerstand verbunden ist, spielt hier auch der Begriff der Freiheit eine entscheidende Rolle:

„Macht kann nur über ‚freie Subjekte‘ ausgeübt werden, insofern sie ‚frei‘ sind – und damit seien hier individuelle oder kollektive Subjekte gemeint, die jeweils über mehrere Verhaltens-, Reaktions- oder Handlungsmöglichkeiten verfügen. Wo die Bedingungen des Handelns vollständig determiniert sind, kann es keine Machtbeziehung geben“ (Foucault 2021).

Das Subjekt muss somit die Freiheit haben sich zu machtvollen Handlungen zu verhalten, auch wenn es dies vielleicht gar nicht im Sinn hat.

Ein Aspekt, der in diesen Ausführungen aber noch zu kurz kommt, ist der, dass Macht nicht zwingend negativ behaftet sein muss.

„[Macht] ist ein Ensemble aus Handlungen, die die sich auf mögliches Handeln richten und operiert in einem Feld von Möglichkeiten für das Verhalten handelnder Subjekte. Sie bietet Anreize, verleitet, verführt, erleichtert oder erschwert, sie erweitert Handlungsmöglichkeiten oder schränkt sie ein, sie erhöht oder senkt die Wahrscheinlichkeit von Handlungen, aber stets richtet sie sich auf handelnde Subjekte, sofern sie handeln oder handeln können“ (Foucault 2021).

Das Rote Wien bietet eine Fülle von Anreizen, auch im Zusammenhang mit dem kommunalen Wohnbau: Billige Mieten, neue Wohnhäuser, helle Räume, Wasserversorgung in der Wohnung, etc. Die Frage ist, ob es hier tatsächlich nur Anreize gibt, oder auch Einschränkungen mit diesem Angebot verbunden sind.

4.3 Verknüpfung der Konzepte des Sozialen Raums und der Analytik der Macht

Die Verbindung zwischen Konzepten Lefebvres und Foucaults, so unterschiedlich sie auch sein mögen, liegt im Moment der Unberechenbarkeit des Menschen. Wie wird der Mensch den sorgfältig konzipierten, nach gewissen Zielsetzungen ausgerichteten Raum nutzen, ihn „beleben“? Wie verhält sich der Mensch zu der Rolle, die er darin spielen soll, oder zu dem Plan, dem der Raum zugrunde liegt? Wie reagiert er auf „auf Handeln gerichtetes Handeln“?

Die vorliegende Arbeit wird sich auf die Analyse ausgewählter Handlungen beschränken, die aus einer machtkritischen Perspektive aus betrachtet werden können. Dabei geht es, in einer weiteren Einschränkung, um Handlungen, die sich in ausgewählten Texten im Rahmen einer Diskursanalyse zeigen lassen. Welches Menschenbild wird in diesen Schriften aus der Zeit des Roten Wien als positiv oder auch negativ dargestellt? Welches Verhalten wird von Bewohner*innen erwartet? Nicht erfasst werden in dieser Arbeit die widerständigen Aspekte in Bezug auf machtvolleres Handeln.

Das folgende Kapitel wird sowohl auf die theoretische sowie praktische Gestaltung der Diskursanalyse eingehen und die weitere Vorgehensweise erläutern.

5 Methodisches Vorgehen

Wie kann sich nun dem Forschungsthema auf Basis der theoretischen Fundierung methodisch angenähert werden? Ein zentraler Aspekt in der Zeit des Roten Wien war die intensive Publikationsarbeit (Stühlinger und Murauer 2020), es gibt daher ausreichend Publikationen und Schriftstücke, die die Sichtweise von leitenden Protagonist*innen des Roten Wien in diesem Zusammenhang repräsentieren – wie beispielsweise Politiker*innen, der Partei nahestehenden Akteur*innen und Behörden. Eine Diskursanalyse wird daher als passendes Instrument betrachtet, um eine mögliche Verbindung zwischen der Bautätigkeit und Architektur zu jener Zeit mit dem Bild der/des angestrebten Bewohner*in herausarbeiten zu können.

Ziel ist, wie bereits in der Einleitung dargelegt, die Beantwortung der vorliegenden Forschungsfragen:

- Inwiefern zeigen sich normative Vorstellungen von Bewohner*innen kommunaler Wohnbauten in sozialdemokratisch geprägten Publikationen in der Zeit des Roten Wien von 1919 bis 1934? Welches Menschenbild wird als entweder verbesserungswürdig oder als erstrebenswert und im Einklang mit den vorherrschenden politischen Interessen dargestellt?
- Inwiefern spiegelt sich dieses Menschenbild in der Architektur des kommunalen Wohnbaus in der Zeit des Roten Wien wider, beispielsweise im Karl-Marx-Hof?
- Inwiefern lassen sich Machtstrukturen aufdecken, die der Erziehung der Bewohner*innen in den kommunalen Wohnbauten der Stadt Wien dienen?

Die Diskursanalyse für die methodische Annäherung an die dargelegten Forschungsfragen ist dabei kein einfaches, kein eindeutiges und klares Konzept, dass es Forschenden ermöglicht, nach einem gewissen, starr vorgegebenen Ablauf vorzugehen.

„Die Behauptung, es gebe für Diskursanalysen, ob historischer oder anderer Art, nicht die eine und umfassend gültige Methode, ist ohne Zweifel zutreffend. Die Beschäftigung mit Diskursen ist (...) zunächst einmal durch eine Haltung, durch eine bestimmte Perspektive und charakteristische Fragestellungen gekennzeichnet“ (Landwehr 2018).

Im Folgenden wird für die vorliegende Arbeit somit auf Basis einschlägiger Fachliteratur eine eigene Form der Diskursanalyse zu entwickeln sein, die sich zwar

an empfohlenen Analysekriterien orientiert, aber dennoch in Feinheiten die Spezifika der eigenen Forschungsfragen berücksichtigt.

5.1 Diskursanalyse und -typisierung

Die geplante Diskursanalyse wird auf den Ausführungen zur „Historischen Diskursanalyse“ des Historikers Achim Landwehr (Landwehr 2018) und dazu ergänzend auch auf der Einführung zur „Kritischen Diskursanalyse“ des Sprachwissenschaftlers Siegfried Jäger (Jäger 2015) basieren. In beiden Werken nimmt die Diskurstheorie Foucaults einen großen und fundierenden Stellenwert ein, womit die Wahl des Analyseinstruments „Diskursanalyse“ eine passende Brücke zur theoretischen Fundierung dieser Arbeit schlägt. Der Machtbegriff ist auch in diesen Rezeptionen der Methodik untrennbar mit der Definition des Diskurses verbunden.

Zunächst stellt sich ganz generell die Frage nach der Definition des Begriffs „Diskurs“. Landwehrs Beschreibung wirkt hier zunächst ernüchternd:

„Diskurse existieren nicht. Diskurse sind keine Wesen, die irgendwo dort draußen bedrohlich über uns schweben und bestimmen was wir denken, sagen oder tun. Diskurse sind auch keine Programme, die von wem auch immer erdacht wurden, um Gesellschaften zu manipulieren, und schließlich sind Diskurse auch kein Subjektersatz, die als eigentlich handelnde Einheiten an die Stelle des Menschen treten würden. Der Diskursbegriff ist ein Analyseinstrument, das dazu dienen soll, bestimmte Phänomene zu fassen, die mit zuvor vorhandenen begrifflichen Möglichkeiten nicht ausreichend zu fassen waren. Und der Diskursbegriff soll eben darauf aufmerksam machen, dass es zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Gesellschaften recht klar abgegrenzte Bereiche des Machbaren, Denkbaren und Sagbaren gibt“ (Landwehr 2018).

Da der Diskurs nicht konkret fassbar ist, wird er erst im Laufe der Analyse identifiziert und auf Grundlage der Forschungsfragen abgegrenzt.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass der Diskurs aus Aussagen besteht und mit diesen gleichsam in einer Wechselwirkung steht. Konkrete Aussagen bilden den Diskurs, andererseits entstehen Aussagen auch immer im Rahmen eines Diskurses. So beschreibt Landwehr auch die Macht des Diskurses nach Foucault: Einerseits sei dieser repressiv, also beschränkend, was zum Beispiel Ausdrucksmög-

lichkeiten betreffe. Andererseits sei er ebenso produktiv, indem er die Gegenstände, über die gesprochen werden, beständig formt (Landwehr 2018). Diese Aspekte können somit sowohl positiv, im Sinne von Freiheit, aber auch negativ, im Zusammenhang mit Unterdrückung gedeutet werden.

Ein kleiner Exkurs zu Link, einem deutschen Literaturwissenschaftler und Diskursforscher, zeigt zudem auf, dass es nicht den einen Diskurs gibt. Link schlägt eine Typisierung vor. Von welcher Art von Diskurs ist die Rede? Er unterscheidet zwischen drei Typen: Neben dem Elementardiskurs („Alltagsdiskurs“) und dem Spezialdiskurs, der einen sehr spezifischen wissenschaftlichen Diskurs für ein eingeschränktes, spezialisiertes Publikum beschreibt, stellt er den Interdiskurs vor, der eine verschränkte Form beider erstgenannter Typen darstellt (Link 2006). Landwehr hingegen differenziert zwischen „logisch stabilisierten“ und „nicht stabilisierten“ Diskursen, ein Ansatz, der teilweise Ähnlichkeit aufweist.

„Logisch stabilisierte Diskurse, beispielsweise solche technischer, naturwissenschaftlicher oder juristischer Art, haben einen derart komplexen und spezialisierten Entwicklungsstand erreicht, dass sie nicht nur die Zahl möglicher Diskursteilnehmer radikal reduzieren, sondern auch der Bestand an Aussagen eine solche Dichte erreicht, dass nur verhältnismäßig wenig Variationen möglich sind“ (Landwehr 2018).

Solche Diskurse würden auch eine stärkere Verbundenheit mit Institutionen aufweisen. Dies entspricht wohl in etwa Links Spezialdiskurs. Auf der anderen Seite stünden nicht-stabilisierte Diskurse, beispielsweise literarische oder politische, die weit weniger strikt reglementiert seien (Landwehr 2018). Da sich die vorliegende Arbeit vorrangig mit einem politischen Thema auseinandersetzt, gilt auch der zu identifizierende Diskurs als nicht-stabilisiert, sowie eher dem Typus eines Interdiskurses zuordenbar, da er nicht nur einen Alltagsdiskurs darstellt, sondern darüber hinaus auch fachliche Themen behandelt.

Die Analyse eines Diskurses ist in weiterer Folge dann die Herausarbeitung eines common sense, einer geteilten Sichtweise, die die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft oder den Ausschluss aus eben dieser rechtfertigen kann. Es geht um eine geteilte, spezifische Sicht auf die Welt (Landwehr 2018).

„Grundvoraussetzung für einen Diskurs ist eine kommunikative Situation, ohne die diskursive Zusammenhänge nicht entstehen und nicht funktionieren können. Charakterisiert man den Diskurs vor diesem Hintergrund als die Menge von Aussagen, die einen Aspekt der >Wirklichkeit< konstituieren, kommt es bei der Analyse der Aussagen wie des Gesamtdiskurses vor allem

auf die Frage nach den Grenzziehungen und nach der Etablierung einer legitimen Weltsicht im zeitlichen Wandel an“ (Landwehr 2018).

Die Limitationen dieser Arbeit werden es nicht ermöglichen, diesen einen common sense herausarbeiten zu können. Allein die Zusammenstellung eines konkreten Korpus ist immer eine Auswahl von Material und wirkt so beschränkend. Das folgende Unterkapitel widmet sich daher der Korpusbildung und damit einhergehenden Ausschlüssen.

5.2 Korpusbildung

„Alles spricht? Der Diskurs ist genauso in dem, was man nicht sagt? Also auch in Gesten, in Haltungen, Seinsweisen, Gestaltungen? Wir werden sehen!“ (Jäger 2015) Selbst, wenn der Diskurs über das gesprochene und geschriebene Wort hinausgeht – so ist die Basis für die im Rahmen der vorliegenden Diskursanalyse zunächst einmal das geschriebene Wort. (Dennoch, ein Blick auf die Analysekategorien verrät, dass die Diskurse darüber hinausgehen, z.B. wenn es um Kontextualisierungen, Auslassungen oder Symboliken geht.)

Landwehr verweist auf die drei verschiedenen Arten von Korpi, die nach ihrem Umfang gestaffelt sind.

„Der Diskurs als historisches Phänomen lässt sich in seiner Gesamtheit als die Menge all jener textlichen, audiovisuellen, materiellen und praktischen Hervorbringungen beschreiben, die das Thema des Diskurses in irgendeiner Weise behandeln oder auch nur nebenher streifen“ (Landwehr 2018).

Diese Gesamtheit beschreibt Landwehr als „imaginären Korpus“. Gerade in historischen Kontexten seien aber große Teile nicht mehr verfügbar – der Rest an grundsätzlichem verwertbarem Material ließe sich als „virtueller Korpus“ darstellen. Für ein Forschungsvorhaben sei es nun aber nötig, durch gezielte Auswahl und genaues Abwägen einen „konkreten Korpus“ zu bilden, der die Grundlage für die weitere Analysearbeit bildet.

Weiters stellt sich die Frage nach einem angemessenen Umfang für solch ein Forschungsvorhaben, um empirische Aussagekraft gewinnen zu können.

„Ein zentrales Kriterium für die Korpusbildung ist dabei die Wiederholung und die Gleichförmigkeit von immer wieder ähnlich Gesagtem oder Ge-

schriebenem. Denn es ist dieser Charakter diachroner Reihung und synchroner Häufigkeit von miteinander verbundenen Aussagen, der die Diskursanalyse empirisch begründet“ (Landwehr 2018).

Zu Beginn der Forschung lässt sich der Umfang des benötigten Materials also noch nicht bestimmen – dies wird erst im Laufe der Analyse deutlich und kann auch eher gering ausfallen, wenn augenscheinlich wird, dass eine gewisse Redundanz in den Aussagen vorliegt. In der vorliegenden Forschungsarbeit ist dies auch anzunehmen. Einerseits ist der Diskurs zwar nicht stabilisiert, wie bereits im Unterkapitel zur Diskurstypisierung dargelegt wurde, dennoch ergibt sich eine gewisse Stabilisierung durch die Zuordenbarkeit zu einer politischen Partei, die, so die Annahme der Autorin, als machtvolleres Element den Diskurs reglementieren kann.

5.3 Analysekriterien

Da es für die Diskursanalyse kein vorgegebenes Schema gibt, sondern die Analyse unter anderem nach den jeweiligen Bedürfnissen des konkreten Untersuchungsgegenstandes ausgerichtet werden kann, wurde für die vorliegende Arbeit den Ausführungen Landwehrs (2018) größtenteils gefolgt, es wurden jedoch kleinere Adaptionen vorgenommen. Das Konzept Jägers (2015) ist in manchen Punkten ähnlich, es gibt aber Abweichungen, beispielsweise andere Gewichtungen oder detailliertere Betrachtungen.

„Selbstverständlich muss eine solche Anleitung auch Analysevorschlüsse enthalten, die für den jeweiligen Text völlig überflüssig oder auch unergiebig sind. Insofern ist ein solcher Analyseschlüssel auch nur eine Krücke, die beim Gehen hilft und eigene intensive Auseinandersetzung mit den Besonderheiten des Diskursfragments nicht ersparen können. Insbesondere sollte man nicht mechanisch vorgehen“ (Jäger 2015).

Jägers Beschreibung seiner Form der Diskursanalyse als „Werkzeugkiste“ (Jäger 2015) wird somit gefolgt, indem der Struktur Landwehr gefolgt und bei Feinheiten spezielles „Werkzeug“ von Jäger entlehnt wird.

Landwehr legt einen Ablauf nahe, bei der einer Kontextanalyse die Analyse von Aussagen und Texten folgt (Landwehr 2018):

Die Kontextanalyse soll den Text zunächst auf verschiedenen Ebenen einordnen – sowohl situativ, medial und institutionell als auch historisch (Landwehr 2018).

Die situative Kontextualisierung bezieht sich auf den Ort, die beteiligten Personen und den Zeitpunkt im Zusammenhang mit dem Material. Für reines Textmaterial ist dies teilweise schwer zu bewerkstelligen. Die beteiligten Personen sind zu meist, wenn überhaupt bekannt, die Autor*innen. Einen genauen Zeitpunkt oder einen konkreten Ort gibt es bei Verschriftlichungen von Vorträgen oder Ähnlichem. Oftmals können nur der Verlagsort und das Erscheinungsjahr Hinweise geben, selbst diese sind bei historischen Texten nicht immer klar nachweisbar.

Der mediale Kontext ist in dieser Hinsicht schon passender: Wie wird das Material präsentiert? Welches Medium/ welche Medien werden eingesetzt und wie? Unter dem institutionellen Kontext versteht Landwehr die Bedingungen, unter denen Material entstanden ist. Welche Institution/en ist/ sind beteiligt? Welche Personen waren in die Erstellung eingebunden; was ist deren Rolle? Zuletzt, bei der Berücksichtigung des historischen Kontextes soll eine generelle historische Einschätzung vorgenommen werden, die „die politische, gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Gesamtsituation“ miteinbezieht (Landwehr 2018).

Die Analyse von Aussagen ist in dieser Hinsicht komplexer, da zunächst eine Definition von „Aussage“ gegeben werden muss: „Entscheidend zur Bestimmung einer Aussage ist (...) nicht die äußere Form, sondern ihre Funktion“ (Landwehr 2018). Landwehr bezieht sich auf Foucault, wenn er Aussagen als diskursformende Elemente beschreibt, die regelmäßig wiederkehren und, wie bereits angedeutet, eine Funktion tragen (Landwehr 2018).

Bei der darauf folgenden Analyse von Texten sind die möglichen Untersuchungsaspekte wiederum wieder so breit gestreut, dass Landwehr anmerkt, dass diese dem Untersuchungsgegenstand anzupassen seien (Landwehr 2018). Mögliche Analyse Kriterien wären beispielsweise die Makro- und Mikrostruktur der Texte, die Mikroanalyse auf der Text-, Satz- und Wortebene, die Topik, die lexikalische und parasprachliche Mikroanalyse. Sowohl Jäger als auch Landwehr räumen jedoch ein, dass sprachliche Aspekte zwar ihre Wichtigkeit haben, jedoch nicht im Fokus der Diskursanalyse stehen (Landwehr 2018; Jäger 2015). Offenkundig ist, dass sich diese Art der Analyse vordergründig auf Textarbeit beziehen kann – selbst wenn Landwehr auch andere mediale Darstellungen anspricht (Landwehr 2018).

Jäger spricht differenzierter über die verschiedenen Analyse Kriterien, er nimmt zudem eine Unterscheidung in Struktur- und Feinanalyse vor, wobei mit zunehmender Genauigkeit zunächst die formalen und dann die inhaltlichen Aspekte des Diskurses in den Fokus genommen werden (Jäger 2015).

5.4 Diskursanalyse

Den Abschluss der Analysearbeit bildet schließlich die finale Diskursanalyse. Diese beruht auf Aussagen, die aber, wie bereits dargelegt, schwer zu definieren sind. Die dennoch herausgefilterten Aussagen sollen bei der Diskursanalyse nicht hierarchisch geordnet werden, weil sie sich gleichsam bedingen. Landwehr stellt dazu folgendes fest:

„Dabei ist von Bedeutung, dass sich im Verhältnis von Diskurs und Aussage keine Kausalität konstruieren lässt, etwa in dem Sinn, dass die Aussage dem Diskurs vorausgeht und ihn formt. Vielmehr sind beide Elemente untrennbar ineinander verschlungen. Bei der Beschäftigung mit Diskursen muss immer auf konkrete Aussagen Bezug genommen werden, während bei der Analyse von Aussagen der Rahmen des Diskurses nicht aus dem Auge verloren werden darf (...). Man wird also vielmehr von einer komplexen Wechselbeziehung zwischen Struktur und Handlung, zwischen Diskurs und Subjekt auszugehen haben“ (Landwehr 2018).

Der identifizierte und ausgearbeitete Diskurs, der am Ende des Prozesses steht, ist somit zwar einerseits das Ziel des Forschungsprozesses, kann aber nicht losgelöst von den Aussagen stehen.

Es geht bei der Diskursanalyse jedoch nicht nur um die Identifikation des Diskurses, sondern auch um eine Form der (kritischen) Beurteilung, folgt man Jäger:

„Hat man sich dafür entschieden, dass die Anwesenheit von Menschen auf dieser Welt irgendwie Sinn macht oder als richtig, gut, usw. angesehen wird, hat die Wissenschaft zugleich auch den (zunächst extern erscheinenden) Maßstab für die Analyse von Wirklichkeit, die nichts anderes ist als eine Beurteilung von Wirklichkeit. Und dieser Maßstab kann vor allem ein ethisch-moralischer sein und lautet: Ist das, was getan wird/ bzw. ‚geschieht‘, sind die eingefahrenen Normen und Normalitäten und jeweils gültigen Wahrheiten in den jeweiligen Gesellschaften, der Existenz, des Daseins und der Würde der Menschen auf diesem Globus dienlich oder nicht?“ (Jäger 2015).

Der Versuch dieser Arbeit ist es, die sozialdemokratische Sicht auf den kommunalen Wohnbau exemplarisch zu beleuchten und eben auch damit verbundene Normen und Normalitäten aufzudecken.

Für diese Arbeit wurden Auswertungen aller ausgewählten Texte anhand einer Auswertungstabelle, die auf den Ausführungen Landwehrs und Jägers basiert.

(Landwehr 2018; Jäger 2015) vorgenommen. Diese beinhaltet eine kurze Kontextanalyse, die Analyse der Aussagen (belegt durch Zitate), sowie eine Textanalyse auf Makro- und Mikrostrukturebene.

Im Folgekapitel soll zunächst auf die formale sowie inhaltliche Analyse des Korpus eingegangen werden, bevor es in Kapitel 7 um den Diskurs in seiner Gesamtheit und in Bezug auf das spezifische Forschungsinteresse dieser Arbeit gehen wird.

6 Formale und inhaltliche Analyse des Korpus

Die Grundlage für dieses Kapitel stellt eine Auseinandersetzung mit dem Korpus dar. Während zunächst auf die Korpusbildung und den konkreten Korpus eingegangen wird, dienen die darauffolgenden Unterkapitel der Darstellung der formalen und inhaltlichen Analyse der verschiedenen Komponenten des Korpus (Analyse von Kontext, Aussagen und Texten). Erst diese Analyseschritte machen es möglich, sich im Anschluss vertiefend mit dem gesamten Diskursstrang beschäftigen zu können.

6.1 Korpus

Ausgangspunkt für die Bildung des konkreten Korpus war für die gewählte Forschungsarbeit zunächst der geschichtliche Kontext. Wer hat das Rote Wien und damit verbundene Interessen nach außen, der Bevölkerung gegenüber, vertreten? Bei der Recherche nach den historischen Randdaten stechen Namen von Politiker*innen genauso wie mit der Partei verbundene Personen als auch zum Beispiel Behörden oder andere öffentliche Stellen hervor. Im Fokus steht die offizielle sowie inoffizielle Zuordenbarkeit zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Die Beleuchtung dieser Perspektive ist im Interesse der vorliegenden Arbeit und grenzt den Diskurs dementsprechend ein. Essentiell, folgt man Landwehr (Landwehr 2018), sei nicht nur die Vielfalt im Korpus, sondern auch die thematische Abgrenzung. Die vorliegende Arbeit setzt sich im Speziellen mit der Verbindung des kommunalen Wohnbaus mit seinen Bewohner*innen auseinander.

Da Bautätigkeit, Architektur und Wohnen während der Zeit des Roten Wien Begriffe von besonderer Bedeutung waren, widmen sich viele Publikationen, die mit dem Roten Wien in Verbindung gesetzt werden können, diesen Themen. Ein Werk, das hier vor allem zu Beginn eine gute Orientierung gegeben hat, war eine umfangreiche Sammlung von Schlüsseltexten zum Roten Wien, gegliedert nach verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten (McFarland et al. 2020). Aber auch Projekte wie z.B. Wienbibliothek Digital oder ANNO der Österreichischen Nationalbibliothek bieten eine Vielfalt von digitalisierten historischen Publikationen, die einen Einblick in die Zeit des Roten Wien von 1918 bis 1934 liefern. Eine weitere zeitliche Eingrenzung hätte im Lauf der Forschung vorgenommen werden

können, um den Analyseprozess bei aufkommenden Schwierigkeiten oder Auffälligkeiten zu unterstützen. Dies hat sich im Verlauf aber als nicht notwendig erwiesen, da die thematische Eingrenzung in Hinblick auf die Forschungsfrage das in Frage kommende Materialvolumen deutlich reduziert.

Zunächst wäre im Rahmen der Arbeit geplant gewesen, sich insbesondere mit einem besonderen Gemeindebau, dem Karl-Marx-Hof, auseinanderzusetzen. In der Literaturrecherche im Rahmen der Forschungstätigkeit hat sich herausgestellt, dass es nur eingeschränkt historisches Material gibt, dass sich sowohl thematisch für die Arbeit eignet, als auch explizit auf den Karl-Marx-Hof bezogen ist.

Für den konkreten Korpus wurde daher die Entscheidung getroffen, dass der soziale Wohnbau in Verbindung mit dem Erziehungsaspekt im Fokus steht. Der Karl-Marx-Hof, mit seiner besonderen Stellung im Bereich des sozialen Wohnbaus in der Zeit des Roten Wien, dient in weiterer Folge als Beispiel gelebter Praxis. So kann nicht nur der Diskurs selbst identifiziert und abgegrenzt werden, sondern auch ein Transfer der Analyseergebnisse hin zu konkreten baulichen Maßnahmen in jenen Jahren stattfinden.

Für die vorliegende Diskursanalyse wurde, nach den oben erwähnten Kriterien, final ein Korpus aus folgenden Texten zusammengestellt:

- Deutschösterreichischer Städtebund (ca. 1925): Die gesunde Volkswohnung. Ein Überblick über die Tätigkeit der Stadt Wien seit dem Kriegsende zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Hebung der Wohnkultur. Wien: Verlag Deutschösterreichischer Städtebund.
- Magistratsabteilung 17 (1928): Merkbüchlein für Mieter in den Volkswohnhäusern. Wien: Verlag „Gewista“
- Internationaler Verband für Wohnungswesen (1932): Das Wohnungswesen der Stadt Wien. Housing in Vienna. L'habitation à Vienne. Frankfurt am Main.
- Schuster, Franz; Schacherl, Franz (1926): Proletarische Architektur. In: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift 19 (1), S. 34-39.
- Steinitz, Heinrich (1929): Soziales Wohnrecht. In: Soziales Wohnrecht. Zeitschrift für Soziales Recht 1 (4). Wien, S. 238-250.
- Winter, Max (1924): Das Kind und der Sozialismus. Berlin: J. H. W. Dietz Nachfolger.
- Gemeinde Wien (1930): Der Karl-Marx-Hof. Die Wohnhausanlage der Gemeinde Wien auf der Hagenwiese in Heiligenstadt. Wien: Thalia.

- Tandler, Julius (1925): Wohltätigkeit oder Fürsorge? Wien: Verlag der Organisation Wien der Sozialdemokratischen Partei.

Diese Texte stellen die Basis für die weiteren Analyseschritte dar, die sich zunächst auf die Analyse von Kontext, Aussagen und Text beziehen, um dann in Folge in einer Analyse des kompletten Diskursstranges (Kapitel 7) zu münden.

6.2 Kontextanalyse

Es handelt sich bei den ausgewählten Materialien um insgesamt acht Texte, die sich über einen Zeitraum von 1924 bis 1932 erstrecken (1924, 1925, 1925, 1926, 1928, 1929, 1930, 1932). Es ist somit keine Publikation vertreten, die in der Anfangszeit des Roten Wien entstand. Alle Medien liegen in Form eines gedruckten Textes vor.

Vier der Texte wurden von Verbänden oder Magistraten veröffentlicht, vier Texte liegen in Form von Texten vor, die von einem oder zwei Autoren (hier wurde bewusst das Maskulinum gewählt; Anm. der Autorin) in Zeitschriften veröffentlicht wurden.

Alle Publikationen sind mit der Sozialdemokratischen Partei verbunden, weil sie in Zusammenhang mit der Stadtregierung veröffentlicht wurden, von Parteimitgliedern oder von aktiven sowie inaktiven sozialdemokratischen Politikern verfasst wurden.

Die Auswahl für die Texte wurde nach inhaltlichen Gesichtspunkten getroffen. Wichtig war eine Verbindung des kommunalen Wohnbaus der Stadt Wien mit dem Leben der Bewohner*innen. Beim ausgewählten Text von Julius Tandler (Tandler 1925) ist der Wohnaspekt auf den ersten Blick marginal berücksichtigt, dennoch wurde er in den Korpus aufgenommen, weil Fürsorge im Wohnbaukonzept oft eine sehr wichtige Rolle einnahm, wie beispielsweise im Karl-Marx-Hof, der darüber hinaus einige Fürsorgeorganisationen beherbergt. Auch bei der Monographie von Max Winter („Das Kind und der Sozialismus“; (Winter 1924)) stellte sich die Frage nach dem Konnex. Bei genauerem Studieren des Textes stellte sich jedoch deutlich heraus, dass sich Winters Argumentation zu großen Teilen um die Wohnverhältnisse von Kindern dreht und er Wohnen als einen bedeutenden Aspekt für den Sozialismus definiert.

Nicht alle Texte wurden komplett analysiert, meist wurden nur thematisch relevante Passagen aus dem Fließtext herausgefiltert und auf ihre Aussagen hin überprüft. In weiterer Folge sollen nun die herausgearbeiteten Aussagen der Texte zusammengeführt und dargestellt werden.

6.3 Analyse der Aussagen

Aus den Volltexten beziehungsweise Textteilen wurden Aussagen entnommen, die thematisch relevant und für die Beantwortung der Forschungsfragen von Interesse sind. Dabei lassen sich grob mehrere Schwerpunkte festmachen, die in Folge kurz dargestellt werden. (Anm.: Bezeichnungen von Menschen wurden teilweise nicht geändert, weil sie direkt aus den Texten übernommen wurden. Manchmal ist auch nicht nachweisbar, ob tatsächlich Frauen in bestimmten Funktionen tätig waren.)

Ein wesentlicher Aspekt eines Großteils der Texte ist der Problemaufriss. Wieso zeigt sich gerade im Bereich des Wohnens ein großer Handlungsbedarf seitens der Politik? Deutlich wird bei diesem initialen Schwerpunkt, dass es sich um Darlegungen zu Wohnungsnot beziehungsweise Wohnelend und deren negative Auswirkungen auf Bewohner*innen handelt. Es geht um Kritik am kapitalistischen System genauso wie um die Frage nach gesellschaftlicher Verantwortung. Besonders bei den ausgewählten Publikationen von Organisationen oder der Gemeinde Wien ist bei der Analyse schnell eine Sättigung erreicht, viele Aussagen wiederholen sich, teilweise sind die Aussagen durch Fakten belegt oder belegbar:

- Die Mehrheit der städtischen Bevölkerung lebt nicht im Eigentum, sondern in Mietwohnungen (Steinitz 1929).
- Die Gründe für Wohnungsnot und Wohnungselend liegen in der Vorkriegszeit und im Ersten Weltkrieg (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925; Magistratsabteilung 17 1928). Es gibt ein jahrzehntelang bestehendes Wohnproblem, das sich in Wohnungsnot und Wohnelend zeigt (Weber et al. 1932).
- Der Wohnungsbau wurde in die Hände privater Bauträger gelegt, mit gemeinschaftlichen Subventionen. Der gemeinnützige Wohnbau vor dem Krieg war nur ein sehr begrenztes Phänomen; die Profitorientierung der privaten Bauträger führte zu Wohnelend und Wohnungsnot (Steinitz 1929).
- Die Wohnungsprobleme stellen ein Handlungserfordernis dar, das vom privaten Markt nicht berücksichtigt wird (Deutschösterreichischer Städtebund

ca. 1925; Magistratsabteilung 17 1928). Private Wohnungen sind sehr teuer und in schlechtem Zustand (Weber et al. 1932). Das bestehende Wohnrecht berücksichtigt in hohem Maße die individuellen Interessen der Hauseigentümer, die Wohnung wird als Ware in einem kapitalistischen System definiert und soll Gewinn erzeugen (Steinitz 1929).

- Hohe Mieten für schlechte Wohnungen führen zu Untermietern und Bettgehern (Magistratsabteilung 17 1928).
- Die Wohnprobleme stellen eine Gefahr für Gesundheit, Sittlichkeit, Sicherheit und Familie dar (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925).
- Die kapitalistische Gesellschaft sündigt am Kind, auf allen Altersstufen. Der Kapitalismus führt zu Wucher, Krankheit und Verderben; er treibt Kinder in die Arbeit; er nimmt Säuglingen die Mutter durch Arbeit; er schafft Wohnelend. Die negativen Auswirkungen des Kapitalismus werden von Generation zu Generation weitergegeben (Winter 1924).

Dem Problemaufriss folgt in den meisten Fällen der Umgang der Gemeinde Wien mit diesen schwierigen Rahmenbedingungen. Es geht um die Schaffung von neuem Wohnraum. Alleine das Bekämpfen der Wohnungsnot steht aber nicht im Zentrum des Diskurses – es geht auch um qualitativ wertigeren Wohnraum, um die Adressierung des Wohnelends. Es wird betont welchen gesellschaftlichen Wert der Wohnbau für den Menschen hat. Grundlage dafür sind unter anderem Änderungen im Baurecht und der Steuerpolitik.

Diese Aussagen zeigen sich konkret in folgenden Äußerungen:

- Mit dem Wohnbau der Stadt Wien soll der Weg in eine neue, bessere Zeit beschritten werden (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925).
- Wohnung ist nicht nur Unterkunft, sondern gleichsam Teil der Wohnkultur (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925). Wohnhausbau dient der Sicherung des Obdachs, der seelischen und körperlichen Gesundheit, sowie dem kulturellen Aufstieg der Bevölkerung (Magistratsabteilung 17 1928); Ziele des kommunalen Wohnbaus sind Schaffung von Obdach und Hebung der Wohnkultur Wiens (Weber et al. 1932). Wohnverhältnisse haben entscheidenden Einfluss auf den Menschen und seine Lebensgestaltung (Gesundheit, Sittlichkeit, Kultur) (Steinitz 1929).
- Wohnbau ist eine Aufgabe der Gesamtheit, so wie die Errichtung aller Anstalten, die der Gesamtheit der Bevölkerung dienen (Magistratsabteilung 17 1928). Die Schaffung von Wohnbau soll als gemeinschaftliche Pflicht anerkannt werden (Steinitz 1929). Der Wohnungsbau unterlag immer

schon Interessen der Allgemeinheit, aber die Verwertung war frei (Steinitz 1929).

- Die Gemeinschaft muss eingreifen und kann dies unter anderem auf folgenden Ebenen: Fixierung des Mietzinses, Anpassung der Bauordnung, Etablierung der Selbstverwaltung in Wohnhäusern, gemeinschaftliche Kontrolle von Instandhaltungsmaßnahmen, Einführung eines entgeltlichen Enteignungsrechts und eines Vermietungszwangs, Zuweisungsrecht für Wohnungen (um die Dringlichkeit eines Wohnbedürfnisses berücksichtigen zu können), Mieterschutz und verstärkt gemeinnützigen Wohnungsbau (Steinitz 1929).
- Ein soziales Wohnrecht soll der bestmöglichen Befriedigung des Wohnbedürfnisses unter gegebenen und in der nächsten Entwicklung erreichbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen dienen (Steinitz 1929).

Der wirtschaftliche Aspekt des kommunalen Wohnbaus ist ein entscheidender Aspekt und wurde mit der Kapitalismuskritik, die ja durchaus ein zentraler Punkt von sozialdemokratischen beziehungsweise sozialistischen Diskursen ist, eingangs bereits angedeutet. Der kommunale Wohnbau wird als ein entscheidendes Moment einer Neuorientierung des bestehenden Wirtschaftssystems gedeutet, das von einem adaptierten Steuersystem bis zur Verstaatlichung reichen kann:

- Initiative finanzielle Unterstützung für Wohnbau durch den Bund kommt erst spät und fällt gering aus (Weber et al. 1932). Die Gemeinde handelt, um Wohnungsnot und Wohnelend entgegenzuwirken, indem sie eine Mietzinsabgabe und in weiterer Folge eine Wohnbausteuer mit einer Zweckwidmung (kommunaler Wohnbau) einführt (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925). Sie reagiert mit Wohnbauprogrammen auf die bestehenden Probleme am Wohnungsmarkt (Magistratsabteilung 17 1928).
- Die Einführung einer progressiven Wohnbausteuer dient als solides finanzielles Fundament für Wohnbauprogramme zur Schaffung von 60 000 Wohnungen. Entstehende Mehrkosten werden durch die Nutzung anderer Steuereinnahmen gedeckt (Weber et al. 1932).
- Im Rahmen der kommunalen Wohnbauprogramme wird die Gemeinde Wien größter Bauherr und größter Hausverwalter der Welt (Magistratsabteilung 17 1928).
- Die Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien soll zu einer Neugestaltung der Wirtschaft führen (Weber et al. 1932).

- Die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien erfolgt ohne Gewinnabsicht (Weber et al. 1932)
- Nur Wohnbau löst das Problem der Wohnungsnot nicht, es müssen auch Wohnungen sein, die für die breite Masse leistbar sind (Weber et al. 1932)
- Das Wohnbauprogramm reduziert die Arbeitslosigkeit, weil es durch die Bautätigkeit Arbeitsplätze schafft (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925).
- Es ist die Beauftragung von Privatarchitekten nötig, um das Ausmaß an Projekten umsetzen zu können (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925).
- Rahmenbedingungen erschweren das Wohnbauprogramm: fehlende Infrastruktur, fehlende Baugründe, kein nutzbares Enteignungsgesetz für Wohnbauten, Baustoffmangel nach Ende des Ersten Weltkrieges (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925). Sozialisierung (im Sinne von Verstaatlichung) ist politisch noch nicht mehrheitsfähig (Steinitz 1929).

Für die Mieter*innen waren aber, neben diesen großen, gesellschaftlichen Zielen, auch die geschaffenen Wohnungen selbst ein wichtiger Aspekt. Beschrieben wird in vielen Texten die Ausstattung der neuen Wohnungen, die durch die kommunalen Wohnbauprogramme entstanden und sich deutlich von der Wohnungsnot und dem Wohnelend abgrenzten, die zu jener Zeit noch allgegenwärtig waren. Es stellte sich damals die Frage, wie diesen Problemen begegnet werden sollte. Welche Bauformen waren sinnvoll? Welche Einrichtungen benötigen oder schätzen die Bewohner*innen? Wie soll dieses „neue Wohnen“ aussehen?

- Deutlich vernehmbar ist der Wunsch nach Siedlungsbau nach dem Ersten Weltkrieg. Dies ist verständlich, da in den Gärten der Siedlungen Lebensmittelproduktion möglich ist. Für die Großstadt ist diese Art des Bauens aber ineffizient (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925). Aus Effizienzgründen fällt die Entscheidung der Stadt Wien für den vermehrten Bau von Kleinwohnungen in mehrgeschossigen Mehrfamilienhäusern (Weber et al. 1932). Die Schaffung eines Bewusstseins für andere Formen des Wohnens (z.B. Eigenheime für Familien) solle jedoch nicht vernachlässigt werden (Steinitz 1929).
- Kleinwohnungen im mehrgeschossigen Mehrfamilienwohnbau haben eine durchschnittliche Größe von 44,5 m², im Einfamilienhaus Größen von 62,2 m² (Weber et al. 1932).

- Die Wohnungen im Gemeindebau sind klein, aber aufgrund ihrer Fortschrittlichkeit und der gemeinschaftlich nutzbaren Einrichtungen sehr beliebt (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925). Der Bedarf an Wohnungen übersteigt das Angebot (Magistratsabteilung 17 1928).
- Vorteile des Wohnbauprogramms sind eine geringe Verbauungsdichte, Wohnungen mit natürlichem Licht und guter Durchlüftung, bessere Hygiene, Wasserleitungen und Strom in der Wohnung, ein Abort in der Wohnung, ein bereitgestellter Gasherd (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925; Weber et al. 1932); Wohnungen liegen über Bodenniveau (Weber et al. 1932).
- Wohnungen verfügen über Vorraum, WC, Gasherd, Heizofen, elektrische Beleuchtung, Wasserentnahmestelle; oft gibt es Balkons, da viele Menschen mit geringem Einkommen selten in den Urlaub fahren (Weber et al. 1932).
- Wertige, aber einfache Wohnungseinrichtung, die keine Wohlhabenheit vortäuscht, soll Wohnungen im Gemeindebau prägen (Magistratsabteilung 17 1928). Sozialistisches Wohnen zeigt sich in Reinheit, Einfachheit, Klarheit, Sachlichkeit (Schuster und Schacherl 1926).
- Wohnhäuser sollen nach außen keine Armut transportieren. Es sind künstlerische Leistungen in den Bereichen Architektur, Plastik und Malerei sichtbar (Weber et al. 1932).

Was in den Ausführungen zur Ausstattung der Wohnungen deutlich wird, sind einerseits klare Verbesserungen hinsichtlich Hygiene und Komfort, andererseits auch ein Aufruf zur Zurückhaltung und ein Bekenntnis zu „sozialistischem“ Wohnen. Dabei stellt sich aber einerseits die Frage, was „sozialistisches“ Wohnen oder Bauen genau definiert beziehungsweise ob das kommunale Wohnbauprogramm überhaupt nach etwaigen sozialistischen Aspekten ausgerichtet wurde. Auf diesen Aspekt wird vorrangig im Text von Schuster und Schacherl eingegangen (Schuster und Schacherl 1926), sonst ist, wie bereits vorhin angedeutet, eher generell von „einfachem“ Wohnen die Rede.

- Jede Zeit, jede Weltanschauung, jedes starke Wollen hat ihren äußeren Ausdruck, so auch in der Architektur (Schuster und Schacherl 1926).
- Die Definition proletarischer Architektur erfolgt ex negativo, weil die zukünftigen Entwicklungen noch ungeklärt sind. Es bedarf jedenfalls einer Abgrenzung zu unvereinbaren Gesellschafts- und Weltanschauungen (z.B.

Kirche, Königtum, Kapitalismus, Absolutismus, Kleinbürgertum, Individualismus), die sich beispielsweise im Bau von Burgen, Palästen und Schlössern manifestiert (Schuster und Schacherl 1926).

- Das Kleid (hier die Architektur, das Wohnen und Bauen) bildet den Geist – die Nachahmung alter Architektur hemmt die Zukunft des Sozialismus (Schuster und Schacherl 1926).
- Sozialistisches Bauen muss auch sozialistisches Denken kultivieren (Schuster und Schacherl 1926).
- Es erfordert Mut zu schlichten, einfachen Formen im Wohnen und Bauen (Schuster und Schacherl 1926).
- Architektur ist eng an das Leben gebunden, daher ist das Vorwärtstreben einer proletarischen Welt auch mit dem Bekennen zu einer proletarischen Baukunst verbunden – ungeachtet der Kritik aus breiten Schichten (Schuster und Schacherl 1926).

Neben dem Augenmerk auf „einfachem“ Wohnen sind aber nicht nur die Wohnungen technisch gut ausgerüstet, sondern auch die Wohnanlagen sehr durchdacht konzipiert und in ein Versorgungsnetz eingebunden, das über den reinen Wohnzweck hinausgeht. So „einfach“ ist das Wohnen also de facto nicht angelegt. Informationen finden sich zudem über die soziale Einordnung der Bewohner*innen und eine Bewertung, was für diese Zielgruppe „Luxus“ ist.

- Der kommunale Wohnbau schafft gemeinschaftlich nutzbare Einrichtungen: Wäscherei, Badeanlage, Kinderaufenthaltsraum, Lesezimmer, Bücherei, Lehrwerkstätte (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925). Es gibt in den mehrgeschossigen Mehrfamilienhäusern, wenn möglich, Gemeinschaftseinrichtungen wie Zentralwäschereien oder Badeanlagen. In den Wohnhausanlagen sind nach Möglichkeit noch andere Institutionen untergebracht: Kindergärten, Jugendämter und städtische Horte, Krankenkassenambulatorien, Tuberkulosefürsorgestellen, Mutterberatungsstellen, Schulzahnkliniken, Einrichtungen für Belehrung und Bücherei, Turnsäle und Zweiganstalten von Konsumgenossenschaften, nach Bedarf auch Geschäftslokale (Weber et al. 1932).
- Die kommunalen Wohnbauten verfügen über großzügige Hofanlagen, die gärtnerisch gestaltet sind und über Spielplätze verfügen, was die Kinder von der Straße fernhält, so verbleiben sie unter den Augen der Mütter (Weber et al. 1932).

- Zentralwaschanlagen im Gemeindebau stellen eine Zeitersparnis für die Hausfrau dar (Magistratsabteilung 17 1928).
- Badeanlagen im Gemeindebau dienen als Luxus für Familien von Arbeitern und kleinen Angestellten (Magistratsabteilung 17 1928).

Als ein Beispiel für die umfassende Infrastruktur einer Wohnanlage wird der Karl-Marx-Hof herangezogen:

- Die Errichtung des Karl-Marx-Hofes erfolgte von 1926 bis 1930. Die Verbauung einer großen Fläche mit einer geschlossenen Wohnhausanlage erforderte Gliederungen, unter anderem für den Verkehr. Insgesamt wurden nur 18,4 % der Fläche verbaut, der Rest besteht aus Gartenanlagen, Kinderspielflächen und Wegen. Es gibt viele Gemeinschaftsanlagen, die die Bedürfnisse in einer Großanlage erfüllen: zwei Kindergärten, zwei Wäschereien inklusive Badeanlage, eine Schulzahnklinik, eine Bibliothek, ein Jugendheim, eine Krankenkasse mit Ambulatorium, eine Apotheke, ein Postamt und Geschäftslokale. Zentralwaschküchen werden aus ökonomischen Gründen und aus Gründen der Rauchfreiheit elektrisch betrieben. Innovationen gingen durch Herausforderungen während der Bautätigkeit hervor (schwieriger Untergrund, Statik der gewaltigen Torbögen). Kunst wurde nur soweit notwendig eingesetzt: Bronzefigur „Sämann“ und vier Plastiken (Freiheit, Fürsorge, Aufklärung und Körperkultur) im Mittelteil der Anlage. Die Errichtung des Karl-Marx-Hof kann als Spitzenleistung aller Beteiligten beschrieben werden (Gemeinde Wien 1930).

Deutlich wird in den Ausführungen zu Architektur und Nutzung, dass solch eine Infrastruktur den Menschen ins Zentrum stellt, der unter anderem nach der Argumentation Tandlers in ein lebenszeitumspannendes Fürsorgekonzept eingebettet werden soll (Tandler 1925). Bei Winter wird zudem deutlich, dass es gesellschaftliche Anstrengungen und die Entwicklung eines Gemeinschaftssinnes im Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus braucht (Winter 1924), solche Herangehensweisen also einem übergeordneten Zweck gewidmet sind, wie der Schaffung eines „neuen Menschen“.

- Fürsorge ist ein wichtiger Teil der Verwaltung eines Staates, eines Landes und einer Gemeinde. Das Prinzip der Fürsorge ist noch wenig bekannt; Proletarier verabscheuen Wohltäterei: Sie ist individualistisch, eigenverantwortlich, unabhängig, zufällig und an kein Gesetz gebunden, damit unterscheidet sie sich eindeutig von der Fürsorge. Fürsorge ist kollektivistisch. Fürsorger sind Beauftragte der Gesellschaft und Mitverwalter öffentlicher

Mittel. Die Allgemeinheit hat ein Recht auf Fürsorge und die Pflicht der Fürsorge. Sie soll nur den tatsächlichen Bedarf abdecken und muss gelernt werden: vom Fürsorger, vom Befürsorgten und der Gesellschaft. Die Strukturierung der Fürsorge erfolgt in Fürsorgeorganisationen. Ihre Zuständigkeit erstreckt sich von der Zeit vor der Zeugung (Eheberatung) über Schwangerschaft und Kindesalter (Kindergärten, Schulfürsorge, Schulzahnkliniken) bis zum Tod. In Wien macht die Fürsorge große Fortschritte und leistet das Mögliche. Jede Generation ist verantwortlich für die nächste, die Kinder erstreiten den Sieg im Kampf des Proletariats (Tandler 1925).

- Der Sozialismus sorgt für die Befreiung, die Erlösung des Kindes als die Zukunft der Gesellschaft. Er kämpft für den Aufbau und die Höherführung des Menschen, er besiegt den Egoismus, er stellt Grund und Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit. Der Sozialismus führt die Frau zu ihrer natürlichen Rolle als Mutter zurück, schafft gesündere Wohnverhältnisse zum Schutz des Kindes, stellt der kapitalistischen Anarchie die Organisation entgegen, erzieht Menschen zur Gemeinschaft und schafft Gemeinschaftseinrichtungen (Winter 1924).
- Der bestehende Staat ist ein Klassenstaat, der sich nicht ausreichend vom Kapitalismus gelöst hat – das Proletariat muss daher Selbsthilfe betreiben und in einem sozialen Staat im Klassenstaat tätig werden. Der Sozialismus als Weltanschauung muss dabei Religion sein. Der Sozialist ist ein guter Mensch mit dem Drang Gutes zu tun (Winter 1924).

Neben dieser „Verwaltung“ des Menschen mit dem Ziel der Schaffung einer anderen, „besseren“ Gesellschaft, gilt es aber auch die Wohnbauten selbst im Auge zu behalten. Die Gemeinde Wien trat als größter Bauherr der Welt auf – doch damit endet die Aufgabe nicht, die Bauprogramme sind mit einer enormen Verwaltungstätigkeit verbunden. Wie wird die Wohnungszuteilung abgewickelt? Wer kümmert sich um den Baubestand, die Abrechnungen, Probleme in den Wohnanlagen? In einigen Texten, vor allem von der Gemeinde Wien, sind diese Verwaltungsaufgaben Thema. Die Verantwortung liegt dabei einerseits bei Angestellten der Gemeinde Wien, andererseits aber auch bei den Bewohner*innen selbst.

- Die Verwaltung des gesamten Häuserbesitzes der Gemeinde Wien liegt in der städtischen zentralen Wohnhäuserverwaltung: Vormerkung und Vergabe von Wohnungen und Geschäftslokalen, administrative Verwaltung, technische Gebäudeverwaltung und Buchhaltung (Weber et al. 1932).

- Die Vergabe der Gemeindewohnungen erfolgt nach Dringlichkeit (Punkteschema zur Beurteilung) (Weber et al. 1932).
- Verantwortlich für den Betrieb der kommunalen Wohnhäuser zeigen sich: Städtische Wohnhäuserverwaltung, Hausinspektor, Hausbesorger und anderes Personal (Magistratsabteilung 17 1928); In den Häusern selbst ist der Hauswart für diverse Aufgaben verantwortlich, er untersteht dem Hausinspektor (sprengelweit eingesetzt) und dieser wiederum dem Bezirksreferenten (Weber et al. 1932).
- Die Hausverwaltung in den Gemeindebauten ist auf Eigenverantwortung und Einordnung der Mieter*innen ins Kollektiv angewiesen (Magistratsabteilung 17 1928).
- Reinlichkeit, Ordnung, schonungsvoller Umgang, Rücksichtnahme und keine Verschwendung werden vom Mieter im Gemeindebau verlangt. Im Vordergrund steht der Werterhalt der Wohnung. Bei Nichtbeachten der genannten Aspekte drohen finanzielle Sanktionen und größte Strenge durch die städtischen Wohnhäuserverwaltung (Magistratsabteilung 17 1928).
- Der Mietzins im kommunalen Wohnbau ist gering, aber nur weil Mieter auf die Wohnhäuser achten und es zu keinen Zusatzkosten durch die missbräuchliche Nutzung kommt (Magistratsabteilung 17 1928).
- Eine Einflussnahme der Mieter im Gemeindebau auf andere Bewohner und Kinder durch Vorbildfunktion und gute Worte ist erwünscht (Magistratsabteilung 17 1928); Mietervertreter unterstützen die Verwaltung und tragen einen Teil zur Ordnung im Haus bei (Weber et al. 1932).

Die Aussagen in den ausgewählten Texten für den Korpus spannen sich somit vom Problemaufriss über konkrete Handlungsstrategien der Gemeinde Wien und einem grob sichtbaren Menschenbild bis hin zu globalen wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Zielen.

Im nächsten Unterkapitel wird nun von den konkreten Aussagen ein Schritt zurück gemacht, um die Gesamtheit der Texte wieder in den Blick zu bekommen. Bei welchen Aspekten auf der Textebene lassen sich Überschneidungen oder Besonderheiten bezüglich der gewählten Publikationen erkennen?

6.4 Analyse der Texte

Der inhaltliche Bogen der gewählten Texte spannt sich in Bezug auf die Aussagen auf einem Spektrum von Pragmatismus (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925) bis hin zu Utopismus (Winter 1924). Dieses Spannungsfeld zeigt sich aber seit der Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) am Hainfelder Parteitag zur Jahreswende 1888/1889. Der Beginn war deutlich geprägt vom Vereinen reformistischer aber auch radikaler Ansätze. Die Pluralität, die in den Texten sichtbar wird, kann also stellvertretend für die Vielfalt an Strömungen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschösterreichs stehen.

Während die Schriften, die von der Gemeinde Wien oder anderen der Regierung nahestehenden Organisationen herausgegeben wurden, eher die schlechte Ausgangslage und die aktuellen Errungenschaften beschreiben beziehungsweise bewerben, so sind die Texte einzelner ausgewiesener Autoren deutlich zukunfts-gewandter. Sie beschreiben detaillierter Desiderate für eine sozialistische Zukunft im Hinblick auf Architektur, Wohnbau und Wohnen.

Zudem zeigt sich, dass die Urheberschaft der Gemeinde Wien oder der Regierung nahestehenden Organisationen teilweise zeigte, dass die Inhalte sehr ähnlich sind: Welche Probleme gab es mit dem Wohnen seit der Vorkriegszeit? Wie hat die Stadt Wien darauf reagiert? Wie sieht die Lage des kommunalen Wohnbaus heute aus? Bei den Texten ausgewiesener Autoren wiederum zeigen sich andere inhaltliche Schwerpunkte beziehungsweise Spezialisierungen, auch wenn sie sich ebenfalls mit dem Thema des kommunalen Wohnbaus auseinandersetzen (Steinitz 1929; Schuster und Schacherl 1926; Winter 1924).

In der Rhetorik lassen sich ebenfalls teils deutliche Unterschiede zwischen den beiden Gruppen finden. Während die erste Gruppe zwar überzeugend, aber dennoch nüchtern ihre Sachverhalte darlegt, zeigen sich besonders bei den Texten von Winter und Tandler kämpferische und widerständige Passagen (Tandler 1925; Winter 1924).

Auslassungen sind in den Texten des Korpus sehr spezifisch und unterschiedlich. Was wird nicht gesagt? Eine Besonderheit, die sich in mehreren Texten zeigt, ist, dass meist nur die Rede von der Stadt oder der Gemeinde Wien ist. Selten fällt der Name der regierenden Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Wie kann dieser Umstand interpretiert werden? Als Versuch einer Objektivierung? Als nicht zu hinterfragender Machtanspruch, im Sinne von

„Die Stadt sind wir“? Zur einfacheren Identifikation von Menschen mit anderen politischen Interessen? Die Gründe dafür bleiben offen.

Allen Texten ist gemein, dass sie sich an eine gehobene, gebildete Leser*innen-schaft richten, aber an kein ausgewiesenes Fachpublikum. Der Wortschatz ist bei keiner Publikation so fachspezifisch, dass er von Lai*innen nicht verstanden werden könnte. Link zufolge können wir wohl tatsächlich von einem Interdiskurs sprechen, der sowohl Elementar- als auch Spezialdiskurs miteinander verschränkt (Link 2006).

Nachdem nun sowohl der Korpus als auch der Kontext kurz dargestellt wurden und auf die Analyse des Textes und der Aussagen knapp eingegangen wurde, folgt in einem weiteren Schritt die Zusammenfassung der Analyseergebnisse mit einer Berücksichtigung der theoretischen Fundierung, die dieser Arbeit zugrunde liegt.

7 Ergebnisse in Hinblick auf die Forschungsfragen

Zunächst soll erneut ein Blick auf die Forschungsfragen geworfen werden, bevor der gesamte Diskursstrang, der im vorangegangenen Kapitel eingegrenzt und identifiziert wurde, analysiert wird:

- Inwiefern zeigen sich normative Vorstellungen von Bewohner*innen kommunaler Wohnbauten in sozialdemokratisch geprägten Publikationen in der Zeit des Roten Wien von 1919 bis 1934? Welches Menschenbild wird als entweder verbesserungswürdig oder als erstrebenswert und im Einklang mit den vorherrschenden politischen Interessen dargestellt?
- Inwiefern spiegelt sich dieses Menschenbild in der Architektur des kommunalen Wohnbaus in der Zeit des Roten Wien wider, beispielsweise im Karl-Marx-Hof?
- Inwiefern lassen sich Machtstrukturen aufdecken, die der Erziehung der Bewohner*innen in den kommunalen Wohnbauten der Stadt Wien dienen?

In je einem Unterkapitel soll die jeweilige Frage unter Berücksichtigung der Analyse behandelt werden. Einschränkend muss gesagt werden, dass eine Diskursanalyse nur eine begrenzte Anzahl von Stimmen einfangen kann – und auch die Interpretation eine subjektive Beurteilung nicht gänzlich ausschließt. Anhand der wenigen Texte können somit nur Tendenzen dargelegt werden, es können keine end- und allgemeingültigen Aussagen getroffen werden.

7.1 Normative Vorstellungen von Bewohner*innen

Über normative Vorstellungen von den Bewohner*innen findet sich wenig in den ausgewählten Texten, einige Aspekte lassen sich dennoch herauslesen:

Propagiert wird die Familie, im Besonderen die Kleinfamilie. Für diese kleinen Familienverbände sind die Kleinwohnungen auch konzipiert. So sind von insgesamt 1382 Wohnungen im Karl-Marx-Hof 748 als Wohnungen mit „Küche, Zimmer, Kammer“ konzipiert, lediglich eine Wohnung verfügt über „Küche, 3 Zimmer und 2 Kammern“ (Gemeinde Wien 1930).

Der geringe Mietzins für diese Kleinwohnungen soll einerseits dazu führen, dass Bewohner*innen nicht mehr einen großen Anteil ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen und in weiterer Folge auch aus finanziellen Gründen nicht zur Aufnahme von Untermieter*innen oder Bettgeher*innen gezwungen sind. Dies

solle sich auf die Sittlichkeit, Sicherheit und Gesundheit der Familien auswirken. Zudem wird in den Schriften aber auch teilweise sehr deutlich, dass der niedrige Mietzins es auch den Frauen wieder ermöglichen sollte, ihre „natürliche Rolle“ als Mütter einzunehmen (Winter 1924). Sie sind in manchen der Texte auch deutlich und direkt als Zuständige für den Haushalt angesprochen (Magistratsabteilung 17 1928). Die Zentralwäschereien sollten somit auch der Entlastung der Frauen dienen, selbst wenn sie sich den Vorzügen des technischen Fortschritts noch nicht bewusst sei (Magistratsabteilung 17 1928).

Das Punktesystem zur Reihung der Wohnungsansuchen zeigt ebenfalls normative Vorstellungen über die Bewohner*innen auf. Bevorzugt werden in diesem „objektiven“ System, das vorgegebener Maßen über die Dringlichkeit des Wohnbedarfs Auskunft gibt, unter anderem verheiratete österreichische Eheleute, die viele kleine Kinder haben (Weber 1926). Lange, stabile Familienverhältnisse sind einer der Aspekte, die Punkte bringen, um eine der begehrten Wohnungen zu erhalten.

Wie der oder die Proletarier*in zu wohnen hat, ist Teil der Debatte. Es solle kein Wohlstand vorgetäuscht werden – echtes proletarisches Wohnen sei einfach, ordentlich, sachlich und rein (Magistratsabteilung 17 1928). „Die Wohnungseinrichtung begleitet Dich durchs ganze Leben. Sei daher bei der Auswahl bedächtig, kaufe keinen Schund, er ist teurer als ein gutes Möbelstück. Lehne eine Wohnungseinrichtung, die Wohlhabenheit vortäuscht, ab. Die Einrichtung Deiner Wohnung soll einfach, schlicht und wahr sein, wie Du es selbst bist. Hältst du dich an diese Ratschläge, so wirst Du viel Geld und Arbeit sparen und auch nach Jahren mit Deiner Wohnungseinrichtung noch Freude haben.“ (Magistratsabteilung 17 1928) Ein/e Proletarier*in solle mit dem zufrieden sein, was er/sie habe und nicht nach Höherem streben.

Die „Höheren“ wiederum haben offensichtlich das Recht, viele Aspekte der Bewohner*innen zu kontrollieren und zu überwachen, im Sinne eines funktionierenden Kollektivismus. Hausinspektor*innen und Hausbesorger*innen achten auf Ordnung und Sicherheit im Haus, auch Mietervertreter*innen haben einen Anteil daran (Magistratsabteilung 17 1928). Im „Merkbüchlein für Mieter“ werden die Bewohner*innen unter anderem darüber aufgeklärt, welche Verhaltensweisen von Ihnen erwartet werden. Dies geht von offensichtlichen Aspekten wie Ordnung im Haus, Rücksicht auf andere Mieter*innen bis hin zu sehr persönlichen Eingriffen in die Wohnung: Aussagen wie „Halte den Abort peinlich rein! Sein Zustand ist der Gradmesser für die Kultur des Wohnungsinhabers“ und „Der Fußboden soll der Stolz jeder Hausfrau sein. An seinem Zustand ist die Reinlichkeit und

Ordnungsliebe zu erkennen“ sind nur zwei Beispiele davon (Magistratsabteilung 17 1928). Diese Vorgehensweise wirkt sehr paternalistisch und bevormundend, den Proletarier*innen muss offensichtlich durch das Magistrat gesagt werden, was sie zu tun und zu lassen haben.

Es lässt sich in den Aussagen eine Tendenz erkennen, dass der Mensch erzogen werden muss. Dass er, so wie er ist, unvollkommen ist. Das zeigt sich übrigens auch in jenen Schriften, die sich in dem Zusammenhang nicht unbedingt auf den Zusammenhang mit Wohnen beziehen. In vielen Bereichen muss der Mensch erst noch erkennen, was gut für ihn ist, um bereit für eine sozialistische Gesellschaft zu sein (Tandler 1925).

7.2 Menschenbild und Architektur

Wie lässt sich aber nun das Menschenbild, das dargelegt wurde, mit der Architektur des Roten Wien verknüpfen?

Zunächst stellt sich die Frage, welche Zielsetzungen mit der Architektur zu jeder Zeit verknüpft waren. Kähler stellt den kommunalen Wohnbau des Roten Wien als Pragmatismus dar:

„Die Art der Finanzierung des Wohnbauprogramms war nicht langfristig durch theoretische Diskussionen vorbereitet und entwickelt worden, sondern entstand aufgrund kurzfristiger Entscheidungen: Begleitet war die Entwicklung vom Scheitern erster Bauprogramme nach dem Krieg an den Folgen der Inflation und deren Überwindung 1923. Der durch die wachsende Zahl der Haushalte und durch die Folgen des Mieterschutzes steigende Druck auf den Wohnungsmarkt zwang zu schnellen, sichtbaren Erfolgen, wenn man die Macht behaupten wollte. Der Wohnungsbau eignete sich besonders gut als politisches Instrument zur Überzeugung von Wählern, weil er nicht nur Wohnraum, sondern auch Arbeitsplätze schuf [Anm.: in vielen Schichten]“ (Kähler 2007).

Konträr dazu äußert sich Weihsmann, der eine viel stärkere ideologische Komponente ortet:

„Die Architektur war nicht ausschließlich auf reinen Nutzwert orientiert und wie im Taylorismus durchrationalisiert, sondern gemeinschaftsfördernd und propagandistisch. Grundprinzip des Roten Wien war, eine Einheitsfront gegen das reaktionäre Bürgertum zu repräsentieren; eine monumentale und

ebenso emotionale Architektur sollte dies repräsentieren" (Weihsmann 2019).

Welche Tendenz lässt sich durch die ausgewählten Schriften für die Diskursanalyse ableiten?

Schacherl und Schuster stellen in ihrem 1926 erschienenen Text die Frage nach der Definition „Proletarischer Architektur“ (Schuster und Schacherl 1926). Sie haben keine klare Antwort darauf, sondern argumentieren ex negativo. Proletarische Architektur kann nicht Elemente aus Weltanschauungen übernehmen, die dem Sozialismus widersprechen.

„Wir dürfen also auch im Bauen nicht Formen einer anderen Zeit, anderen Denkens kultivieren. So kann proletarische Architektur nicht aussehen. So darf sie nicht aussehen! Es darf nicht sein, der Entwicklung der sozialistischen Idee wegen, daß man baut, als ob es Burgen, als ob es Schlösser, ja selbst als ob es Paläste wären“ (Schuster und Schacherl 1926).

Das ist insofern spannend, als dass der Karl-Marx-Hof aufgrund seiner Formsprache mit Zinnen, Gittertoren und Eingangsbögen oft als Festung bezeichnet wird. Wieso bedient man sich hier dieser Architektur, wenn dies proletarischer Architektur widerspricht?

Es wäre möglich, dass hier bewusst eine Festung für die Arbeiter*innen geschaffen werden sollte, um deren Stellung in der Gesellschaft zu unterstreichen. Möglicherweise gibt es auch noch andere Definitionen proletarischer Architektur – immerhin ist der Text erst 1926 erschienen, somit drei Jahre nach dem ersten großen Wiener Wohnbauprojekt. Vielleicht liegt die Antwort sogar in der individuellen Planungsentscheidung des Architekten? In der Zeit des Roten Wien musste innerhalb kurzer Zeit eine große Anzahl von Wohnbauten geplant werden, es konnte nicht alles von Mitarbeiter*innen der Stadt erledigt werden. „Da die Gemeinde Wien alle Architekturkreise der Stadt zur Mitarbeit herangezogen hat, so ist die Architektur der Wohnbauten im Rahmen der gegebenen Gesamthaltung äußerst vielgestaltig“ (Schuster 1932). Diese Architekt*innen hatten mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht alle einen sozialdemokratischen Hintergrund und somit Interesse an einem so vagen Themenbereich wie „proletarischer Architektur“.

Gut illustrieren lässt sich das an Karl Ehn, Oberstadtbaurat der Stadt Wien und verantwortlicher Architekt für den Karl-Marx-Hof. Kriechbaum und Kriechbaum beschreiben ihn als „politisches Chamäleon“, das offensichtlich von 1927 bis 1929 „auf Aufforderung“ der Partei beitrug, von 1929 bis 1934 nach Verlassen der

Partei bei der Roten Gewerkschaft blieb und mit 1934 zur Vaterländischen Front (Einheitspartei des Ständestaates) wechselte (Kriechbaum und Kriechbaum 2007). Ehn hatte vermutlich keine überragenden sozialistischen Interessen und agierte, dem Anschein nach, opportunistisch – dennoch war er für den Bau eines der bis heute wichtigsten Aushängeschilder des Roten Wien verantwortlich.

Die Architektur des Roten Wien dürfte also, wichtige pragmatische Entscheidungen ausgenommen, nicht einer klaren Linie „proletarischer Architektur“ gefolgt sein, sondern sehr vielseitig ausgefallen sein. In vielen Bereichen wurden zugunsten der besseren Finanzierbarkeit Normierungen vorgenommen: Baustoffe wie Fenster, Türen und Fußböden wurden nicht für einzelne Projekte geplant, sondern wurden in Waggonladungen angeliefert. Im Jahr 1924 wurden beispielsweise 270 Waggonen à 10 Tonnen an Fenstern und Türen bestellt (Internationaler Verband für Wohnungswesen 1932).

Auch die Beschaffenheit der Wohnungen war streng geregelt. So sollten alle Wohnungen beispielsweise dem Prinzip „Licht, Luft und Sonne“ entsprechen. Der Grund für die Rückbesinnung auf die Natur lag in medizinischen Annahmen: „Lange ehe noch die ersten Bakterien entdeckt waren, hat ein italienischer Arzt den Erfahrungssatz ausgesprochen: ‚Dove non entra il sole, entra il medico.‘ Zu deutsch: Wo nicht die Sonne eintritt, tritt der Arzt ein“ (Winter 1924). Die Wohnblöcke sollten große Innenhöfe haben und in jeder Wohnung natürliches Licht ermöglichen, eine gute Durchlüftbarkeit sollte gegeben sein und große Hof- und Gartenanlagen zur Erholung für Bewohner*innen allen Alters bereitstehen (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925). Dass die Wichtigkeit des Naturerlebens in der sozialistischen Bewegung an Bedeutung gewann, zeigt unter anderem die Gründung der „Naturfreunde“ Ende des 19. Jahrhunderts.

Die Frage ist, ob diese Aspekte, genauso wie die Forderungen nach einem Abort im Wohnverband, einem geräumigen Grundriss und einer Kochstelle, so wie dies 1930 in der Wiener Bauordnung neu geregelt wurde (Wiener Landtag 03.02.1930), tatsächlich als sozialistische Zielsetzungen einzuordnen sind, oder nicht doch über alle Parteigrenzen hinweg Zustimmung gefunden hätten (die Klärung dieses Sachverhaltes würde weiterer historischer Forschung bedürfen).

Bei einer weiteren Debatte in der Zeit des Roten Wien stellt sich die Frage nach Ideologie oder Pragmatismus: bei der Entscheidung zwischen Superblock oder Siedlungsbau. Tatsächlich wurde nur ein geringer Teil des kommunalen Wohnbaus in Form von Siedlungen errichtet. Hat hier der Kollektivismus des mehrgeschossigen Mehrparteienhauses über den Individualismus des Einfamilienhauses

mit Garten gesiegt? Steinitz plädiert in seinem Text für ein Bewusstsein für andere Wohnformen als nur die Blockbauweise, und auch Schuster und Schacherl verweisen auf die Gartenstadt (Steinitz 1929; Schuster und Schacherl 1926). Dennoch wird in den Texten der Stadt Wien und ihr nahestehenden Organisationen auf eine Entscheidung zugunsten der Effizienz hingewiesen. Die Schaffung von Wohnungen in solch einem Ausmaß wie von der Stadt Wien geplant, könne nur in Form von Wohnblocks realisiert werden. Zudem wird darauf hingewiesen, dass alleine die Schaffung einer dazu nötigen Infrastruktur (Verkehr, Energie, Wasser, öffentliche Gebäude) finanziell kaum stemmbar wäre (Deutschösterreichischer Städtebund ca. 1925; Internationaler Verband für Wohnungswesen 1932).

Folgen wir den Ausführungen Lefebvres und seiner Triade des Raums, ist eine Verortung der Architektur des Roten Wien auf der zweiten Stufe, der „Repräsentation des Raums“ möglich (Lefebvre 1991). Die Stadtplanung des Roten Wien kann, auch wenn die Triade nicht auflösbar ist, nur auf die Repräsentationen des Raums zugreifen und mögliche Nutzungen eines kommunalen Wohnraums antizipieren, ob pragmatisch oder ideologisch gedacht. Inwiefern der Stadt Wien aber auch ein Einfluss auf die dritte Ebene, die Repräsentationsräume, wichtig ist, soll im folgenden Unterkapitel zu den Machtstrukturen dargelegt werden. Wie werden Räume tatsächlich belebt und genutzt?

7.3 Machtstrukturen zur Erziehung der Bewohner*innen

Zum Thema Macht soll vorangestellt werden, dass der Zeit des Roten Wien fundamentale Veränderungen der Machtstrukturen zugrunde liegen: Das Ende der Monarchie liegt nur wenige Jahre zurück, unabhängige (National-)staaten mit neuen politischen Kräften bildeten sich aus dem alten K&K-Reich heraus. Die wirtschaftliche Lage wandelte sich dramatisch, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht wurde eingeführt – und das sind nur einige der bedeutenden Umstellungen, mit denen die Menschen konfrontiert waren. Es ist ein komplexes Verhältnis von diversen Mächten, die auch durch die theoretische Fundierung mit Foucault erläutert werden kann.

Nach Foucault kann nicht die eine Macht identifiziert werden: „Eine Gesellschaft ist kein einheitliches Gebilde, in dem nur eine einzige Macht herrschte, sondern ein Nebeneinander, eine Verbindung, eine Koordination und auch eine Hierarchie verschiedener Mächte, die dennoch ihre Besonderheit behalten“ (Foucault 2021). Diese Verschränkung von verschiedenen Mächten zeigt sich in den bearbeiteten

Texten in der Verwaltung der kommunalen Wohnbauten. „Auf Handeln ausgerichtetes Handeln“ zeigt sich in den Kontrollinstanzen wie der städtischen Hausverwaltung, aber auch bei den vor Ort eingesetzten Hausinspektoren und Hausbesorgern, die neben technischen, wartenden, reinigenden und finanziellen Aufgaben auch für Sicherheit und Kontrolle der Bewohner*innen sorgen sollen. Ergänzt wird deren Tätigkeit durch die Unterstützung von Mietervertreter*innen. Einerseits sollen Vorbildfunktion und „gute Worte“ wirksam sein, andererseits stehen vage Sanktionen und Strenge für Fehlverhalten im Raum (Magistratsabteilung 17 1928). Als Kollektivstrafe für erhöhte Instandhaltungskosten durch widerrechtliche Nutzung der Gebäude steht auch im Raum, dass dann der niedrige Mietzins nicht gehalten werden könne (Magistratsabteilung 17 1928). Diese (bewusste?) Nicht-Konkretisierung, die wenig greifbaren Formulierungen sind hier eventuell bedrohlicher als das mögliche Ausmaß einer realen Strafe. Mitunter ist die Bestrafung auch eine Form sozialer Ächtung, wenn es beispielsweise um den bereits erwähnten sauber zu haltenden Abort geht, der als „Gradmesser für die Kultur“ eines Menschen stünde. Erkennbar ist hier eine Machtverschiebung, hin zum/ zur Bewohner*in in seiner Eigenverantwortlichkeit.

Nicht nur auf persönlicher Ebene, sondern auch schriftlich ergehen Handlungsanweisungen an die Bewohner*innen: einerseits durch ein „Merkbüchlein für Mieter“, das von der Reinigung der Wohnung bis hin zum Benutzen der Kochstelle genaue Anweisungen gibt, wie die Wohnung zu nutzen ist, andererseits durch Hausordnungen, die im Wohnhaus aushängen.

Ein weiterer Aspekt der Macht könnte auch die zunehmende Isolierung der einzelnen Familien im kommunalen Wohnbau sein. Obwohl die Wohnungen, beispielsweise im Karl-Marx-Hof, klein sind, verfügen sie beispielsweise über einen Vorraum. „War die Bassena Sinnbild für Tratsch und somit Müßiggang, bildete das Vorzimmer in den neuen Gemeindebauten eine Schwelle und zugleich einen akustischen Puffer zur nun von innen mit Wasser versorgten Arbeiter*innenwohnung – als einer Kleinform der bürgerlichen Wohnung. Nun ist die Isolierung in Form von Kleinfamilien-Wohnungen kein eigentlich sozialistisches Anliegen“ (Heindl 2022). Denkbar wäre, so Heindl, dass das Zusammentreffen bei der Bassena zwar zu gewollter Solidarität, aber auch zu widerständigem, ungewolltem Verhalten führen könnten (Heindl 2022).

Das Konzept des kommunalen Wohnbaus im Roten Wien geht aber über das reine Wohnen in einem Mehrparteienhaus hinaus. Viele weitere Einrichtungen der Stadt Wien sind in die Bauten eingegliedert:

„Nach dem Stande von Jahre 1932 waren weiter vorhanden 55 Kindergärten, mehrere Jugendämter und städtische Horte, 17 Krankenkassenambulatorien, Tuberkulosefürsorgestellen, 14 Mutterberatungsstellen, 8 Schulzahnkliniken, 66 der Belehrung und Büchereizwecken dienende Einrichtungen, 4 Turnsäle und 74 Zweiganstalten von Konsumgenossenschaften. Nach Bedarf sind in den größeren Anlagen auch Geschäftslokale eingebaut“ (Weber et al. 1932).

Auch sie dienen mehr oder weniger der Kontrolle der Bewohner*innen. In welchem gesundheitlichen Zustand sind die Kinder? Wie steht es um die Mund- und Zahnhygiene? Wer hat ansteckende Krankheiten? Sogar die Arbeiterbüchereien kontrollieren zu einem gewissen Grad, nämlich das Leseverhalten. Nur ausgewählte, den sozialistischen Vorstellungen entsprechende Literatur wird dort angeboten und empfohlen:

„Die revolutionierenden Kräfte, die aus dem Buch in das Herz des proletarischen Lesers fluten, haben ihre Bekenner und Preiser längst schon gefunden. Die Lebensbeschreibungen großer Arbeiterführer legen denkwürdiges Zeugnis ab. Schlagt die Selbstbiographie August Bebels, Adelheid Popps auf! Lest nach, was Maxim Gorki von dem Arbeiter erzählt, der Leser lernt! Alfons Petzold verherrlicht die tatschaffende Magie des Lesens“ (Thaller 1927).

Kontrolle ist im kommunalen Wohnbau also auch sehr stark in den eingegliederten Einrichtungen verankert.

Über diese konkreten Machthandlungen geht aber eine schon religiöse Verherrlichung des Sozialismus und bestimmter sozialdemokratischer Akteur*innen hinaus: Karl Seitz, Bürgermeister der Stadt Wien von 1923 bis 1934, wird als „Schöpfer“ bezeichnet, der Sozialismus als Religion und Erlöser: „Erlöser Sozialismus, diene dem Kinde!“ (Winter 1924). Durch diese sakrale Überhöhung steht der Machtanspruch nicht mehr in Frage, er ist allumfassend legitimiert und beschränkt sich nicht nur auf eine politische Macht.

„Kurz: das Problem der Politik ist das der Beziehung zwischen dem Einen und dem Vielen im Rahmen des Gemeinwesens und seiner Bürger. Das Problem des Pastorats betrifft das Leben der Einzelnen. (...) Das berühmte ‚Problem des Fürsorgestaats‘ zeigt nicht nur die Bedürfnisse oder die neuen Regierungstechniken der gegenwärtigen Welt auf. Es muss als das erkannt werden, was es in Wirklichkeit ist: eine der äußerst zahlreichen Manifestati-

onen der Feinabstimmung zwischen der politischen Macht, die auf bürgerliche Untertanen ausgeübt wird, und der pastoralen Macht, die sich auf die lebenden Individuen richtet“ (Foucault 2021).

Diese Verbindung zwischen Foucaults pastoraler und politischer Macht ist in der Sozialdemokratischen Partei Deutschösterreichs gut sichtbar – wenn auch die Publikationen von Akteur*innen des Roten Wien kritisch betrachtet werden müssen. Schließlich geht es nicht nur um eine objektive Darstellung der politischen Arbeit der Partei, sondern auch um gezieltes Marketing:

„Parallel zur Bautätigkeit wurde eine publizistische Maschinerie in Gang gesetzt, die in Ausstellungen über das neue Wohnen und Leben informierte, Bücher und Broschüren druckte und vielgestaltiges Informations- und Werbematerial produzierte. Begleitet durch diese breit angelegt mediale Kampagne gerieten einige Wohnanlagen schlagartig zu publikumswirksamen Akteuren im Roten Wien und standen so im In- wie im Ausland als berühmte Aushängeschilder für die Leistungen der Stadtregierung“ (Stühlinger 2020).

Passend zu dieser Art göttlichen Legitimation, wie sie in manchen Texten deutlich wird, ist aber eine Form propagierten Märtyrertums für den Sozialismus:

„Das Proletariat in seinem schweren Kampfe müßte verzagen, wüßte es nicht, daß hinter jedem der einen Generation ein anderer der nächsten steht, der die Waffe dort übernimmt, wo sie aus den müden Händen des Vordermannes fällt. Man arbeitet, wirkt und kämpft für die nächste Generation und für ihre Kinder in der Hoffnung auf das siegreiche Ende dieses Kampfes, welches doch nur von unseren Kindern erstritten und erlebt werden kann. Wer sich das vor Augen hält, wird begreifen, was Fürsorge bedeutet“ (Tandler 1925).

Alles Leid und alle Entbehrungen sind damit einem höheren Zweck unterzuordnen: Dem Sozialismus und seiner Durchsetzung. An dieser Stelle ist aber noch einmal hervorzuheben, dass Sozialismus nicht gleich Sozialdemokratie ist; dass unter dem Dach derselben Partei sowohl radikalere als auch gemäßigtere Stimmen Gehör finden und es nicht nur einen parteienübergreifenden politischen Diskurs, sondern vor allem auch parteiinterne Aushandlungsprozesse gibt und braucht.

Eine Frage, die hier offenbleibt, ist die tatsächliche Wirkung dieser Machthandlungen auf die Bewohner*innen. Foucault folgend, hat der Mensch immer die Option sich zu diesen zu verhalten. Die Vorgabe durch den Raum ist nicht bindend, wie schon Lefebvre dargelegt hat, aber auch weitere Eingriffe durch die Einsetzung von „Überwachungspersonal“, der Aushändigung von Regelwerken oder

der Druck durch Mitbewohner*innen muss nicht zur Unterwerfung der Bewohner*innen führen. Die Bewohner*innen beleben den Raum, sie schaffen Lefebvres „Repräsentationsräume“. Sie eignen sich Raum an, machen etwas Eigenes daraus und bringen ihre individuelle Rolle ein – auch wenn im angestrebten Sozialismus das Kollektiv über dem Individualismus steht.

Einsicht in das tatsächliche Leben im kommunalen Wohnbau, auch im Karl-Marx-Hof, die Wahrnehmungen der Bewohner*innen und das reale Ausmaß an Kontrolle (nicht nur das schriftlich überlieferte) geben die analysierten Texte keine.

8 Fazit

Auf die Diskursanalyse und die Darstellung der Ergebnisse in Hinblick auf die konkreten Forschungsfragen soll nun ein globales Fazit folgen. Am Beginn dieses Forschungsvorhabens stand die Annahme, dass die Intensität, mit der der kommunale Wohnbau zur Zeit des Roten Wien betrieben wurde, nicht nur durch die vorherrschende Wohnungsnot und auch das Wohnelend erklärt werden kann, sondern die Gründe hierfür möglicherweise in einem sozialdemokratischen Blick auf Mensch und Gesellschaft liegen könnten.

Dazu soll ein Gedankenanstoß von Henning Schluß aufgegriffen werden, der sich mit Sozialismus in Verbindung mit Pädagogik auseinandersetzt. Die vorliegende Forschungsarbeit liefert Indizien, dass seine Argumentation auch in anderen Bereichen, wie beispielsweise in der Architektur, im Wohnbau und der Wohnpolitik anwendbar sind. Es stellt sich, in Anlehnung an Schluß, die Frage: Gehört es zum Wesen sozialistischer Architektur, funktional zu sein? (Schluß 2018) Diese Parallele ziehen zu wollen, ist forsch – und dennoch soll der Versuch gewagt werden. Im Grunde geht es darum, ob die Zuschreibung „sozialistisch“ nicht als so unterordnend, einschränkend und bestimmend wahrgenommen werden kann, dass die Architektur ihrer Eigenständigkeit als Disziplin beraubt wird. Soll die Architektur tatsächlich dem Sozialismus Untertan sein? Kann die Einordnung als „sozialistisch“ eventuell als ein unzulänglicher Versuch der Komplexitätsreduktion betrachtet werden?

Die Themen Architektur, Wohnbau und Wohnpolitik, die den Kern der vorliegenden Arbeit darstellen, bewegen sich in einem Diskursfeld, das einem ständigen Wandel unterliegt. Die Auseinandersetzung mit dem Wohnen kann Wahrnehmungen, Bedürfnisse und Herausforderungen aufzeigen, die jedoch auch immer einer zeitlichen, räumlichen, politischen und gesellschaftlichen Kontextualisierung bedürfen.

Auch wenn sich im Rahmen des Forschungsvorhabens gezeigt hat, dass ideologische Bestrebungen vorhanden sind, so muss dies doch relativiert werden. Allein die schriftlichen ideologischen Darlegungen einzelner politischer Akteur*innen zeigen nur einen kleinen Teil des großen Bildes.

„Die Intentionalität von Raum scheint sich nun so darzustellen, dass der Raum zwar kein subjekthaftes Wesen ist, das intentional handelt, sein Charakter aber individuell und komplex ist und letztlich in seiner Wirkung für den Menschen unverständlich und unvorhersehbar bleibt. Dies insbesondere,

weil sie eng mit der jeweiligen Subjektivität der Menschen, die im Raum sind, verknüpft ist“ (Klär 2020).

Der Faktor Mensch kann und darf in diesem Kontext nicht außen vor bleiben, eine klare Kausalität, eine eindeutig feststellbare Verbindung von Ursache und Wirkung, kann hier kaum festgestellt werden.

Wie bereits angedeutet, sind viele Handlungsbereiche im Zeitraum des Roten Wien zwischen Pragmatismus und Radikalität angesiedelt oder können anhand der analysierten Texte in beide Richtungen interpretiert werden.

Pragmatisch lassen sich beispielsweise Bestrebungen hinsichtlich Hygienisierung, Gesundheit und Fürsorge einordnen. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es große Probleme mit Krankheiten wie Tuberkulose, Syphilis oder Alkoholabhängigkeit, zudem war die Kindersterblichkeit nach dem Krieg um 100% angestiegen (Blau 2014).

Auch der Fokus auf dem Wohnbau lässt sich durch die gravierenden Herausforderungen seit der Vorkriegszeit begründen. Wohnungsnot und Wohnungselend mussten bekämpft werden, Maßnahmen wie der Mieterschutz wurden bereits vor dem Roten Wien erlassen, um eine Entschärfung der Lage zu erzielen, hatten aber nicht den gewünschten Erfolg. Durch den kommunalen Wohnbau konnten so Fortschritte in Bezug auf die ersten Punkte, nämlich Hygienisierung, Gesundheit und Fürsorge erzielt werden. Die Entscheidung für die Blockverbauung und gegen den mehrheitlichen Siedlungsbau kann durch Effizienz gut begründet werden. Die Anlage von städtischen Einrichtungen im Wohnbau erscheint sinnvoll, da bei gleichzeitiger Ansiedelung einer großen Anzahl von Menschen (im Karl-Marx-Hof etwa 5000 Bewohner*innen) auch eine erweiterte städtische Infrastruktur nötig wird.

Die Regelungen für das Leben im kommunalen Wohnbau sind nicht von der Hand zu weisen: Sauberkeit, Ordnung, Achtsamkeit und Rücksicht sind Aspekte, die für das Zusammenleben in einer großen Wohnanlage von Vorteil sind.

In Hinblick auf die diskutierten Kleinwohnungen (die beim zweiten großen Wohnbauprogramm des Roten Wien übrigens bereits größer ausfielen), wirkt die Ergänzung des begrenzten Wohnraums durch mehr Gemeinschaftsflächen sinnvoll.

„Mehr als in jeder anderen Stadt ist ein wesentlicher Teil des gesamten Bauprogramms eine Ergänzung durch gemeinsame Einrichtungen wie Kindergärten, Kinderhorte, Bäder, Zentralwaschanlagen, Volksbibliotheken und Gartenanlagen.“ (Schuster 1932)

Diese beispielhaft genannten Punkte würden in der Zusammenarbeit mit anderen Parteien, die nicht sozialistisch oder sozialdemokratisch ausgerichtet sind, vielleicht zu keinen größeren Diskussionen führen und könnten teilweise mehrheitsfähig sein. Die Herausarbeitung der politischen Positionen der Opposition wäre ein spannendes Forschungsdesiderat, aber auch eine genauere Einordnung des gesellschaftlichen Diskurses außerhalb der politischen Parteien wäre wichtig. Wie funktional ist die „sozialistische“ Architektur? Welche Bedürfnisse und Wünsche in Bezug auf Wohnen lassen sich herausarbeiten?

Zur Zeit des Roten Wien gab es aber durchaus Aspekte, die ideologischer besetzt sind, sind einerseits die progressive Besteuerung von Menschen mit höherem Einkommen, größeren Wohnungen und Vermögen, sowie die gerechtere Rückverteilung dieser Mittel in der Bevölkerung, wobei in den Texten auch von Sozialisation gesprochen wird, also der radikalen staatlichen Aneignung.

Weiters ist die Erziehung der Bewohner*innen zentral: unter anderem durch entsprechende Einrichtungen im Wohnbau (Bücherei, Mutterberatungsstelle, Kindergarten, etc.), durch Kontrolle mittels von der städtischen Wohnhäuserverwaltung eingesetzte Personen, durch Schriftstücke zu „richtigem“ Verhalten im Wohnhaus, durch Normalisierung einer angestrebten Lebensform (stabile heterogene Paarbeziehungen mit Kindern, wobei die Frau als Mutter und Hausfrau eingesetzt ist) und durch Erklärungen hinsichtlich einer „richtigen“ proletarischen Wohnweise. Das Vertrauen in den Kollektivismus und den Gemeinschaftssinn war von Seiten der Verwaltung wohl enden wollend. Die von Heinrich Steinitz geforderte Demokratisierung des kommunalen Wohnbaus, da ja der/die Bewohner*in Gut der Allgemeinheit verwaltet, lässt sich in den Texten über den Ist-Zustand des Wohnens im Roten Wien nicht erkennen.

Relativierend merkt dazu aber Blau an:

„(...) diese Verhältnisse waren nicht neu für proletarische Leben: Österreichs Gesellschaft war von jeher hierarchisch, autoritär und präskriptiv gewesen. Außerdem gab es, wie auch andere gezeigt haben, keine Tradition von Individualität oder gar demokratischer Praxis in Österreichs Gesellschaft, welche die Methoden der Fürsorgemitarbeiter mit dem, was als abartig galt, hätte beeinflussen können“ (Blau 2014).

Von den demokratischen Bestrebungen des Roten Wien bis hin zum autoritären Ständestaat war es historisch gesehen leider nur ein kurzer Weg.

Eine gewollte sozialistische Erziehung durch den Wohnraum selbst lässt sich kaum belegen, in den Texten gibt es dazu wenige Hinweise. Die Architektur war nicht gleichgeschaltet, sondern vielfältig und die Bauten wurden von unterschiedlichen Architekten konzipiert und geplant. Viel bedeutender waren offensichtlich die gemeinschaftlich genutzten Bereiche in den Wohnbauten:

„Viele der Gemeinschaftseinrichtungen der Gemeinde – die Ambulatorien, Beratungszentren, Büchereien, Spielplätze, Kindergärten, Jugendzentren, Turnhallen, Horte, Wäschereien, Zimmerwerkstätten, Theater, Kinos und Postämter wie auch die von der Stadt betriebenen Kaffeehäuser, Konsumgenossenschaftsläden und andere kommunale Einrichtungen und gelegentlich auch die Amtsräume verschiedener Magistratsabteilungen befanden sich in den neuen Wohnblocks. Durch die Zusammenführung von Arbeiterwohnungen mit den neuen sozialen und kulturellen Parteiorganisationen wurden die Gemeindebauten so zum Rahmen und zum eigentlichen Schauplatz intensiver sozialistischer Aktivität“ (Blau 2014).

Möglicherweise ist auch das der Ausdruck des sozialistischen Gedankens: Der Austausch findet nicht in den individualisierten, abgeschotteten Wohnräumen statt, sondern in den Bereichen für das Kollektiv, die jedoch selbst einer gewissen Kontrolle unterliegen.

Zudem muss in Bezug auf eine „sozialistische“ Architektur im Sinne von Lefebvre gesagt werden, dass seine Triade des Raums keinen Aspekt der Konstruktion sozialen Raumes über den anderen stellt. Alle drei Praxen der Raumproduktion stehen, Lefebvre folgend, gleichberechtigt nebeneinander und beeinflussen sich gegenseitig (Lefebvre 1991). Selbst wenn sowohl Planung als auch der konkrete Bau strikt nach ideologisch vorgegebenen Grundsätzen umgesetzt worden wäre, so liegt der Aneignungsprozess dennoch bei den Nutzer*innen. Welche Räume werden wie genutzt, adaptiert oder umgewidmet? Der Prozess der Aneignung endet nicht, er bewegt sich in einem ständigen Diskursfeld, das sich ändernde Bedürfnisse, Wünsche und Anforderungen einbezieht.

Diese Komplexität zeigt sich auch in den Anforderungen an den Staat beziehungsweise im Fall dieser Arbeit an die Gemeinde Wien. Im Verlauf der Diskursanalyse wurde Kritik an der Umsetzung des sozialistischen Weges durch die Sozialdemokratische Partei Deutschösterreichs herausgearbeitet. Winter kritisiert, dass die Stadt Wien zu wenig radikal handle, noch immer dem Kapitalismus unterworfen

sei und weit mehr im Kampf für den Sozialismus tun müsse (Winter 1924). Vielleicht überschätzt er aber auch die Macht des Staates beziehungsweise in diesem Fall der Stadt, zumindest Foucault folgend:

„Doch mit Sicherheit besaß der Staat weder in der Gegenwart noch im Verlauf seiner Geschichte je diese Einheit, diese Individualität, diese strikte Funktionalität und, ich würde sogar sagen, diese Bedeutung; letzten Endes ist der Staat vielleicht nur eine zusammengesetzte Wirklichkeit, eine zum Mythos erhobene Abstraktion, deren Bedeutung viel reduzierter ist, als man glaubt“ (Foucault 2021).

In der Komplexität rund um das Thema Wohnen sind so auch vermeintlich entscheidende Faktoren oder Zielsetzungen nur einzelne Aspekte im großen Zusammenspiel vieler verschiedener Kräfte – von gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Ebene bis hin zum Individuum.

9 Ausblick und Forschungsdesiderate

Das Rote Wien von 1919 bis 1934 war ein wichtiges Kapitel der Wiener Geschichte, mit Auswirkungen noch weit nach ihrem Ende. Tatsächlich waren alle Bürgermeister der Ersten und der Zweiten Republik bislang Sozialdemokraten (und männlichen Geschlechts). Entstanden in einer Zeit großer politischer und gesellschaftlicher Umbrüche wurden damals viele wegweisende Entscheidungen getroffen, unter anderem im Bereich der Wohnpolitik.

Trotz der beachtlichen Erfolge im Wohnbau nahm die Ära des Roten Wien aber ein jähes und tragisches Ende, oder zumindest gab es eine Unterbrechung. Die zunehmende Radikalisierung in Österreich konnte nicht gestoppt werden. Der Umgang mit den Wiener Gemeindebauten während der Zeit des Nationalsozialismus wird gegenwärtig im Rahmen einer DÖW-Studie erforscht. Dabei wird unter anderem die systematische Vertreibung und Verfolgung von Mieter*innen im kommunalen Wohnbau aufgedeckt und die ideologische Komponente in der Wohnungspolitik hervorgehoben (Stadt Wien 2025).

Auch heute ist das bauliche Erbe des Roten Wien immer noch an vielen Ecken der Stadt zu entdecken. Die Stadt Wien bewirtschaftet mittlerweile 220 000 Wohnungen – die Vergabe ist immer noch an einem Vergabeschlüssel orientiert. Dieser hat sich zwar über die Jahrzehnte verändert, gewisse Bereiche sind aber unverändert geblieben (zum Beispiel Überbelag, krankheitsbedingter Wohnbedarf, Haushaltsgründung). Im Jahr 2021 lebten etwa 500 000 Wiener*innen in einem Gemeindebau, also gerundet jede/r vierte Wiener*in (Stadt Wien 2021).

Ein Wohnblock wie beispielsweise der Karl-Marx-Hof erfüllte zudem bereits damals die Voraussetzungen für eine 15-Minuten-Stadt, also ein Baukonzept, in dem alle wichtigen Einrichtungen des Alltags innerhalb von 15 Minuten zu Fuß, mit dem Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können – ein stadtplanerisches Konzept, das in den letzten Jahren an Bekanntheit gewonnen hat.

Der Gemeindebau ist kein historisches Relikt, sondern noch immer ist die Stadt Wien einer der größten Bauträger von Wohnprojekten in Wien.

Doch nicht nur die kommunalen Wohnbauten prägen das heutige Wien nachhaltig. Es gibt viele andere Maßnahmen, die in der Zeit des Roten Wien ihren Ursprung fanden. Das beispielsweise von Julius Tandler ins Leben gerufene Säuglingspaket, das mit den Worten „Kein Wiener Kind darf auf Zeitungspapier geboren werden“ beworben wurde und ein Inbegriff der Fürsorgebewegung war, wie

es sich auch in den großen kommunalen Wohnbauten zeigte, enthielt kostenlose Windeln und Kleidung für Neugeborene (Blau 2014). Heute noch verteilt die Stadt Wien Wickelrucksäcke, die mit Kleinigkeiten für werdende und frisch gebackene Eltern gefüllt sind.

Neben einer Vertiefung und Erweiterung der vorliegenden Arbeit gäbe es unzählige weitere Aspekte, die den kommunalen Wohnbau der Stadt Wien, oder auch den Karl-Marx-Hof im Speziellen, für die weitere Forschung interessant machen. Die vorliegende Arbeit hat sich mit einem kleinen Puzzleteil in der Erforschung des Roten Wien auseinandergesetzt. Es sind noch viele Möglichkeiten der Auseinandersetzung erstrebenswert:

Wie hat sich zur Zeit des Roten Wien die politische Opposition gestaltet? Wurden Entscheidungen mitgetragen oder boykottiert? Da die Sozialdemokratische Partei Deutschösterreichs bei den Wahlen mit absoluten Mehrheiten ausgestattet war, kam ihr viel politische Macht zu. Dennoch wäre es interessant, den Standpunkt der Gegenseite zu den politischen Entwicklungen und Reformen zu beleuchten.

Es könnte weiters die dritte Ebene der Triade des Raums nach Lefebvre herausgearbeitet werden, die sich mit den Repräsentationsräumen im kommunalen Wohnbau der Stadt Wien auseinandersetzt. Wie wurde den Machthandlungen im Gemeindebau begegnet? Welche Widerständigkeiten lassen sich nach Foucault aufdecken? Leider können dazu kaum mehr Zeitzeug*innen befragt werden, da der Zeitraum des Roten Wien bereits weit in der Vergangenheit liegt. Existierende Interviews könnten dazu aber herangezogen werden.

Zudem könnte die Frage behandelt werden, wie sich die Machtstrukturen im Gemeindebau über den Lauf der Jahrzehnte verändert haben, beispielhaft könnten hier zum Beispiel die Verwaltungsstrukturen der Stadt Wien in Bezug auf kommunalen Wohnbau behandelt werden oder ein Vergleich der Hausordnungen. Inwieweit kam es hier zu Anpassungen?

In dieser Arbeit werden, obwohl einer politischen Richtung angehörend, verschiedene Ansichten in den ausgewählten Analysetexten dargelegt. Spannend wäre beispielsweise die Beschäftigung mit der Herausarbeitung des Standpunktes eines Mediums, das könnte die Arbeiter-Zeitung über einen gewissen Zeitraum zwischen 1919 und 1934 sein. Wie wird in dieser Blattlinie über die Themen Wohnen und Bewohner*innen berichtet?

Auch die Analyse von Aneignungsprozessen wäre ein spannendes Forschungsfeld. Wie hat sich der Karl-Marx-Hof in den Jahrzehnten seines Bestehens verändert und wie wurde er auch von den Bewohner*innen mitgestaltet? Welche Einrichtungen der Anfangszeit bestehen noch bzw. wurden aufgelöst oder sind nun einem anderen Zweck als ursprünglich vorgesehen dienlich? So wurden im Lauf der Jahre unter anderem Aufzüge eingebaut, Badezimmer in den Wohneinheiten errichtet (Gieselmann 1978), Wohnungen zusammengelegt (von 1382 Wohnungen schrumpfte die Anzahl auf 1270 [Gemeinde Wien 1930; Autengruber und Schwarz 2023]) und Gemeinschaftsräume umgewidmet (beispielsweise die Dauerausstellung „Das Rote Wien im Waschsalon“).

Eine weitere spannende Facette wäre in Hinblick auf die Mieter*innen im kommunalen Wohnbau auch das Verhältnis von Raum und Anerkennung. Welche Hierarchien und Machtverhältnisse lassen sich, neben den in dieser Arbeit freigelegten, noch identifizieren? Diesem Thema geht unter anderem Johanna Klär in ihrer Publikation zu Bildungsräumen nach (Klär 2020).

Vergleichsstudien mit anderen kommunalen Wohnbauprojekten und deren Umsetzung beziehungsweise deren Einbettung in das politische Umfeld wären denkbar, um die Alleinstellungsmerkmal des Roten Wien auf den Prüfstand zu stellen. Wie stellt sich die Lage in anderen österreichischen Bundesländern dar? In welchen Ländern gibt es ähnliche Ansätze?

Das Rote Wien wird durch seine vielfältigen Reformen jedenfalls noch viele weitere Möglichkeiten zur Erforschung bieten.

10 Literaturverzeichnis

Adler, Max (1924): Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung. Berlin: E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung.

Adler, Viktor (1893): Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und das Wahlunrecht in Österreich. Wien: L. A. Bretschneider (Wiener Politische Volksbibliothek, IV. Heft). Online verfügbar unter https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/metadata/AC03181454_XAW12084107/, zuletzt geprüft am 26.06.2024.

Austerlitz, Friedrich (1927): Die Mörder von Schattendorf freigesprochen! In: Arbeiter-Zeitung, 15.07.1927 (193), S. 1.

Autengruber, Peter; Schwarz, Ursula (2023): Lexikon der Wiener Gemeindebauten. Namen, Denkmäler, Sehenswürdigkeiten. 3., überarbeitete Auflage, Stand: 1. Oktober 2023. Wien: Wundergarten.

Bauer, Lilli; Bauer, Werner T. (2019): Der Karl-Marx-Hof. "Schaut! -, das ist ein Stück Marxismus!". In: Werner Michael Schwarz, Georg Spitaler und Elke Wikidal (Hg.): Das Rote Wien. 1919 - 1934: Ideen, Debatten, Praxis. Wien, Basel: Wien Museum; Birkhäuser, S. 199–203.

Blau, Eve (2014): Rotes Wien: Architektur 1919-1934. Stadt - Raum - Politik. Wien: AMBRA |V.

Brandstätter, Christian (Hg.) (1986): Stadtchronik Wien. 2000 Jahre in Daten, Dokumenten u. Bildern. 1. Aufl. Wien: Brandstätter.

Breitner, Hugo (1922): Proletarische Steuerpolitik. In: Arbeiter-Zeitung 34, 01.01.1922 (Nr. 1), S. 4–5. Online verfügbar unter <https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19220101&zoom=33>, geprüft am 26.06.2024.

Bundesamt für Statistik (1931): Die Nationalratswahlen vom 30. November 1930. Online verfügbar unter https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/files/NRW_1930.pdf.

Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich (01.05.1934): 1. Kundmachung: Verfassung 1934 1934. Online verfügbar unter <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=bgl&datum=1934&page=33&size=45>, zuletzt geprüft am 28.04.2024

Bundeskanzleramt (2024): Bundeskanzler seit dem Jahr 1918. Wien. Online https://www.oesterreich.gv.at/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_

demokratie/demokratie-und-wahlen/demokratie/4/Seite.22300022.html, zuletzt geprüft am 23.06.2024.

Deutschösterreichischer Städtebund (ca. 1925): Die gesunde Volkswohnung. Ein Überblick über die Tätigkeit der Stadt Wien seit dem Kriegsende zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Hebung der Wohnkultur. Wien: Verlag Deutschösterreichischer Städtebund.

Forum Politische Bildung (1998): Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte. Innsbruck, Wien (Sonderband der Informationen zur Politischen Bildung). Online verfügbar: https://www.demokratiezentrum.org/wp-content/uploads/2021/07/fpb_ausrufung-der-republik-1918.pdf, zuletzt geprüft am 26.06.2024.

Foucault, Michel (2021): Analytik der Macht. 9. Auflage 2021. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1759).

Gemeinde Wien (1930): Der Karl Marx-Hof. Die Wohnhausanlage der Gemeinde Wien auf der Hagenwiese in Heiligenstadt. Wien: Thalia.

Gieselmann, Reinhard (Hg.) (1978): Der Karl-Marx-Hof. Prolegomena. Arbeitsblätter des Instituts für Wohnbau und Entwerfen 3 an der Technischen Universität Wien. Prolegomena 7 (1). Wien: Prolegomena Institut für Wohnbau.

Heindl, Gabu (2022): Stadtkonflikte. Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung. 3., überarbeitete Auflage. Wien, Berlin: Mandelbaum Verlag.

Internationaler Verband für Wohnungswesen (Hg.) (1932): Das Wohnungswesen der Stadt Wien. Housing in Vienna. L'habitation à Vienne. Frankfurt am Main. Online verfügbar unter <https://resolver.obvsg.at/urn:nbn:at:AT-WBR-131113>, zuletzt geprüft am 29.06.2024.

Jaeger, Roland (2020): Blick in eine imaginäre Bibliothek der Bücher vom Bauen. Zur deutschen Architekturpublizistik zwischen Weltkrieg und Wirtschaftskrise. In: Harald R. Stühlinger und Gerhard Murauer (Hg.): Rotes Wien publiziert. Architektur in Medien und Kampagnen. Wien, Berlin: Mandelbaum Verlag, S. 83–98.

Jäger, Siegfried (2015): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 7., vollständig überarbeitete Auflage. Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 3).

K. K. Statistische Zentralkommission (1912): Die Ergebnisse der Reichsratswahlen in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern im Jahre 1911. Wien: Karl Gerolds Sohn (Österreichische Statistik, 7. Band) (Heft 1).

Online verfügbar unter der URL <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=ost&datum=0007&page=3&size=45>, zuletzt geprüft am 28.04.2024.

Kähler, Gert (2007): Die gewaltige Bautätigkeit im Wien der Zwischenkriegszeit. Die neue Wohnung als neue Qualität - Der Gemeindewohnungsbau der Zwischenkriegszeit. In: Gerald Kriechbaum und Genoveva Kriechbaum (Hg.): Karl-Marx-Hof. Versailles der Arbeiter; Wien und seine Höfe. Unter Mitarbeit von Gerald Zugmann. 1. Aufl. Wien: Holzhausen, S. 12–21.

Klär, Johanna (2020): Bildungsräume als Schlachtfeld. Zum Verhältnis von Raum und dem Kampf um Anerkennung. Berlin: Logos Verlag (Beiträge zu Bildungstheorie und Bildungsforschung, Band 14).

Konrad, Helmut (2019): Das Rote Wien. In: Helmut Konrad und Gabriella Hauch (Hg.): Hundert Jahre Rotes Wien. Die Zukunft einer Geschichte. 1. Auflage. Wien: Picus Verlag (Wiener Vorlesungen, Band 193), S. 11–52.

Konstituierende Nationalversammlung (1919): Vorlage der Staatsregierung betreffend den am 10. September 1919 unterfertigten Staatsvertrag von Saint-Germain mit den alliierten und assoziierten Mächten, samt drei Annexen (379 der Beilagen). Online verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/KN/I-KN/379/imfname_719383.pdf, zuletzt geprüft am 28.04.2024.

Kriechbaum, Gerald; Kriechbaum, Genoveva (Hg.) (2007): Karl-Marx-Hof. Versailles der Arbeiter; Wien und seine Höfe. Unter Mitarbeit von Gerald Zugmann. 1. Aufl. Wien: Holzhausen.

Kudryashova, Aleks; Schwarz, Werner Michael (2020): Stadtplanung. In: Rob McFarland, Georg Spitaler und Ingo Zechner (Hg.): Das Rote Wien. Schlüsseltexte der Zweiten Wiener Moderne 1919-1934. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 495–514.

Land Niederösterreich-Land (29.12.1921): 346. Verfassungsgesetz vom 29. Dezember 1921, womit ein selbständiges Land Wien gegründet wird (Trennungsgesetz). Fundstelle: ÖNB-ALEX. In: Landesgesetzblatt für das Land Niederösterreich-Land.

Land Wien (1924): Verfassungsgesetz, womit ein selbständiges Land Wien gebildet wird (Trennungsgesetz). V 10-000 - Trennungsgesetz. Online verfügbar unter der URL <https://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/rechtsvorschriften/pdf/v0100000.pdf>, diese wurde zuletzt geprüft am 23.06.2024.

Landwehr, Achim (2018): Historische Diskursanalyse. 2., aktualisierte Auflage. Frankfurt, New York: Campus Verlag (Historische Einführungen, Band 4).

- Lefebvre, Henri (1991): *The Production of Space // The production of space*. Translated by Donald Nicholson-Smith. Malden, Oxford, Carlton-Melbourn: Blackwell publishing. Online verfügbar unter https://monoskop.org/images/7/75/Lefebvre_Henri_The_Production_of_Space.pdf.
- Link, Jürgen (2006): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. 3., erg., überarb. und neu gestaltete Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Magistratsabteilung 17 (1928): *Merkbüchlein für Mieter in den Volkswohnhäusern*. Wien: Verlag "Gewista".
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1872): *Das kommunistische Manifest*. Neue Ausgabe. Leipzig: Verlag der Expedition der "Volksstaat".
- McFarland, Rob; Spitaler, Georg; Zechner, Ingo (Hg.) (2020): *Das Rote Wien. Schlüsseltexte der Zweiten Wiener Moderne 1919-1934*. Forschungsnetzwerk BTWH. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Meyer-Drawe, Käte (2012): *Diskurse des Lernens*. 2. Auflage. 2nd ed. Boston: BRILL. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=6515033>.
- Nemec, Birgit (2020): *Gesundheit und Sozialhygiene*. In: Rob McFarland, Georg Spitaler und Ingo Zechner (Hg.): *Das Rote Wien. Schlüsseltexte der Zweiten Wiener Moderne 1919-1934*. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 341–366.
- Neumann, Ludwig (1932): *Wiener Siedlungen*. In: Internationaler Verband für Wohnungswesen (Hg.): *Das Wohnungswesen der Stadt Wien. Housing in Vienna. L'habitation à Vienne*. Frankfurt am Main, S. 17–24.
- Oesterreichische Nationalbank (2020): *Österreichische Geldgeschichte: Vom Mittelalter bis zum Euro*. Wien: Oesterreichische Nationalbank. Online verfügbar unter https://www.oenb.at/dam/jcr:d8e98a25-eea2-4229-bd50-35ff41c6e7d0/oesterreichische_geldgeschichte_flipbook_2.pdf, zuletzt geprüft am 23.06.2024.
- Öhlinger, Walter (Hg.) (1993): *Das Rote Wien, 1918 - 1934*. Historisches Museum der Stadt Wien, 17.6. - 5.9.1993. Historisches Museum der Stadt Wien. Wien: Eigenverl. der Museen der Stadt Wien (Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 177).

Öhner, Vrääth (2020): Verfassung, Gesetzgebung und Rechtsprechung. In: Rob McFarland, Georg Spitaler und Ingo Zechner (Hg.): Das Rote Wien. Schlüsseltexte der Zweiten Wiener Moderne 1919-1934. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 21–23.

Oldewarris, Hans (2020): Das Rote Amsterdam. Bauen und Publizieren für die Arbeiterklasse. In: Harald R. Stühlinger und Gerhard Murauer (Hg.): Rotes Wien publiziert. Architektur in Medien und Kampagnen. Wien, Berlin: Mandelbaum Verlag, S. 99–109.

Podbrecky, Inge (2013): Rotes Wien. Gehen, sehen und genießen; fünf Routen zu gebauten Experimenten; vom Karl-Marx-Hof bis zur Werkbundsiedlung. 2., rev. Ausg. Wien: Falter (Falter CityWalks).

Popp, Julius; Häfner, H. (1888): Verhandlungen des Parteitages der Österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld. Wien: L. A. Bretschneider, 30.12.1888.

Rahman, Sabrina (2019): Mit der Westbahn nach West Yorkshire. Die Wohnbauten von Quarry Hill und der Internationalismus des Roten Wien. In: Werner Michael Schwarz, Georg Spitaler und Elke Wikidal (Hg.): Das Rote Wien. 1919 - 1934: Ideen, Debatten, Praxis. Wien, Basel: Wien Museum; Birkhäuser, S. 274–277.

Rathkolb, Oliver; Autengruber, Peter; Nemec, Birgit; Wenninger, Florian (2013): Straßennamen Wiens seit 1860 als "Politische Erinnerungsorte". Forschungsendbericht. Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7). Online verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf>.

Rathmanner, Laura (2016): Die Reparationskommission nach dem Staatsvertrag von St. Germain. In: Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs, S. 74–98. Online verfügbar unter <https://www.austriaca.at/0xc1aa5576%200x0033efdf.pdf>.

Reinprecht, Christoph (2019): Kommunalen Wohnbau anderswo. Vorbilder und Gegenbilder. In: Werner Michael Schwarz, Georg Spitaler und Elke Wikidal (Hg.): Das Rote Wien. 1919 - 1934: Ideen, Debatten, Praxis. Wien, Basel: Wien Museum; Birkhäuser, S. 266–273.

Reppé, Susanne (1993): Der Karl-Marx-Hof. Geschichte eines Gemeindebaus und seiner Bewohner. Wien: Picus-Verl.

Republik Österreich Parlamentsdirektion (2023): Die Wahlrechtsreform 1907. Online verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/unterlagen/Die_Wahlrechtsreform_1907.pdf, zuletzt aktualisiert am 03.01.2023, zuletzt geprüft am 26.06.2024.

Reumann, Jakob (1919): Antrittsrede des Bürgermeisters Jakob Reumann in der konstituierenden Gemeinderatssitzung vom 22. Mai 1919. Wien: Verlag des Magistrates. Online verfügbar unter <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrobv/content/titleinfo/2052761>, zuletzt geprüft am 26.06.2024.

Schluß, Henning (2018): Sozialismus, Pädagogik und Funktionalität. Oder: Gehört es zum Wesen sozialistischer Pädagogik, funktional zu sein? In: Sebastian Engelmann und Robert Pfützner (Hg.): Sozialismus & Pädagogik. Bielefeld, Germany: transcript Verlag (Pädagogik), S. 217–234.

Schroer, Markus (2013): Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums. 1. Aufl., neue Ausg. Berlin: Suhrkamp.

Schuster, Franz (1932): Vorwort. In: Internationaler Verband für Wohnungswesen (Hg.): Das Wohnungswesen der Stadt Wien. Housing in Vienna. L'habitation à Vienne. Frankfurt am Main, S. 1–2.

Schuster, Franz; Schacherl, Franz (1926): Proletarische Architektur. In: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift 19 (1), S. 34–39.

Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich (15.11.1918): 5. Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich. StGBI 5/1918. Fundstelle: ALEX/Österreichische Nationalbibliothek. Online verfügbar unter der URL <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=1918&page=26&size=20>, zuletzt geprüft am 28.04.2024.

Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich (14.03.1919): 174. Gesetz über die Staatsform. StGBI 174/1919. Fundstelle: ALEX/Österreichische Nationalbibliothek 1919. Online verfügbar unter <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=19190004&seite=00000399>, geprüft am 21.04.2024.

Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich (10.04.1919): 209. Gesetz, betreffend die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen. StGBI 209/1919. Fundstelle: ALEX/Österreichische Nationalbibliothek 1919. Online verfügbar unter <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=19190004&seite=00000513>, zuletzt geprüft am 21.04.2024.

Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich (21.07.1920): 303. Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919. StGBI 303/1920. Fundstelle: ALEX/Österreichische Nationalbibliothek 1920. Online verfügbar unter <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=19200004&seite=00000995>, zuletzt geprüft am 21.04.2024.

Stadt Wien (2018): Wiener Bürgermeister - chronologische Liste. Online verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/bgmliste.html>, zuletzt geprüft am 27.06.2024.

Stadt Wien (2021): Der Wiener Gemeindebau. Geschichte, Daten, Fakten. Wien. Online verfügbar unter <https://www.wienerwohnen.at/dms/workspace/SpacesStore/d88e28a4-58d9-41af-89e6-a0e19dfb2d49/WW10720-Wiener-Gemeindebau-WEB-deutsch.pdf>, zuletzt geprüft am 11.07.2024.

Stadt Wien (2025): Der Wiener Gemeindebau während der NS-Zeit: DÖW-Studie beleuchtet Geschichte vertriebener und verfolgter Mieter*innen. Rathauskorrespondenz vom 06.04.2025. Hg. v. Stadt Wien. Online verfügbar unter <https://presse.wien.gv.at/presse/2025/04/06/der-wiener-gemeindebau-waehrend-der-ns-zeit-doew-studie-beleuchtet-geschichte-vertriebener-und-verfolgter-mieter-innen>, zuletzt geprüft am 27.04.2025.

Statistische Zentralkommission (1919): Die Wahlen für die Konstituierende Nationalversammlung. 1. Vorläufige Statistische Ergebnisse. Wien (Beiträge zur Statistik Deutschösterreichs). Online verfügbar unter https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/files/NRW_1919.pdf, zuletzt geprüft am 28.04.2024.

Steinitz, Heinrich (1929): Soziales Wohnrecht. In: Soziales Wohnrecht. Zeitschrift für Soziales Recht 1 (4). Wien, S. 238–250.

Stühlinger, Harald R. (2020): Einleitung. In: Harald R. Stühlinger und Gerhard Murauer (Hg.): Rotes Wien publiziert. Architektur in Medien und Kampagnen. Wien, Berlin: Mandelbaum Verlag, S. 11–21.

Stühlinger, Harald R.; Murauer, Gerhard (Hg.) (2020): Rotes Wien publiziert. Architektur in Medien und Kampagnen. Wien, Berlin: Mandelbaum Verlag.

Tandler, Julius (1925): Wohltätigkeit oder Fürsorge? Wien: Verlag der Organisation Wien der Sozialdemokratischen Partei.

Thaller, Leopold (Hg.) (1927): Unsere Bücher. Bücherverzeichnis der Arbeiterbücherei Meidling. Wien: Verlag der Arbeiterbücherei Meidling.

Vasold, Georg; Kudryashova, Aleks (2020): Architektur. In: Rob McFarland, Georg Spitaler und Ingo Zechner (Hg.): Das Rote Wien. Schlüsseltexte der Zweiten Wiener Moderne 1919-1934. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 517–542.

Weber, Anton (1926): V. Abschnitt: Sozialpolitik und Wohnungswesen. In: Städtewerk "Das Neue Wien" (Hg.): Das neue Wien: Städtewerk. Band 1. Unter Mitarbeit von Hrsg. unter offizieller Mitw. d. Gemeinde Wien. Wien: Elbemühl, S. 91–316.

Weber, Anton; Musil, Robert; Pawlik, Heinrich (1932): Der Wohnungsbau der Stadt Wien und seine wohnbaupolitischen Grundlagen. In: Internationaler Verband für Wohnungswesen (Hg.): Das Wohnungswesen der Stadt Wien. Housing in Vienna. L'habitation à Vienne. Frankfurt am Main, S. 2–51.

Weihsmann, Helmut (2019): Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934. 3. Auflage. Wien: Promedia (Edition Spuren).

wien 3420 aspern development AG (Hg.) (2024): Aspern Seestadt Factsheet. Online verfügbar unter https://www.aspern-seestadt.at/jart/prj3/aspern/data/uploads/DE_Factsheet_20240125.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2024.

Wiener Landtag (03.02.1930): Landesgesetzblatt für Wien. 11. Bauordnung für Wien. Online verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/landesgesetzblatt/jahrgang/1954ua/pdf/lg1930003.pdf>, zuletzt geprüft am 29.06.2024.

Wiener Stadt- und Landesarchiv, Magistratsabteilung 350, A 1 (1938): 1204 /1938: Benennung von Verkehrsflächen. Online verfügbar unter der URL https://www.wien.gv.at/actaproweb2/benutzung/archive.xhtml?id=Akt+++++ 00004177m08ber#Akt____00004177m08ber, diese wurde für die vorliegende Arbeit zuletzt geprüft am 24.Juni 2024.

Wiener Wohnen (2017): Hereinspaziert! Open House Wien. Online verfügbar: https://www.wienerwohnen.at/.imaging/stk/ww/content-large/dmsworkspace/SpacesStore/b85d5074-d27b-404b-ad6d-57ce0cd2a80d/TOP_Internet_Open_House.jpg, zuletzt geprüft am 12.06.2025.

Wiener Wohnen (2021): Service-Karte. Online verfügbar unter <https://www.wienerwohnen.at/mieterin/servicemieterin/Servicekarte.html>, zuletzt geprüft am 12.06.2025.

Wiener Zeitung (1918a): Manifest Kaiser Karl I. In: Wiener Zeitung 1918, 17.10.1918 (Extra-Ausgabe, Nr. 240). Online verfügbar unter https://anno.onb.ac.at/pdfs/ONB_wrz_19181017.pdf, zuletzt geprüft am 28.04.2024.

Wiener Zeitung (1918b): Kundgebung Kaiser Karl. In: Wiener Zeitung 1918, 11.11.1918 (Extra-Ausgabe; Nr. 261). Online verfügbar unter https://anno.onb.ac.at/pdfs/ONB_ext_19181111.pdf, zuletzt geprüft am 28.04.2024.

Winter, Max (1924): Das Kind und der Sozialismus. Berlin: J. H. W. Dietz Nachfolger.

Beiträge zu Bildungstheorie und Bildungsforschung

ISSN 2364-4249

- | | | | |
|---|-----------------------|---|-----------|
| 1 | Christina Schlesinger | Fremdes und Anderes in der Bildungstheorie
Wilhelm von Humboldts
ISBN 978-3-8325-3952-8 | 33.50 EUR |
|---|-----------------------|---|-----------|

In einer komplexen Welt ist die Fähigkeit, mit Fremdem und Anderem umzugehen, entscheidend. Dieses Buch zeigt, dass schon Wilhelm von Humboldt Fremdheit als Triebkraft für Bildung begriff.

- | | | | |
|---|-----------------|--|-----------|
| 2 | Manfred Wiedner | Selbstbestimmtes Subjekt? Über Fördermöglichkeiten und
Gefährdungen menschlicher Selbstbestimmung nach
Immanuel Kant
ISBN 978-3-8325-4063-0 | 34.50 EUR |
|---|-----------------|--|-----------|

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit Fördermöglichkeiten und Gefährdungen menschlicher Selbstbestimmung nach Immanuel Kant. Es wird den grundlegenden Fragen nachgegangen, wie selbstbestimmt das Subjekt bei Immanuel Kant ist und welche pädagogischen Möglichkeiten er sieht, die Autonomie des Subjekts zu fördern.

- | | | | |
|---|------------------|---|-----------|
| 3 | Antonia Paljakka | Bullying als kinderrechteverletzende Praxis. Ein Vergleich
der österreichischen und finnischen
Anti-Bullying-Strategien
ISBN 978-3-8325-4637-3 | 37.00 EUR |
|---|------------------|---|-----------|

Dieser Band widmet sich dem Thema Bullying bzw. Mobbing unter Schüler*innen und untersucht es aus bildungswissenschaftlicher Perspektive. Nach der Erörterung der kinderrechteverletzenden Dimension dieses sozialen Phänomens werden die österreichischen und finnischen Anti-Bullying-Strategien analysiert und verglichen.

- | | | | | |
|---|------------------------------|---|------------------------|-----------|
| 4 | Kim Dusch, Katharina Gredler | Der Diskurs um die Konkurrenzgesellschaft in Theorie und Praxis | ISBN 978-3-8325-4664-9 | 34.50 EUR |
|---|------------------------------|---|------------------------|-----------|

Viele Vertreter:innen des Konkurrenzgesellschaftsdiskurses sind sich einig: Der moderne Mensch verschreibe sich dem Konkurrenz- und Leistungsdenken, richte sich und seine Beziehungen danach aus und ihm bleibe kein Raum für Menschlichkeit und (soziale) Bildung mehr. Welche Thesen hierzu von ausgewählten Autor:innen vorgebracht werden und ob diese sich so bei einer Stichprobe von Schüler:innen und Lehrer:innen wiederfinden lassen, diesen Fragen widmet sich die vorliegende Publikation.

- | | | | | |
|---|-------------|---------------------------------------|------------------------|-----------|
| 5 | Tamara Peer | Transition Kindergarten – Grundschule | ISBN 978-3-8325-4687-8 | 40.00 EUR |
|---|-------------|---------------------------------------|------------------------|-----------|

Im vorliegenden Beitrag wird aufgezeigt, dass es bei der Gestaltung kindgerechter Übergänge von elementaren Bildungseinrichtungen in die Grundschule nicht darum geht, Maßnahmen zu entwickeln, die auf alle Institutionen übertragbar sind. Entscheidend erscheint vielmehr, den Blick auf die spezifischen Bedingungen jener Einrichtungen zu richten, die in Fragen der Bildungsgerechtigkeit besonders gefordert sind.

- | | | | | |
|---|------------------------|--|------------------------|-----------|
| 6 | Sandra Matschnigg-Peer | Herkunftsbedingte Bildungsdisparität an der Wiener Grundschule | ISBN 978-3-8325-4688-5 | 39.50 EUR |
|---|------------------------|--|------------------------|-----------|

Der vorliegende Band zeigt, wie Bildungswege in der Wiener Grundschule von sozialen Ungleichheiten geprägt sind, indem er ungleichheitstheoretische Ansätze mit der Darstellung schulischer Realitäten verknüpft. Leitfadengestützte Interviews mit Grundschüler:innen eröffnen ein lebendiges Bild davon, wie herkunftsbedingte Unterschiede wahrgenommen und erlebt werden. Ein Buch, das dazu einlädt, Bildungsungleichheit aus der Perspektive der Lernenden zu betrachten.

7 Jasmin Mersits

Kindliche Mehrsprachigkeit in Bildungsinstitutionen
zwischen Wert und Abwertung. Eine Fallstudie am
Exempel einer burgenländischen Volksschule
ISBN 978-3-8325-4693-9 38.50 EUR

Dieser Band untersucht den Umgang mit kindlicher Mehrsprachigkeit im österreichischen Schulsystem, analysiert vorhandene Machtstrukturen und fokussiert die Sichtbarmachung von (institutioneller) Wertschätzung oder Geringschätzung gegenüber einer multilingualen Schüler:innenschaft.

8 Maria-Nefeli
Oikonomou

The Role of Education in Societal Development. A
Comparative Study of Paulo Freire's and John Dewey's
Selected Works
ISBN 978-3-8325-4765-3 33.50 EUR

Education is examined under the lens of two 20th century inspirational thinkers and educators, Paulo Freire and John Dewey. The comparative analysis of their work aims to contribute to contemporary discourses in education and societal change.

9 Livia Ramos

„Geflüchtete und Smartphones“ im medialen Diskurs.
Eine Analyse der symbolischen Repräsentationen von
Macht(-verhältnissen)
ISBN 978-3-8325-4787-5 34.00 EUR

Im Sommer 2015 erreichten tausende Fluchtmigrierende die europäischen Grenzen. Die Tatsache, dass viele in Westeuropa ankommende Geflüchtete Smartphones besaßen, hat in Teilen der deutschen und österreichischen Bevölkerung für Empörung gesorgt. Daraufhin erschienen Artikel über die Gründe für den Besitz und die Benutzung von Smartphones außerhalb Europas und im Zusammenhang mit Flucht. Ausgehend von der These, dass der Smartphonebesitz von den Neuankommenden die imaginierte Grenze zwischen 'Wir' und 'Nicht-Wir' ins Wanken bringen lässt, werden die aus dem Diskurs zu entnehmenden Versuche diese Grenze zu (de)stabilisieren in deren Ambivalenz untersucht.

- 10 Katharina Danner Widersprechen in vereinnahmenden Verhältnissen.
Eine Untersuchung zur Möglichkeit bildungstheoretischer
Einsprüche innerhalb der und gegen die gegenwärtigen
hochschulpolitischen Entwicklungen in Anschluss an die
machtkritischen Arbeiten Foucaults
ISBN 978-3-8325-4835-3 37.00 EUR

Spätestens mit Umsetzung des sogenannten „Bologna-Prozesses“ an den europäischen Hochschulen, wuchs auch die Kritik an damit einhergehenden Strukturanpassungen. Das vorliegende Buch fokussiert diese Entwicklungen an österreichischen Hochschulen im Kontext der europäischen Integration seit den 1990er Jahren. Dabei stehen vor allem die Konsequenzen für Universitäten als Orte der Kritik und des Widerspruches zur Diskussion. Darüber hinaus zieht die Autorin aber auch Bilanz über die ökonomisierungskritische Arbeiten der letzten Jahre und zeigt – im Sinne einer Kritik der Kritik – deren Lücken auf.

- 11 Felix Penzias The Discontinuous Learning Journey.
The Hero's Journey as a Discontinuous Learning Metaphor
ISBN 978-3-8325-4855-6 35.50 EUR

This books central concern is a very special learning process. This process does not follow continuous patterns, but it entails our most self-altering and sustainable learning experiences. In a metaphorical attempt this book opens up fascinating parallels to the structure of a storytelling framework called the heroes journey.

- 12 Nazime Öztürk Der Zugang zu elementarpädagogischen Einrichtungen in
Wien. Eine Bestandsaufnahme
ISBN 978-3-8325-4936-7 33.00 EUR

Im Fokus dieses Buches steht die Gestaltung des Zugangs zu elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in Wien, einschließlich der konkreten Zugangskriterien und -prozesse. Untersucht wird, wie Eltern und Schulleitungen diese Kriterien erleben und inwiefern sie sich ungleichheitsrelevant auf individuelle Bildungsverläufe auswirken.

- 13 Dominik Hermann Emotion und Bewusstsein in der Bildungswissenschaft.
Matzinger Neurowissenschaftliche und phänomenologische Ansätze
in der Diskussion
ISBN 978-3-8325-5006-6 32.50 EUR

Der Beitrag umfasst eine kritische Auseinandersetzung mit den neurowissenschaftlichen Theorien des Bewusstseins und der Emotion von Antonio Damasio und eine Gegenüberstellung dieser Theorien mit jenen Jean-Paul Sartres. Es wird einerseits gezeigt, inwiefern Sartres phänomenologische/existenzialistische Perspektive bildungstheoretisch bedeutsame Aspekte berücksichtigen kann, die der neurowissenschaftlichen konstitutiv entzogen bleiben; andererseits ermöglicht aber die neurowissenschaftliche Perspektive auch kritische Rückfragen an die Sartre'sche Philosophie.

- 14 Johanna Klär Bildungsräume als Schlachtfeld. Zum Verhältnis von Raum
und dem Kampf um Anerkennung
ISBN 978-3-8325-5118-6 32.50 EUR

Raum kann sowohl anerkennend, als auch missachtend wirken. Diese These wird in drei Zugängen geprüft: im Hinblick auf Erlebnisse und Erfahrungen, auf in ihm festgelegte (Macht)Strukturen und auf Eigenschaften von Raum als medial vermittelndes Element. Raumwirkung kann, so der Ausgang dieser Arbeit, als Ausdrucksform von Anerkennungsbeziehungen gelesen werden.

- 15 Martin Pachner Bildung als freie Selbsttätigkeit oder staatliche
Schulorganisation? Der Bruch in Wilhelm von Humboldts
Gesamtwerk - eine historische Kontextanalyse
ISBN 978-3-8325-5124-7 38.50 EUR

Wilhelm von Humboldt – staatlicher Bildungsreformer und zugleich Gegner staatlicher Einflussnahme auf Schulen – wirkt auf den ersten Blick widersprüchlich. Diese Arbeit untersucht seine Schriften im historischen Kontext, um Humboldts Denken neu zu verstehen und die Person hinter den Ideen in einem anderen Licht zu zeigen.

- 16 Sabine Kickinger Im Spannungsfeld zwischen Unterstützung und Kontrolle –
Pädagogische Fachberatung in elementaren Bildungseinrichtungen. Konzeptionelle Reflexionen und empirische Erhebung am Beispiel von „Kinder in Wien“ (KIWI)
ISBN 978-3-8325-5223-7 41.50 EUR

Im Fachbuch erfolgt eine systematische Auseinandersetzung mit dem Berufsfeld der pädagogischen Fachberatung im bildungswissenschaftlichen Kontext. Im Fokus stehen Rollen, Herausforderungen und Professionalisierungsmöglichkeiten von Fachberater*innen sowie eine empirische Online-Befragung bei „Kinder in Wien“ (KIWI), welche das Spannungsfeld zwischen Unterstützung und Kontrolle durch pädagogische Fachberatung untersucht. Die Ergebnisse liefern relevante Hinweise für die Weiterentwicklung der pädagogischen Fachberatung bei KIWI.

- 17 Laura Jacqué Wie wirkt Wirklichkeit wirklich? Die gesellschaftliche Konstruktion von ‚Hochbegabung‘. Eine soziokonstruktivistische Perspektive auf eine Zuschreibung
ISBN 978-3-8325-5298-5 53.00 EUR

Was bedeutet eigentlich „hochbegabt sein“ – und wer entscheidet das? Hochbegabung ist ein soziales Label, das in Bildungskontexten entsteht und Bildungswege prägt. Dieser Band zeigt am Beispiel von Hochbegabung, wie soziale Labels konstruiert werden und lädt dazu ein, Bildungspraktiken kritisch (weiter) zu denken.

- 18 Nathalie Fichtberger Sexualpädagogik an österreichischen Schulen. Der Grundsatzlerlass Sexualpädagogik in Lehrmaterialien
ISBN 978-3-8325-5794-2 37.00 EUR

Der Band beleuchtet die Herausforderungen der Sexualpädagogik an österreichischen Schulen. Auf Basis von Expert*inneninterviews und Schulbuchanalysen wird dargestellt, wie sexuelle, geschlechtliche und romantische Vielfalt trotz der Vorgaben des Grundsatzlerlasses Sexualpädagogik oft unzureichend in den schulischen Unterricht integriert sind.

19 Victoria Stein

Zwischen Hürden und Perspektiven. Der Zugang zu akademischer Bildung für Studieninteressierte und Studierende mit Fluchterfahrung an Wiener Hochschulen
ISBN 978-3-8325-6003-4 38.50 EUR

In diesem Beitrag wird der Blick auf einen bislang wenig erforschten Bereich im Schnittfeld von Bildung und Flucht gerichtet: den tertiären Bildungssektor. Anhand qualitativer Einblicke werden zentrale Herausforderungen beleuchtet, denen geflüchtete Studieninteressierte und Studierende beim Zugang zu Hochschulbildung in Wien gegenüberstehen. Zugleich werden wichtige Perspektiven und Potenziale sichtbar gemacht, die sich in der aktuellen Hochschullandschaft zeigen. Die Ergebnisse liefern Impulse für die konzeptionelle Weiterentwicklung einer inklusiven Hochschulgemeinschaft.

20 Elisabeth Baumgartner

Der „Neue Mensch“ im Roten Gemeindebau. Zur Bedeutung des kommunalen Wohnbaus für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs in der Zeit des Roten Wien von 1918 bis 1934
ISBN 978-3-8325-6020-1 35.00 EUR

Der Zeitraum des Roten Wien von 1919 bis 1934 markiert einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte Wiens. Nach wie vor ist das Erbe dieser Ära im Stadtbild präsent, unter anderem durch die Vielzahl an Gemeindebauten, die im sozialdemokratisch regierten Wien im Rahmen großer kommunaler Wohnbauprogramme errichtet wurden. Im Fokus der vorliegenden Arbeit steht die Herausarbeitung möglicher Beziehungen zwischen sozialdemokratischer Politik, der Architektur des kommunalen Wohnbaus zu jener Zeit und den raumbezogenen Praxen der Bewohner*innen.

21 Michael Stieber

Existenzielle Pädagogik im Spannungsfeld zwischen normativem Bildungsideal und reflexiver Bildungsidee. Eine konzeptionelle Analyse
ISBN 978-3-8325-6026-3 36.00 EUR

Pädagogische Haltung ist stets mit Werten und Normen verbunden, wodurch die Gefahr besteht, dass pädagogisches Handeln instrumentalisiert wird. Vor diesem Hintergrund wird die haltungsbasierte Existenzielle Pädagogik mithilfe eines Kriterienrasters zur Unterscheidung affirmativer und reflexiver Bildungskonzepte analysiert.

22 Sonja Wodnek

Zwischen Beteiligtwerden und Beteiligen:
Kinderperspektive auf Partizipation

ISBN 978-3-8325-6094-2

51.00 EUR

Lernentwicklungsgespräche als triadische Schnittstelle zwischen Schule und Familie machen kindliche Beteiligung möglich – und zugleich bestehende Machtasymmetrien sichtbar. Die explorativ-qualitative Studie untersucht, wie Gesprächsverläufe situativ hervorgebracht werden und wie Kinder ihre Beteiligung darin erleben.

23 Saskia Ehrhardt

Transformationsprozesse im Bereich der politischen
Bildung in Sachsen. Eine kriteriengeleitete
Lehrplananalyse

ISBN 978-3-8325-6122-2

45.00 EUR

Das Buch zeigt die Entwicklung der schulischen politischen Bildung in Sachsen in den Jahren 1991 bis 2004. Es zeichnet einen Transformationsprozess politischer Bildung in Sachsen nach, der durch eine spezifische Wertevermittlung, unterschiedliche Legitimationskrisen und eine eigenschöpferische Ausgestaltung gekennzeichnet war.

Alle erschienenen Bücher können unter der angegebenen ISBN-Nummer direkt online (<http://www.logos-verlag.de>) oder per Fax (030 - 42 85 10 92) beim Logos Verlag Berlin bestellt werden.

Der Zeitraum des Roten Wien von 1919 bis 1934 markiert einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte Wiens. Die Bezeichnung „Rotes Wien“ steht für eine politische Einordnung, da von 1919 bis 1934 die Sozialdemokratische Partei Deutschösterreichs wiederholt die absolute Mehrheit bei Wiener Wahlen erringen konnte. Mehrere große kommunale Wohnbauprogramme, die innerhalb kurzer Zeit die Errichtung von etwa 400 Gemeindebauten mit insgesamt mehr als 60 000 Wohnungen ermöglichten, waren ein Ergebnis politischer Maßnahmen im sozialdemokratisch regierten Wien.

Die vorliegende Arbeit stellt die Frage inwieweit diese Anstrengungen in der Wohnpolitik nicht nur durch vorherrschende Wohnungsnot und Wohnelend, sondern auch durch sozialdemokratische Perspektiven auf Mensch und Gesellschaft begründet sein könnten. Dabei werden normative Vorstellungen der Bewohner*innen sowie das Konzept des „Neuen Menschen“ herausgearbeitet. Im Fokus einer Diskursanalyse stehen mögliche Beziehungen zwischen sozialdemokratischer Politik, der Architektur des kommunalen Wohnbaus und den raumbezogenen Praxen der Bewohner*innen. Exemplarisch ermöglicht dies einen Blick auf sichtbare Machtstrukturen in den Gemeindebauten und zugleich auf die Großstadt Wien in dieser Zeit.

Logos Verlag Berlin

ISBN 978-3-8325-6020-1

ISSN 2364-4249